

# Preussische Allgemeine



Nr. 27 · 7. Juli 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Partei in der Kulturkampffalle

Deutschlands Christdemokraten zwischen der linksgrünen kulturellen Hegemonie und der Abgrenzung nach rechts Seite 3



Versunkene Welt Die Bilder des schlesischen Fotografen Kurt Hielscher Seite 10



Migration Wie die Mafia mit illegalen Einwanderern Milliarden verdient Seite 12

VON RENÉ NEHRING

Was muss eigentlich noch geschehen, damit die europäischen Eliten ihren Irrweg eingestehen – und endlich beenden? Ihren Irrweg hin zu einer offen, ja grenzenlosen Zuwanderungsgesellschaft, in der das Gelingen der Integration angeblich allein von der Toleranz derjenigen, „die schon länger hier leben“ (Angela Merkel), abhängt?

Unser Nachbarland Frankreich hat eine Woche mit Unruhen hinter sich, die man nur noch als Bürgerkrieg bezeichnen kann. Nach der Erschießung des 17-jährigen Nahel Merzouk am Morgen des 27. Juni in Nanterre bei Paris kam es binnen kürzester Zeit zu landesweiten Ausschreitungen in hunderten Städten überwiegend männlicher Zuwandererkinder sowohl gegen Einrichtungen der Französischen Republik als auch gegen unbeteiligte Zivilisten. Allein in der ersten Nacht meldeten die Behörden über 1350 abgeackelte Autos und doppelt so viele Brände auf den Straßen. Mehr als 200 Geschäfte wurden geplündert und über 300 Bankfilialen verwüstet. Die Schadenshöhe wird auf über eine Milliarde Euro geschätzt.

Dass sich zu Beginn dieser Woche die Unruhen überhaupt beruhigten, ist nur dem Einsatz von über 45.000 (!) Polizisten zu verdanken, von denen Hunderte schwer verletzt wurden. Das ist eine Armeestärke, die belegt, dass Metaphern wie die vom „Krieg in unseren Städten“ (Udo Ulfkotte) oder vom „molekularen Bürgerkrieg“ (Hans Magnus Enzensberger) keineswegs übertrieben sind.

### Der Kanzler duckt sich weg

Und Deutschland? Während der französische Präsident Macron tagelang um die Wiedererlangung der öffentlichen Ordnung in seinem Land kämpfte, wiegelte deutsche Bundeskanzler Scholz im ARD-Sommerinterview ab. Zwar zeigte er sich besorgt über die Lage im befreundeten

Nachbarland, doch gab er sich zugleich zuversichtlich, dass derlei hierzulande nicht zu erwarten ist.

Wirklich? Erst Ende Juni hielt ein Bandenkrieg zwischen syrischen und libanesischen Clans das Ruhrgebiet in Atem. Ausgelöst durch eine Rauferei unter Kindern in Castrop-Rauxel gingen die Gruppen tagelang mit Baseballschlägern, Dachlatten und Messern aufeinander los. Anders als in Frankreich wurde die Autorität des Staates nicht etwa durch die Polizei wiederhergestellt, sondern ein Waffenstillstand durch einen muslimischen „Friedensrichter“ vermittelt. Was letztlich das Gegenteil von Wiederherstellung staatlicher Autorität bedeutet.

Die Clan-Kämpfe im Ruhrgebiet sind keineswegs ein Einzelfall. Zur Jahreswende erschütterten Krawalle in Berlin-Kreuzberg, bei denen sogar Feuerlöcher auf Rettungswagen geworfen wurden, die Republik. Vor zwei Jahren erlebte Stuttgart eine rauschende Krawallnacht, bei denen die Täter ebenfalls aus dem Zuwanderermilieu kamen und von der Polizei als „Party- und Eventszene“ verniedlicht wurden. Auf der Kölner Domplatte demonstrierten zu Jahresbeginn 2016 hunderte Nordafrikaner einheimischen Frauen gegenüber die neue Bedeutung des Wortes „antanzeln“. Und in Hamburg terrorisierte eine Jugendbande aus Afghanen, Pakistanern und Iranern regelmäßig den Jungfernstieg.

### POLITIK

## Tage des Aufruhrs – und der Erkenntnis

Die Krawalle in Frankreich und im Ruhrgebiet offenbaren das Scheitern der grenzenlosen Zuwanderungsgesellschaft

Dass aus diesem Milieu weit mehr entstehen kann als „nur“ ein paar Tumulte, beweist die kaum noch zu überschauende Zahl an Terroranschlägen überall in Europa: Ansbach, Barcelona, Berlin, Brokstedt, Brüssel, Illerkirchberg, London, Manchester, Nizza, Wien, Würzburg und immer wieder Paris stehen für eine Verbrechensform, die dem Staat längst entglitten ist.

Warum der Kanzler angesichts dieser unübersehbaren Entwicklung die Zuversicht verbreitet, es könne bei uns nicht zu Zuständen wie in Frankreich kommen, dürfte sein Geheimnis bleiben. Erinnert sei jedoch daran, dass es sich um den gleichen Olaf Scholz handelt, der 2017 als Bürgermeister beim G20-Gipfel in Hamburg zu den Warnungen vor linksradikalen Krawallen erklärte, dass das Treffen der Regierungschefs der größten Wirtschaftsnationen so harmonisch ablaufen werde wie ein Hafengeburtstag.

### Das Ende eines Irrwegs

Doch zurück zu den aktuellen Vorfällen: Dass diese Entwicklung keineswegs ein Naturgesetz, quasi eine Folge der Globalisierung und der mit ihr verbundenen Mobilisierung ist, zeigt der Blick zu unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn. In Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik gibt es keine Ausschreitungen wie in Frankreich, keine Clan-Rivalitäten wie im Ruhrgebiet, ja noch nicht einmal Anschläge von einzelnen Attentätern.

Der banale Grund: Diese Länder behalten sich vor zu prüfen, wen sie ins Haus lassen wollen – und wen nicht. Um so befremdlicher, dass ihnen die Verfechter der Einwanderungsgesellschaft im Westen immer wieder Vorwürfe entgegen schleudern, sie seien fremdenfeindlich oder gar nationalistisch.

Die seit Jahrzehnten positive, geradezu naive Einstellung der westlichen europäischen Staaten zur Migration fußt unter anderem auf den Erfahrungen der jüngeren Geschichte. Der übersteigerte Nationalismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts führte insbesondere in linken und liberalen Kreisen zu der Überzeugung, dass nicht nur Nationalismus, sondern Nationalbewusstsein generell die Gefahr von Chauvinismus und neuem Unheil in sich berge. Heute müssen diese Kreise jedoch erkennen, dass auch das Gegenteil – die anationale offene Zuwanderungsgesellschaft – in die Katastrophe führt. Nur dass Krieg hier nicht mehr zwischen Nationen ausgefochten wird, sondern zwischen Stammesgruppen und dem Staat oder zwischen rivalisierenden Gruppen untereinander.

Dass es höchste Zeit ist, das Experiment zu stoppen, ist nach den vergangenen Tagen unbestreitbar. Die Frage ist, ob sich die deutsche und europäische Gesellschaft aufrafft, das Experiment aus eigener Kraft zu beenden – oder ob dieses Experiment unsere Gesellschaft beendet.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

An den Universitäten der Niederlande verdrängt Englisch die Landessprache Seite 6

#### Kultur

Die bayerisch-tschechische Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“ Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

In Wuttrien fand das Ostpreussische Sommerfest in neuem Format statt Seite 13

#### Lebensstil

Rückzugsort für forschende Nachtschwärmer – die Sternwarte Babelsberg Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Rüstungsausgaben und Kriegskosten** Für den Ukrainekrieg zahlt die Welt einen finanziell wie ökologisch hohen Preis. Wie teuer Waffen sind, hat Eisenhower bereits kurz nach Stalins Tod deutlich gemacht

## Neuer Rekordwert erreicht

Internationales Friedensforschungsinstitut hat noch nie derart hohe Militärausgaben ermittelt wie 2022

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sind die Militärausgaben rund um den Globus auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Das teilt das 1966 gegründete Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in seinem Bericht für 2022 mit. Im vergangenen Jahr investierten die Staaten der Welt insgesamt 2,24 Billionen US-Dollar in Rüstungsgüter beziehungsweise in ihre Streitkräfte oder – wie im Falle Russlands und der Ukraine – in die Kriegführung. Das war ein Anstieg von inflationsbereinigt 3,7 Prozent. Dabei stachen 15 Länder ganz besonders hervor, denn die sorgten für 82 Prozent aller Ausgaben.

An der Spitze standen wie stets die USA mit nunmehr 877 Milliarden Dollar beziehungsweise 39 Prozent aller Militärausgaben weltweit. Nimmt man dazu noch die vielfältigen staatlichen Leistungen zugunsten der Rüstungsindustrie und die Kosten für den US-Polizei- und -Geheimdienstapparat, betragen die Aufwendungen für die „Sicherheit“ der Vereinigten Staaten sogar 1,7 Billionen Dollar.

Auf Platz 2 rangierte die Volksrepublik China (VRC) mit ihrem Rüstungsetat von 292 Milliarden Dollar. Das ist ein Plus von 4,2 Prozent. Allerdings ist hierbei zu bedenken, dass die VRC-Militärausgaben von 1999 bis 2021 um das 5,92-Fache gewachsen waren. In den USA stiegen die Militärausgaben in diesem Zeitraum um rund zwei Drittel.

### Die USA stehen erneut auf Platz 1

Von Platz 5 auf 3 kletterte die Russische Föderation. Das resultiert aus den Kosten des Ukrainekrieges. 2022 gab Russland zwei Prozent mehr aus als im Vorjahr. Der Zuwachs betrug 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). In absoluten Zahlen beliefen sich die russischen Ausgaben auf 86,4 Milliarden Dollar. Das ist rund einem Zehntel des Wertes der USA und das sind 3,9 Prozent der weltweiten Aufwendungen für das Militär.

Indien, das 2021 noch Platz 3 innehatte, fiel auf Platz 4 zurück, und das obwohl sein Rüstungsbudget um sechs Prozent auf 81,4 Milliarden Dollar stieg. Dahingegen wechselte Saudi-Arabien vom 8. auf den 5. Rang. Ein Ausgabenplus von 16 Pro-

zent sorgte für einen Militäretat von 75 Milliarden Dollar.

Nach Saudi-Arabien folgten auf den Plätzen 6 bis 8 die europäischen Staaten Großbritannien mit 68,5 Milliarden, Deutschland mit 55,8 Milliarden und Frankreich mit 53,6 Milliarden Dollar. Im Falle Deutschlands betrug der Zuwachs gegenüber 2021 2,3 Prozent. Die Militärausgaben betragen 1,4 Prozent des BIP, das aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekrieges 2022 um mindestens hundert Milliarden schrumpfte. Bis Ende 2022 erhielt Kiew Hilfszahlungen in Höhe von rund 16 Milliarden Dollar.

### Afrika wider den Trend

Die Plätze 9 und 10 in der Aufstellung des SIPRI nahmen Südkorea und Japan ein. Diesen beiden Staaten war ihr Militär im vergangenen Jahr 46,4 beziehungsweise 46 Milliarden Dollar wert.

Die von Russland angegriffene Ukraine belegte 2021 noch Platz 36 in der SIPRI-Liste, erreichte 2022 aber schlagartig den 11. Rang. Damit überholte sie beispielweise Italien, Australien, Kanada, Israel und Spanien. Die Militärausgaben Kiews schätzten die schwedischen Experten auf rund 44 Milliarden. Das bedeutet eine Steigerung um das 6,44-Fache binnen zwölf Monaten und einen Zuwachs um das 16,61-Fache gegenüber 2013. 2022 wandte die Ukraine um die 35 Prozent ihres BIP für die eigenen Streitkräfte und die Kriegführung auf.

2021 hatte der Anteil der Militärausgaben am BIP noch 3,2 Prozent betragen. Das ist der stärkste Anstieg innerhalb eines Jahres, den das SIPRI im Laufe seines Bestehens registriert hat. Allerdings betrug im Zweiten Weltkrieg der Anteil der Militärausgaben am BIP zeitweise bei den USA die Hälfte und bei der Sowjetunion sogar zwei Drittel.

Entgegen dem globalen Trend sanken in Afrika 2022 die Rüstungsaufwendungen auf zusammen weniger als 40 Milliarden Dollar. Beispielsweise schrumpften die Militärausgaben Nigerias um 38 Prozent auf 3,1 Milliarden, nachdem sie allerdings 2021 um 56 Prozent gestiegen waren.

Der große Profiteur der Aufrüstungs- und Militarisationpolitik der meisten Regierungen war der Militär-Industrielle Komplex. Dies zeigen nicht zuletzt die Aktienkurse der großen US-Konzerne, die Kriegsgerät produzieren, Lockheed Martin verzeichnete ein Plus von 37 Prozent, Northrop Grumman von 41 Prozent, Raytheon von 17 Prozent und General Dynamics von 19 Prozent. Das war jedoch noch gar nichts gegen den Kurssprung der Aktie des deutschen Waffenherstellers Rheinmetall nach Beginn des russisch-ukrainischen Krieges: Der betrug bemerkenswerte 93 Prozent.



Für Rüstungsunternehmen wie seines wurden mit dem Beginn des Ukrainekrieges goldene Zeiten eingeläutet: Der Vorstandsvorsitzende der Rheinmetall AG und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Armin Papperger

Foto: pa

### „CHANCE FOR PEACE“-REDE

## Die Waffensysteme werden immer teurer

Das Quincy Institute for Responsible Statecraft hat Eisenhowers historische Vergleiche aktualisiert

Am 16. April 1953 hielt der damals neue US-Präsident Dwight D. Eisenhower eine Rede vor den Mitgliedern der American Society of Newspaper Editors im Statler Hotel in Washington, die landesweit per Radio und Fernsehen übertragen wurde. In dieser sogenannten „Chance for Peace“- oder „Cross of Iron“-Rede sagte er mit Blick auf die immensen Rüstungsausgaben in Ost und West: „Jede hergestellte Waffe, jedes vom Stapel gelassene Kriegsschiff, jede abgefeuerte Rakete bedeutet im letzten Sinne einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen haben, denen, die frieren und keine Kleidung tragen.“

Um die Dimensionen des Rüstungswahns zu verdeutlichen, brachte der

vormalige Fünf-Sterne-General einige konkrete Beispiele. Für die Summe, die der Staat im Zuge der Anschaffung eines modernen viermotorigen Bombers ausgeben müsse, hätte er auch 30 neue Schulen oder zwei voll ausgestattete Krankenhäuser beziehungsweise 50 Meilen Autobahn bauen können. Selbst ein einmotoriges Jagdflugzeug koste noch den Gegenwert von 26.500 Tonnen Weizen. Und ein Zerstörer verschlinge finanzielle Mittel, die ausreichend wären, um Wohnungen für 8000 Menschen zu schaffen. Daraus zog Eisenhower den Schluss, dass die Menschheit „an einem Eisernen Kreuz“ hänge.

Die Ausführungen des US-Präsidenten erregten seinerzeit viel Aufsehen, ohne

dass es jedoch nachfolgend zu einem Stopp der Aufrüstung gekommen wäre. Vielmehr fallen die Militärausgaben inzwischen noch gigantischer aus. Das zeigt eine aktuelle Aufstellung des Quincy Institute for Responsible Statecraft in Washington, in der die Vergleiche in Eisenhowers Rede vor 70 Jahren aktualisiert wurden.

Jeder der heute im Einsatz befindlichen 22 vierstrahligen strategischen Bomber vom Typ Northrop B-2 „Spirit“ kostete den US-Staat 2,02 Milliarden Dollar. Die Summe würde ausreichen, um 80 High Schools zu bauen und auszustatten. Und der Kaufpreis für drei Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeuge vom

„Jede hergestellte Waffe ... bedeutet im letzten Sinne einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen haben“

Dwight D. Eisenhower  
34. US-Präsident 1953–1961

Typ Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ entspricht in etwa dem Jahresbudget der Centers for Disease Control and Prevention, die in den USA eine ähnliche Funktion wahrnehmen wie das Robert-Koch-Institut in Deutschland. Beschafft werden sollen 2456 dieser Maschinen.

Ebenfalls teuer zu stehen kommt den US-amerikanischen Steuerzahler ein Lenkwaffenzerstörer der Arleigh-Burke-Klasse, von denen die US-Marine bislang 68 Stück in Dienst gestellt hat. Für die Baukosten eines solchen Schiffes wäre es möglich gewesen, 17.984 Betten in Notfallambulanzens mitsamt der Gehälter für 4487 Ärzte und 8974 Pfleger ein Jahr lang zu finanzieren.

W.K.

### UKRAINEKRIEG

## Gigantische Schäden an der Umwelt

Der Krieg in der Ukraine verursacht nicht nur menschliche Verluste und wirtschaftliche Kosten, sondern auch gigantische Umweltschäden. Ein Beispiel hierfür ist die Zerstörung des Damms des Kachowka-Stausees am 6. Juni, für die sich die Ukraine und Russland gegenseitig verantwortlich machen und die zur Überflutung riesiger Areale im Süden der Ukraine am Unterlauf von Dnepr und Bug führte. Das Ereignis verursachte eine ökologische Katastrophe ersten Ranges. So spülte der Wasserschwall riesige Mengen von Ackerboden, der durch jahrzehntelange Übernutzung mit Pestiziden verseucht oder vollkommen versalzen war, in die noch relativ sauberen Flüsse. Damit ist die Trinkwasserversorgung zahlloser Menschen gefährdet. Darüber hinaus wurden auch viele Minen unkontrolliert über das Land verteilt und bedrohen nun vor allem die Arbeiter auf den Feldern, was wiederum der Nahrungsmittelproduktion schaden wird. Außerdem sind etliche wichtige Brut- und Rastgebiete für geschützte Vogelarten gefährdet.

Auch sorgt der Krieg für die zusätzliche Emission sogenannter Treibhausgase, die gemeinhin als klimaschädlich gelten, in der Größenordnung des jährlichen Ausstoßes eines Landes wie Belgien. Das resultiert zum einen aus dem exzessiven Einsatz von Militärfahrzeugen und -flugzeugen sowie zum anderen aus den permanent aufflammenden Bränden entlang der Frontlinie durch Granaten- und Raketenbeschuss.

Die stärksten Emissionen werden allerdings erst nach dem Ende der Kampfhandlungen anfallen. Wie der niederländische Klimaforscher Leonard de Klerk errechnet hat, dürfte es zu einer Verdopplung des bisherigen Ausstoßes von Kohlendioxid, Methan und anderen Treibhausgasen kommen, wenn der Wiederaufbau in der Ukraine beginnt. So führt beispielsweise die Herstellung von einer Tonne des mittlerweile als „Klimakiller“ geltenden Baustoffs Beton zur Freisetzung von bis zu 700 Kilogramm Kohlendioxid.

W.K.

# Friedrich Merz allein zu Haus

Seit Monaten steckt die CDU fest. Und zwar nicht nur in den Werten der Meinungsumfragen, sondern auch programmatisch. Allzu oft hat sie nur die Wahl zwischen der Übernahme linker Positionen oder dem Vorwurf, AfD-Forderungen zu vertreten

VON REINHARD MOHR

In diesen Tagen macht allenthalben ein Wort die Runde, das eigentlich aus Bismarcks Zeiten stammt: „Kulturkampf“. Ging es Ende des 19. Jahrhunderts im wilhelminischen Kaiserreich darum, den Einfluss der katholischen Kirche auf den Staat zurückzudrängen, so handelt es sich heute um politisch-ideologische Fragen – um den Zeitgeist und darum, wer ihn dominiert. Angesichts steigender Umfragewerte der AfD, die inzwischen sogar die Kanzlerpartei SPD hinter sich gelassen hat, mehren sich nicht nur die Warnungen vor einem weiteren Erstarken der Rechtspopulisten, sondern auch besorgte Mahnungen an die CDU, sie solle nun, bitteschön, keinen Kulturkampf gegen Linke und Grüne anzetteln. Das bringe ihr gar nichts, weil der Feind nun mal rechts stehe.

Ein Schelm, wem auffällt, dass die besorgten Stimmen – ob in der „taz“ oder der „Süddeutschen Zeitung“, im öffentlichen Fernsehen oder aus dem Munde zahlloser „Politikexperten“ – vor allem von jenen kommen, denen das Schicksal der Christdemokraten normalerweise keine schlaflosen Nächte bereitet.

Doch die flammenden Aufrufe, jetzt bloß keine kritische Auseinandersetzung mit „Gendergerechtigkeit“, „Wokeness“, „Achtsamkeit“ und all den anderen Zeitgeist-Phänomenen der politischen Korrektheit vom Zaun zu brechen, veranschaulichen ganz unfreiwillig die gesellschaftliche Schiefelage: Der Kulturkampf von Linksrünen ist seit Jahren äußerst erfolgreich und hat längst den Mainstream der „Zivilgesellschaft“ erobert, Verbände, die PR- und Werbebranche, Gewerkschaften, Universitäten, Schulen und die Medien. Das hat zu der handlichen Gleichung geführt, dass alles, was nicht links ist, automatisch rechts sein muss.

## Vergrünte Gesellschaft

Wie weit das eroberte ideologische Terrain inzwischen reicht, zeigt ein Vorfall in einer katholischen Kita im früher als reaktionär verschrienen Bistum Fulda, deren „Teamleitung“ an die Eltern schrieb, dieses Jahr würden keine Geschenke mehr zum Mutter- oder Vatertag gebastelt. Begründung: „In der heutigen Zeit, in der die Diversität einen immer höheren Stellenwert erhält, möchten wir diese vorleben und keinen Menschen ausschließen.“ Deshalb wolle man dieses Jahr auf „stereotype Geschenke“ wie „Blumen für die Mutter oder Werkzeug für den Vater“ verzichten. Zum gesellschaftspolitischen Hintergrund hieß es: „Die Konstellation Mutter-Vater-Kind“ sei „nicht mehr die Norm in heutigen Familien“. Und das in einer Kita, die es ohne die „Konstellation Mutter-Vater-Kind“ gar nicht gäbe.

Wer gegen diese ausufernde ideologische Umerziehungspropaganda Stellung beziehen will, und sei es in den etwas ungelungenen Worten der fünfjährigen Eisschnelllauf-Olympiasiegerin Claudia Pechstein, die es wagte, „Mama“ und „Papa“ zu erwähnen, wird umgehend von „Shitsstorms“ überzogen und in die rechte Ecke gestellt. So wird Friedrich Merz' Formulierung von den „kleinen Patschas“ zum Beleg einer „rechten“ Anbiederung an die AfD gemacht, obwohl er nichts weiter als die Wahrheit über bestimmte Zustände in deutschen Brennpunktschulen ausgesprochen hat.

Kein Zufall, gelten die Warnungen vor einem „Kulturkampf von rechts“ doch auch den Tabuzonen der politischen Debatte, etwa der Flüchtlings- und Integrationspolitik, deren Ergebnisse sich nicht nur in deutschen Großstädten jeden Tag besichtigen lassen.

Lieber denunziert man, wie jüngst der Online-Jugendsender von ARD und ZDF namens „funk“, alles, was nicht explizit links ist,



In der Kulturkampffalle: CDU-Vorsitzender Friedrich Merz

Foto: action press

als „rechts“ und stellt Friedrich Merz und Markus Söder in eine Reihe mit Björn Höcke und Tino Chrupalla von der AfD.

Das Ziel ist klar: die Dominanz des linksgrünen Kulturkampfs, der phrasenhafte Begriffe wie „Diversität“ und „Weltoffenheit“ als Monstranz vor sich herträgt, um jeden Preis zu verteidigen. Und stets finden sich Parteienforscher, die die CDU davor warnen, die Komfortzone der von Linksrünen definierten „Mitte“ zu verlassen und damit unmissverständlich empfehlen, den Merkel-Kurs der programmatischen Entkernung und inhaltlichen Beliebigkeit fortzusetzen.

## Das Erbe der Ära Merkel

Dabei ist es gerade diese umfassende Verwischung eines modernen liberal-konservativen Profils, das die Christdemokraten auch unter dem vermeintlich kantigen Friedrich Merz noch als Erbschaft mit sich herumschleppen. Das Ergebnis trotz der großen Unzufriedenheit mit der Ampel-Regierung: Man bleibt im 30-Prozent-Turm gefangen und ist weit entfernt von einer strategischen Regierungsmehrheit.

Stefan Aust, langjähriger „Spiegel“-Chefredakteur, jetzt Herausgeber der „Welt“, sagt es so: „Unter Angela Merkel als Kanzlerin und Parteichefin ist die Partei ‚modernisiert‘ auch in Richtung Rot-Grün verändert worden, mit wenigen Unterscheidungsmöglichkeiten zu SPD und vor allem den Grünen. Wer jetzt unzufrieden ist mit der Ampelkoalition, kommt daher nicht zwangsläufig auf die Idee, dass mit der CDU eine ganz andere Politik möglich wäre.“

Um das zu verändern, um die CDU also auch wieder für Wähler attraktiv zu machen, die den grünen Zeitgeist mit seinen von oben verordneten volkspädagogischen und planwirtschaftlichen Strategien ablehnen, muss ein schlüssiges Gegenkonzept entwickelt werden. Deshalb hat Friedrich Merz recht mit seiner Feststellung, die Grünen seien die „Hauptgegner“ der Union, auch wenn in einigen Ländern mit ihnen derzeit die Regierung gebildet wird. Warum? Weil die Grünen mit rund 15 Prozent der Wählerstimmen es ge-

schaft haben, eine politisch-kulturelle Hegemonie zu etablieren, die in alle Parteien jenseits der AfD ausstrahlt und Wirkung zeigt.

Längst wird auch in der Konrad-Adenauer-Stiftung gegendert, Olaf Scholz bezeichnet sich als Feminist, und Markus Söder zieht die Regenbogenfahne an der bayerischen Staatskanzlei auf, während die Fernsehwerbung nur so strotzt vor phrasenhaften Bekenntnissen großer Konzerne zu Nachhaltigkeit, Antidiskriminierung und Klimaneutralität.

Die Stärke dieses grünen Zeitgeists, der nun auch pubertierenden Jugendlichen freistellt, ihr Geschlecht mit einem Formular zu ändern, ist die Schwäche liberaler und konservativer Politiker (statt Positionen), ihr offenkundiger Opportunismus, die gedankenfaule Anpassungsbereitschaft und das willfähige Einknicken, das man auch schlicht Feigheit nennen kann.

Der Konformitätsdruck ist enorm. Er zeigt sich im Großen wie im Kleinen. Die Tatsache, dass in Berlin nicht mehr Rotrotgrün, sondern ein Regierender Bürgermeister der CDU die Geschicke der Hauptstadt bestimmt und nicht jeden geplanten Fahrradweg grüner Bezirksstadträtinnen automatisch durchwinkt, empört die Kreuzberger Stammesgesellschaft der einzig wahren Denkungsart zutiefst.

## Andauernde Realitätsverweigerung

Das spürt man auch in der rbb-Abendschau, die mit dem neuen CDU/SPD-Senat sichtlich fremdelt. Die gewohnte Realitätsverweigerung wird dennoch munter weiter betrieben, etwa in einem mehrminütigen Bericht aus dem Neuköllner Columbia-Bad, wo es immer wieder zu Schlägereien kommt, die regelmäßig die Polizei beenden muss. Der Reporterin vor Ort gelingt es tatsächlich, die unübersehbare Kernklientel der gewalttätigen Konflikte, vorwiegend deutsch-türkische und arabischstämmige Jugendliche, mit keiner Silbe zu erwähnen. Im „Tagesspiegel“ wurde gar der Klimawandel für die hitzigen Prügeleien verantwortlich gemacht.

Wer hier Klartext sprechen will, muss sich auf starken Gegenwind gefasst machen – sogar in Teilen der CDU, die eben auch im-

mer noch eine Merkel-CDU ist. Nicht zufällig versuchen die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, Günther und Wüst, sich als Merkel-Schüler der „Mitte“ und mögliche Kanzlerkandidaten zu profilieren. Dass genau dieser Kurs zum Machtverlust der Union geführt hat, wird geflissentlich übersehen.

Wie weit die grüne Dominanz in gesellschaftlich-kulturellen Fragen inzwischen reicht und mit welch harten Bandagen der Kulturkampf von links geführt wird, zeigt das Beispiel eines jüngst bekannt gewordenen Elternbriefes einer Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im grün regierten Hannover. Darin wurde ein „Körpererkundungsraum“ angekündigt, in dem auch Doktorspiele von Kindern möglich sein sollten. Man muss leider das Original zitieren: „Alle Kinder, vor allem im Kindergartenalter, kennen die Orte in der Einrichtung, wo Nacktheit und Körpererkundungen stattfinden können. Mädchen und Jungen streicheln und untersuchen sich nur so viel, wie es für sie selbst und andere Kinder angenehm ist. Kein Kind tut einem anderen dabei weh. Kein Kind steckt einem anderen etwas in die Körperöffnungen (Po, Vulva, Mund, Nase, Ohr) oder leckt am Körper eines anderen Kindes.“

Mit anderen Worten: Während viele Kinder sich noch nicht selbst die Schuhe zubinden können, übergewichtig und sozial auffällig sind und kaum Deutsch sprechen können, sollen sie schon mal im Voraus ihre erogenen Zonen erkunden.

## Gefragt ist Stehvermögen

Auch wenn diese unglaubliche Grenzüberschreitung unterdessen vom Landesjugendamt gestoppt wurde, zeigt es doch den Geist, besser: den Ungeist dieser linksgrünen Kulturkämpfer, die dabei sind – im Namen von welchem Fortschritt eigentlich? –, zivilisatorische Grundwerte einzureißen.

Wer auch immer in der CDU dagegen antreten will, braucht einen langen Atem und viel Stehvermögen. Das Dilemma der Union ist und bleibt die strategische Kulturkampffalle: Verzichtet sie auf die Formulierung klarer, gesellschaftlich kontroverser Gegenpositionen, dann bleibt sie in der Karawane jener politischen Klasse gefangen, die von immer mehr Bürgern als abgehoben und wirklichkeitsfremd wahrgenommen wird. Wagt sie sich aber tapfer aus der Defensive und nimmt die Herausforderung des linksgrünen Kulturkampfs an, bräust ein Sturm der Entrüstung durchs Land, der gar nicht oft genug vor einem Rechtsruck der Union, Rechtspopulismus und „reaktionärer Rückwärtsgewandtheit“ warnen kann.

„In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod“ – das Wort des Dichters Friedrich von Logau (1605–1655) könnte in die richtige Richtung weisen: Nein, kein Weg des Extremismus hilft aus der Klemme, doch vielleicht die immer neue, ebenso mutige wie intelligente Konfrontation mit der Realität. „Sagen, was ist“ – jenes einst linke Motto könnte zur Waffe gegen die Dominanz der Rotgrünen werden, deren wahre Parole längst lautet: Bloß nicht drüber reden!

Heiner Geißler, langjähriger Generalsekretär der CDU, hätte da einen sachdienlichen Hinweis, auch wenn er schon ein paar Jahrzehnte alt ist: Wer Begriffe und Gedanken bestimmt, hat auch Macht über die Menschen. Man könnte es ja mal versuchen.

● **Reinhard Mohr** war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. Im August erscheint sein neues, zusammen mit Henryk M. Broder verfasstes Buch „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (Europa Verlag). [www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

Stets finden sich Parteienforscher, die die CDU davor warnen, die Komfortzone der von Linksrünen definierten „Mitte“ zu verlassen und damit unmissverständlich empfehlen, den Merkel-Kurs der programmatischen Entkernung und inhaltlichen Beliebigkeit fortzusetzen

## ● MELDUNGEN

## Gefühl der Bevormundung

**Berlin** – Bei einer repräsentativen Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstitutes INSA-Consulere bejahten 56 Prozent der Befragten die Aussage „Ich fühle mich von der Politik der Grünen in der Bundesregierung bevormundet.“ Nur 29 Prozent widersprachen. Die meisten Nein-Stimmen kamen aus den Reihen der 18- bis 29-Jährigen, von denen nur ein Drittel mit „Ja“ antwortete. Außerdem gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen Mittel- und Westdeutschland. In den neuen Bundesländern fühlen sich 63 Prozent bevormundet, in den alten hingegen 54. Besonders allergisch auf die Grünen reagieren quer durch die Republik die Menschen mit einem Monatseinkommen von mehr als 4000 Euro und die AfD-Anhänger: Hier berichteten drei von vier beziehungsweise acht von zehn Befragten über ein Gefühl der Gängelung. W.K.

## Weniger Spenden

**Berlin** – Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist in diesem Jahr deutlich zurückgegangen. Dies zeigt eine Erhebung des Marktforschungsunternehmens GfK im Auftrag des Deutschen Spendenrates, des Dachverbandes Spenden sammelnder gemeinnütziger Organisationen. Während das Spendenaufkommen von Anfang Januar bis Ende April vergangenen Jahres 2,22 Milliarden Euro betrug, waren es im gleichen Zeitraum des aktuellen Jahres lediglich 1,56 Milliarden. Besonders hart traf es die „Aktion Deutschland Hilft“, einem „Bündnis deutscher Hilfsorganisationen“, zu dem sich unter anderem die Malteser und Johanniter sowie die Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiter-Samariter-Bund zusammengeschlossen haben. Gingen hier im März 2022 noch rund 181 Millionen Euro an Spenden ein, lag die Summe zwölf Monate später bei lediglich 1,6 Millionen. Nach Ansicht des Deutschen Zentralinstitutes für soziale Fragen (DZI), das soziale und karitative Nichtregierungsorganisationen in Deutschland auf die Verwendung ihrer Spendengelder prüft, resultiert dies aus einem „Gewöhnungseffekt“. W.K.

## Erfolge für Kleinparteien

**Leipzig/Bautzen** – Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat geurteilt, dass das Europawahlplakat des Kreisverbandes Mönchengladbach der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mit dem Slogan „Stoppt die Invasion: Migration tötet“ „noch von der Meinungsfreiheit gedeckt“ gewesen sei und somit nicht hätte verboten werden dürfen. Und das Sächsische Oberverwaltungsgericht in Bautzen hat einen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Dresden aufgehoben, dem zufolge der von den Freien Sachsen bei Zinnwald aufgestellte Gedenkstein „Zur Erinnerung an die Opfer des Corona-Experiments und der Zwangsmaßnahmen des Kretschmer-Regimes“ entfernt werden müsse. Dieser sei eine zulässige Form der Regierungskritik, weshalb er an seinem Platz verbleiben könne. W.K.



Zunehmend auch in der Provinz vonnöten: Razzia im Clan-Milieu

Foto: pa

## CLAN-KRIMINALITÄT

## Von den Städten in die Provinz

Kriminelle Großfamilien aus dem Orient breiten sich immer mehr aus

VON BODO BOST

Im Mai explodierte in Wittmund in Ostfriesland ein BMW per ferngezündeter Bombe. Mittlerweile deutet immer mehr darauf hin, dass diese Explosion mit Clan-Kriminalität zusammenhing. Familienclans haben in Ostfriesland laut Polizei Hunderte Mitglieder. Drogenhandel, Einzeltrick und explodierende Autos – das sind Spuren verstärkter Clan-Aktivitäten auch in der Provinz.

## Aurich und Wittmund im Zentrum

Im Zentrum stehen die Landkreise Aurich und Wittmund. Dort wollen Polizei und Staatsanwaltschaft nun ihre Schlagkraft erhöhen. Die Verwaltungen auf

kommunaler Ebene sollen besser kooperieren und vernetzt werden, um gemeinsam verstärkt gegen die Clans vorzugehen. Es soll versucht werden, in den Fällen, in denen man den Clans keine kriminellen Machenschaften nachweisen kann, sie mit einer besseren Vernetzung der Behörden beispielsweise wegen eines mangelhaften Brandschutzes in den Clan-Milieus zugeordneten Betrieben zu belangen und Geschäftsmodelle scheitern zu lassen. Auch der legendäre Gangsterboss Al Capone, wurde nicht wegen seiner Morde, die man ihm nicht nachweisen konnte, verurteilt, sondern wegen Steuerhinterziehung.

Der Sommer ist die Saison für die Clan-Kriminalität. Waren es früher eher

Hochzeitskorsos, Schlägereien bei Volksfesten oder in Schwimmbädern sowie illegale Autorennen, mit denen Clans in den Schlagzeilen waren, sind es in den letzten Jahren eher spektakuläre Einbrüche und Diebstähle, bundesweiter Trickbetrug und Revierkämpfe, mit denen das deutsche Asylsystem ad absurdum führende Clans ihre deutsche Gastgesellschaft heimsuchen. Immer mehr gehören ausufernde Gewalt und Bandenkriege wie in Schweden oder den Niederlanden auch zur deutschen Clan-Kriminalität, wie dieser Sommer beweist. Dutzende arabische Familienclans teilen sich in Deutschland seit Jahren die Spitzenplätze der Kriminalstatistik. Aus kriminellen Strukturen sind inzwischen regelrechte

Parallelgesellschaften entstanden. Kinderreiche Clan-Mitglieder schaffen es, kriminelle Bankräuber, bedürftige Bürgergeld-Empfänger und stinkreiche Immobilienbesitzer gleichzeitig zu sein.

## Zumeist beginnt es in den Schulen

Mehr als sieben Zehntel der Ermittlungsverfahren im Bereich Clan-Kriminalität konzentrierten sich auf die Bundesländer Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen. Dort hätten sich „kriminelle Strukturen der Clan-Kriminalität in besonderer Weise verfestigt“, heißt es in dem Lagebild der Polizei, das die Situation im Jahr 2021 abbildet. Die Clans rüsten auf und werden immer brutaler. Deutlich angestiegen ist auch der finanzielle Schaden, den die Clans verursachen. Das Bundeskriminalamt (BKA) gab ihn 2021 mit 2,2 Milliarden Euro an. Haupteinnahmequelle war 2021 der Betrug mit Corona-Hilfen, die es 2020 noch nicht in dem Ausmaß gab wie 2021.

Vom Bundesland Bremen aus, in dem vor allem Bremerhaven einen bundesweiten Spitzenplatz hat und deshalb auch eine Law-and-Order-Partei bei der letzten Bürgerschaftswahl ein bundesweites Spitzenergebnis hat einfahren können, sind manche Clans seit den 1990er Jahren nach Ostfriesland ausgewichen. Die kurdisch-libanesische Familie Miri ist ein gutes Beispiel dafür. Gut 3500 Personen gehören dazu. Die Massenzuwanderung 2015/16 aus dem Orient hat auch die Clans erheblich verstärkt.

Das BKA spricht bundesweit mittlerweile von rund 200.000 Personen, die diversen Clans zugeordnet werden können. In den Clans regeln Familienoberhäupter oder andere „Schlichter“ oder „Friedensrichter“ Streitigkeiten. Selbst Familienangehörige, die selbst bislang noch nicht straffällig geworden sind, verweigern die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden und sagen nicht gegen Mitglieder ihres Clans aus. Den deutschen Rechtsstaat erkennen sie, anders als den Sozialstaat, nicht an. Das würde sich vermutlich auch nicht ändern, wenn man die Statussymbole der Clans wie teure Autos, Uhren oder Immobilien beschlagnahmte, wie gelegentlich in Ermittlerkreisen angedacht wird.

Während in manchen Großstädten bereits einige Straßenzüge von Clans aufgekauft und beherrscht werden, wehren sich Dorfgemeinschaften zunächst noch gegen das Vordringen orientalischer Clans. Letzteres beginnt zumeist in den Schulen, wenn Clan-Kinder mit überdurchschnittlicher Gewalt auffallen. Auch auf dem Land scheint der Durchmarsch der Clans unaufhaltbar, weil auch dort Polizei und Behörden von Politik und Justiz machtlos gemacht wurden.

## NACHTEILSAUSGLEICH

## Wenn Rechtschreibung keine Rolle mehr spielt

Bundesverfassungsgericht soll Legasthenievermerke in Zeugnissen kippen

Während an den Universitäten Professoren über die abnehmende Studienreife der Abiturienten klagen, ploppt am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gerade eine Klage bayerischer Abiturienten auf, die sich gegen eine sie belastende Formulierung im Abiturzeugnis zur Wehr setzen. Betroffene Abiturienten des Jahrgangs 2010 klagen sich seit Jahren durch die Instanzen gegen die Zeugnisformulierung „Aufgrund einer fachärztlich festgestellten Legasthenie wurden Rechtschreibleistungen nicht bewertet.“ Zuletzt hatte das Bundesverwaltungsgericht die Klage abgewiesen – jetzt soll das höchste deutsche Gericht entscheiden.

Die Kläger sehen sich mit dem Vermerk stigmatisiert. Man werde angesichts des Hinweises auf die Erkrankung in Bewerbungsverfahren sofort aussortiert.

Legasthenie ist als Behinderung anerkannt. Betroffene erhalten an Schulen aufgrund einer entsprechenden ärztlichen Bescheinigung bereits jetzt schon Vorteile. So hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, Legasthenie habe nichts mit Begabung oder Intelligenz zu tun, nur das Lesen und Schreiben dauere eben länger. Betroffene bekommen mehr Zeit als ihre Schulkameraden in den Prüfungen.

Der bayerische Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler) sieht in den Zeugnisvermerken keine Diskriminierung. Ihm geht es um die Vergleichbarkeit der Zeugnisse und der Aussagekraft der Bewertungen. Im Rahmen einer ersten mündlichen Verhandlung in Karlsruhe wies der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, darauf hin, dass Legastheniker meist auf den

Vorteilsausgleich verzichteten und den leichten Punktabzug für Rechtschreibung hinnähmen. Das seien vor allem Schüler, die eine Ausbildung oder Anstellung anstrebten. Wer hingegen ein Studium anstrebe, bei dem es auf die Note ankomme, vielleicht ein Numerus Clausus über die Zulassung zum Studium entscheide, der wähle meist den Nachteilsausgleich – und den Vermerk im Zeugnis.

Völlig irrelevant ist das Thema nicht, denn knapp zwei Prozent der bayerischen Gymnasiasten gelten als Legastheniker, das entspricht rund 10.000 Schülern. Zudem haben vor allem in norddeutschen Bundesländern in schwere Kritik geratene pädagogische Grundschulexperimente wie die „Schreib-wie-du-hörst“-Didaktik, in der Rechtschreibung zunächst gar keine Rolle spielt, und

auch der Corona-bedingte Digitalunterricht zu einem Zuwachs an anerkannten Lese-Rechtschreib-Schwächen (LRS) geführt. LRS- und Dyskalkuliezentren haben eine Zunahme bei den Förderbedarfen um 40 Prozent festgestellt.

Sollte das Bundesverfassungsgericht die Zeugnisvermerke als diskriminierend kippen, droht ein weiterer Wertverfall des Abiturs und sogar der universitären Abschlüsse, befürchten Kritiker. Einerseits sei Rechtschreibung weder im Handwerk noch in Naturwissenschaften wichtig, andererseits – heißt es entnervt hinter vorgehaltener Hand – könnte ein stattgebendes Urteil in Karlsruhe zu einer Ausweitung des Nachteilsausgleichs von schulischen auf akademische Prüfungen führen, Legastheniker am Ende sogar Deutsch unterrichten. Bernhard Knapstein

## PARTEIEN

## AfD-Erfolge sorgen für Nervosität

Von inhaltlicher Auseinandersetzung bis zum Parteiverbot: Etablierte suchen händeringend nach Antworten

VON HERMANN MÜLLER

Seit Wochen steigen die Umfragergebnisse für die AfD. Aktuelle Zahlen sehen die erst vor zehn Jahren gegründete Partei bereits nach der Union auf Rang zwei. Nachdem nun in Thüringen erstmals ein Kandidat mit AfD-Parteibuch zu einem Landrat gewählt wurde, liegen bei vielen Politikern anderer Parteien die Nerven blank. Neben Forderungen von CDU-Politikern aus Brandenburg und Sachsen, sich inhaltlich mit der AfD auseinanderzusetzen, kommen auch Vorstöße, die der Demokratie Schaden zufügen können.

Obwohl verfassungsrechtlich die Hürden sehr hoch sind, wurde unter anderem die Forderung nach einem Parteiverbot wieder aus der Schublade geholt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) deutete am 20. Juni am Rande einer Pressekonferenz an, dass es aus ihrer Sicht demnächst ein Verbotsverfahren gegen die AfD geben könnte. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) sagte gegenüber dem Sender n-tv zwar, nach seinem Ermessen wäre es „momentan zielführender, die AfD politisch zu stellen“. Der SPD-Politiker ergänzte allerdings, ein Parteiverbot könne man jedoch nicht ausschließen.

## „Polarisierung wie in Amerika“

Wesentlich skeptischer äußerte sich Brandenburgs CDU-Chef Jan Redmann: „Ein Verbot der AfD würde der Demokratie nicht guttun.“ Redmann warb stattdessen dafür, die CDU solle leidenschaftlicher für ihre Ideen werben und überzeugende Antworten liefern: „Gerade in Ostdeutschland, wo die Menschen das Scheitern von Planwirtschaft selbst erlebt haben, ist die Ablehnung der Ampelpläne zur Energiewende besonders groß.“

Michael Kretschmer, Vorsitzender der sächsischen CDU und Ministerpräsident des Freistaats, warnte zudem: „Wir sind auf dem Weg in eine Polarisierung, wie wir sie aus Amerika kennen. Die Debatte der vergangenen Woche hat nicht erkennen lassen, dass alle das begriffen haben.“ Zudem sagte er gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, es sei nicht verantwortungsvoll, wenn Politiker zu „Schuldzuweisung und Abgrenzung“ greifen, „statt sich mit unangenehmen Wahrheiten auseinanderzusetzen“.



Fasst sogar ein Verbot der AfD ins Auge: Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD)

Foto: pa

Tatsächlich birgt die Forderung nach einem Parteiverbot die Gefahr, die Politikverdrossenheit der Wähler massiv steigen zu lassen: Die Verbotsforderungen beziehen sich schließlich auf eine Partei, die im demokratischen Wettstreit der momentan besonders erfolgreich ist. Bei den Wählern kann damit schnell der Eindruck entstehen, dass einige Parteien per Verbotverfahren bloß einen Konkurrenten loswerden wollen.

Politiker wie Faeser oder Maier sind nämlich nicht nur Innenminister im Bund beziehungsweise im Freistaat Thüringen, beide sind eben auch SPD-Mitglieder. Maier ist sogar SPD-Landeschef in Thüringen, Faeser ist Chef der SPD in Hessen und zudem Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der hessischen Landtagswahl am 8. Oktober. Als wichtige Inhaber eines Staatsamtes sollten beide Politiker eigentlich nicht den Hauch eines Verdachts aufkommen lassen, sie würden ihr Amt für Zwecke ihrer Partei ausnutzen. Beim Ruf, eine stärker werdende Konkurrenzpartei zu verbieten, könnte sich der Verdacht zahlreichen Wählern aufdrängen –

und beileibe nicht nur bei denen der AfD. Zweifel an der politischen Neutralität und Objektivität werden mittlerweile auch bei Thomas Haldenwang, dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz laut. Zusammen mit Innenministerin Faeser hat Haldenwang am 20. Juni den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt. Wie aufmerksame Beobachter feststellten, sind in dem Bericht kaum noch Aussagen zu linksextremistischen Gruppierungen innerhalb der Linkspartei zu finden.

## Haldenwangs Amtsverständnis

Auf den 376 Seiten des Berichts finden sich nur noch einige wenige Sätze, in denen es um Linksextremisten innerhalb jener Partei geht. Noch im Verfassungsschutzbericht 2020 war die Bundesbehörde recht ausführlich auf extremistische Gruppe wie die „Kommunistische Plattform“, die „Sozialistische Linke“, die „Antikapitalistische Linke“ oder die Gruppierung „marx21“ eingegangen. Angesichts der massiven Streichungen zum Thema Linksextremismus wies ein Kommentator bei „Tichys Einblick“ auf die Koalitionen

zwischen SPD und Linkspartei in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen hin. Angesichts dieser Bündnisse könnten allzu ausführliche Informationen über linksextremistische Strömungen innerhalb der Linkspartei zu Fragen führen, mit wem sich die SPD da eigentlich eingelassen habe: „Die SPD hat ein Interesse daran, dass der Begriff ‚linksextremistisch‘ im Zusammenhang mit ihrem Koalitionspartner möglichst wenig auftaucht. Wo Rot-Dunkelrot-Grün gemeinsam regieren, wie etwa in Berlin, wird der Linksextremismus innerhalb der ‚Linke‘ in den Berichten des Landesverfassungsschutzes komplett unterschlagen“, so Thomas Leh in „Tichys Einblick“.

Nicht nur das Weglassen von Informationen zum Linksextremismus wirft Fragen nach der Neutralität der Verfassungsschutzbehörde auf. Gegenüber dem ZDF machte der Chef der Bundesbehörde am 20. Juni eine Aussage, die auf ein sehr fragwürdiges Amtsverständnis hindeutet: Haldenwang sagt: „Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragergebnisse der AfD zu senken ...“

## VERKEHRSPOLITIK

## Die Friedrichstraße ist „frei“

Berlins Prachtboulevard darf wieder auf ganzer Länge mit dem Auto befahren werden

Berlins Friedrichstraße ist wieder auf voller Länge für Autos befahrbar. Pünktlich um Mitternacht ist am 1. Juli ein jahrelang gesperrter Abschnitt des Prachtboulevards wieder für den Autoverkehr freigegeben worden. Bereits im Mai hatte die Senatsverwaltung unter Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) eine Anordnung des grün-geführten Bezirksamtes Berlin-Mitte aufgehoben und angekündigt, die Straße für Autos zu öffnen.

Die Sperrung der Straße hatte noch die Vorgängerregierung von SPD, Grünen und Linkspartei durchgedrückt. Gegen Proteste von Anwohnern und Gewerbetreibenden hatte maßgeblich die damalige Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) die Teilsperre vorangetrieben.

Scharfe Kritik an der Verkehrspolitik der Grünen kommt unterdessen von Ber-

lins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner (CDU). „Die Bilanz nach sechs Jahren Verkehrsverwaltung durch die Grünen ist alles andere als gut“, sagte er.

Das gelte auch und gerade mit Blick auf Radwege. Jarasch habe sich vorgenommen, 40 Kilometer neue Fahrradwege pro Jahr zu schaffen. Es seien 26,5 geworden, moniert das neue Stadtoberhaupt. „Ich finde, das ist keine gute Bilanz.“ Wegner verteidigt, dass die Senatsverwaltung nun die Radwegeplanung des Vorgängersensats einer Prüfung unterzieht. Dass die Verkehrsverwaltung nunmehr beim Radwegbau überprüfe, was die Vorgängerregierung gemacht habe, sei völlig normal, so Berlins Regierender Bürgermeister.

Die Ankündigung der neuen Verkehrssenatorin Schreiner, zahlreiche Radwege-

projekte zu überprüfen, hat unterdessen bereits zu Protesten geführt. Organisationen wie Fridays for Future, der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) Berlin und die Gruppe Changing Cities hatten sogar zu einer Fahrrad-Großdemo durch Berlin am 2. Juli aufgerufen (siehe Kolumne). Kernforderung ist die sofortige Umsetzung des noch vom Vorgängersensat beschlossenen Mobilitätsgesetzes.

## Grüne setzen auf Konfrontation

Aus Sicht von Wegner war die Verkehrspolitik des alten Senats allerdings ein entscheidender Auslöser für seinen Wahlerfolg im Februar. „Ein ganz maßgeblicher Punkt für das Wahlergebnis war die Verkehrspolitik von der grünen Verkehrssenatorin.“ Im Kontrast zu dieser Diagnose kündigte das grün-geführte Friedrichs-

hain-Kreuzberg nun sogar noch mehr Maßnahmen zur „Verkehrsberuhigung“ auf bezirklicher Ebene an. Wie die Grünen-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg auf Twitter mitteilte, sind insgesamt rund 280 Maßnahmen geplant. In den kommenden Jahren sollen in dem Bezirk allein 27 Fußgängerzonen entstehen, dazu auch noch Einbahnstraßen, Schulzonen und neue Tempolimits. Vorgestellt hat diese Pläne die zuständige Bezirksstadträtin, Annika Gerold (Grüne), unter dem Motto „Xhain beruhigt sich“.

„Verkehrsberuhigung“ wollen die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg auch erneut einen Teil der Friedrichstraße. Laut den vorgestellten Plänen soll in dem Teil der Straße, der zu Kreuzberg gehört, eine neue Fußgängerzone entstehen. H.M.

## KOLUMNE

## Fahrraddemo

VON VERA LENGSELD

Der neu gewählte Senat von Berlin hat es nicht leicht, obwohl sein Programm nur minimale Abweichungen von den Vorhaben des abgewählten rot-rot-grünen Vorgängerregierers vorsieht. Unter anderem waren die Berliner genervt von der Verkehrspolitik, die es den Autofahrern in der Stadt immer schwerer machte. Deshalb wollte Berlins Verkehrssenatorin Manja Schreiner den bisher geplanten Ausbau des Radverkehrs überprüfen lassen.

Das stieß auf heftigen Protest der Fahrrad-Ideologen, denen es längst nicht mehr nur darum geht, sicher und bequem durch die Stadt fahren zu können, sondern die möglichst viele, im Idealfall alle, Autos aus der Innenstadt vertreiben wollen. Ohnehin ist es in den letzten Jahren massiv erschwert worden, die Innenstadt zu befahren. Es gibt fast nur noch kostenpflichtige Parkplätze. Ein Kinobesuch kann deshalb teuer werden, denn das Parkticket kostet leicht doppelt so viel wie die nicht gerade preisgünstigen Kinokarten.

Am vergangenen Wochenende hatten Tausende Radfahrer und Umweltaktivisten gegen die Überprüfung der rot-rot-grünen Verkehrsweplanung protestiert. Aufgerufen dazu hatten unter anderem die Initiative Fridays for Future (FFF), der Fahrradverein ADFC und die Verkehrsgruppe Changing Cities. Die Tour startete in Prenzlauer Berg und führte durch Lichtenberg und Friedrichshain bis nach Mitte zum Roten Rathaus. Erklärtes Ziel war, dass möglichst viele Berliner auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Auf der Abschlusskundgebung sprach Luisa Neubauer von FFF.

Fahrrad fahren zu wollen sei „das Gesundeste, Logischste, Einfachste, Günstigste und Gerechteste“, was an Fortbewegungsmitteln vorhanden sei. Den Demonstranten war der Widerspruch nicht aufgefallen, dass sie mit ihrer Demo eben diese Verkehrsmittel, Busse und Straßenbahnen massiv behinderten.

## MELDUNG

## Mehr Schutz vor Waldbrand

Potsdam – Nach verheerenden Waldbränden im vergangenen Jahr will das Land Brandenburg mehr für den Brandschutz tun. Wie das Umweltministerium in Potsdam mitteilte, sollen auf insgesamt 800 Hektar sogenannte Waldbrandriegel entstehen. Gemeint sind damit Schneisen in den Wäldern, in denen entweder eine brandhemmende Vegetation angelegt wird oder die ganz von allem Brennbarem geräumt werden. Nach Angaben des Ministeriums bestehen in Brandenburg solche Waldbrandriegel bislang auf 318 Hektar Fläche. Schon zu DDR-Zeiten waren Waldbrandriegel in den märkischen Kiefernwäldern weit verbreitet. Zur Löschwasserversorgung plant das Land zudem ein Netz von Brunnen in den Wäldern. Zum vorbeugenden Waldbrandschutz will das Land weiterhin in den Umbau von reinen Kiefernwäldern in Mischbestände investieren. Im vergangenen Jahr hatte es mehr als 500 Waldbrände in der Mark gegeben. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Reger Handel mit Kasachstan

**Astana** – Im vergangenen Jahr ist die Ausfuhr von Waschmaschinen aus der EU nach Kasachstan um das 4,36-Fache gestiegen. Und Deutschlands Export von Kühl- und Gefrierschränken in die ehemalige Sowjetrepublik erhöhte sich sogar um das 5,51-Fache. Viele Beobachter schließen daraus, dass die Haushaltsgüter vom größten Binnenstaat der Welt beschafft worden sind, um sie an den russischen Nachbarn weiterzureichen, der die verbauten Halbleiter ausgebaut und für Rüstungszwecke umgenutzt habe. Dem widerspricht der kasachische Botschafter in Deutschland, Nurlan Onshanow, vehement. Sein Land halte die Sanktionen gegen Moskau strikt ein. Der auffällige Anstieg bei den Importquoten resultiere vielmehr daher, dass sein Land wegen der westlichen Sanktionen gegen die Russische Föderation keine Haushaltstechnik mehr über europäische Vertriebsfirmen in Russland kaufe und im Übrigen auch russische Geräte boykottiere. Insofern sei die Zunahme der Direktimporte aus der EU wohl mehr als verständlich. W.K.

## Anschlag: Polen dementiert

**Danzig** – Die Regionalabteilung Pommern des Dezernates für organisierte Kriminalität und Korruption der Nationalen Staatsanwaltschaft in Danzig hat Presseberichte zurückgewiesen, denen zufolge die für den Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines verantwortlichen Täter Polen als logistische Basis genutzt haben. Zwar lägen tatsächlich Hinweise darauf vor, dass die Jacht „Andromeda“ zwölf Stunden lang durch polnische Hoheitsgewässer gesegelt und auch kurz in einen Hafen an der Ostseeküste eingelaufen sei, jedoch seien auf polnischem Territorium keine Gegenstände an Bord genommen worden. Zudem fehle ohnehin jeglicher belastbare Beleg für eine Verwicklung der sechsköpfigen Besatzung in das Attentat, so die polnischen Ermittler. Recherchen deutscher Medien wie der ARD, der „Zeit“ und der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge handelt es sich bei besagtem Hafen um Kolberg. W.K.

## Messertaten im Touristen-Ort

**Rom** – Im Badeort Lignano ist es im Juni zu mehreren schweren Gewalttaten gekommen. Bereits am 2. Juni ist in der Adria-Stadt eine Gruppe Jugendlicher mit Messern attackiert worden. Dabei wurde ein Opfer so schwer verletzt, dass es notversorgt werden musste. Bereits am darauffolgenden Tag eskalierte ein anderer Streit zwischen zwei Personengruppen abermals so weit, bis erneut ein Messer gezogen wurde. Auch zwischen Saisonarbeitern kam es in dem Badeort zu einem Streit, bei dem ein Mann, zwei andere Männer mit einem Messer angegriffen haben soll. Inzwischen warnt der Tourismusverband vor ausbleibenden Hotelbuchungen in die Region um Lignano. Als Reaktion auf die erhöhte Anzahl von Gewalttaten wollen die örtlichen Behörden während der Sommersaison das Polizeiaufgebot verstärken. H.M.

## NIEDERLANDE

# Kampf für die Landessprache

An den Unis des Beneluxstaates wird mehr Englisch als Niederländisch gesprochen – Das soll sich ändern

VON BODO BOST

Englisch ist keine Amtssprache der Niederlande. Doch mehr als ein Drittel aller Vorlesungen an den niederländischen Universitäten sind in Englisch. Dies hat dazu geführt, dass sich in den vergangenen Jahren mehr als 120.000 internationale Studenten an niederländischen Hochschulen eingeschrieben haben. Das macht 15 Prozent aller Studenten. Fast niemand aus dieser Gruppe kann mehr Niederländisch oder muss es lernen, weil man ein Studium in den Niederlanden bequem auf Englisch absolvieren kann.

Jetzt schlägt die konservative-liberale Regierungsmehrheit um Ministerpräsident Mark Rutte vor, die Zahl der Studenten aus Ländern außerhalb der EU in einigen Fächern zu begrenzen und die Universitäten zu zwingen, mindestens zwei Drittel des Inhalts von Standard-Bachelorstudiengängen auf Niederländisch anzubieten, es sei denn, eine Universität rechtfertigt eine Ausnahme. Von internationalen Studenten dürfe auch in Zukunft verlangt werden, Grundkenntnisse der niederländischen Sprache zu erlernen, um ihre Chancen auf einen Verbleib in den Niederlanden zu erhöhen. Für immer mehr Berufe sind jedoch Niederländischkenntnisse nicht mehr notwendig.

Dies ist ein neuer Ton in einem der am stärksten international vernetzten Länder der Welt, mit weitverbreiteten Englischkenntnissen und beeindruckenden digitalen Fähigkeiten. Im Vorjahr haben einige niederländische Universitäten als Reaktion auf eine Wohnungskrise Studenten aus dem Ausland schriftlich davor gewarnt zu kommen, wenn sie nicht bereits eine Unterkunft gefunden hatten.

Der zuständige Bildungsminister Robert Dijkgraaf forderte die Hochschulen außerdem auf, nicht mehr aktiv im Aus-

land zu werben. Die Bürgermeisterin von Amsterdam, Femke Halsema, hat außerdem kürzlich verlangt, dass ausländische Einwohner mehr tun sollten, um Niederländisch zu lernen.

Den Gesetzesentwurf, der in Kürze veröffentlicht werden soll, will man noch in diesem Sommer beraten, damit er bereits ab September nächsten Jahres in Kraft treten kann. Doch schon jetzt gibt es gemischte Reaktionen. David Schindler, außerordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tilburg, wies auf Untersuchungen hin, die zeigen, dass ausländische Studenten mehr zurückgeben, als sie kosten, weil ein Viertel von ihnen nach Abschluss ihres Studiums im Lande bleibt, auch wenn sie die Landessprache während ihres Studiums nicht gelernt haben.

Universitäten sollten das lehren, was für ihre Studenten am hilfreichsten ist, „aber wenn man dies von oben nach un-

ten vorschreibt, wird ein wesentlicher Teil der niederländischen akademischen Welt vernichtet“, sagte Schindler und ergänzte: „Was mich am meisten beunruhigt, ist der Rückgang der Forschungsqualität, weil Forschung und Innovation zu den wichtigsten Triebkräften des Wirtschaftswachstums gehören.“

### Eingriff in Autonomie der Unis

Jeanet van der Laan, eine Abgeordnete der linksliberalen Partei Democraten 66, ist auch dafür, dass hohe Niederländischkenntnisse erhalten bleiben müssten, äußerte aber Bedenken gegen den Gesetzesentwurf: „Die konservativen Parteien schlagen vor, alle internationalen Studenten zu zwingen, einen Teil des Lehrplans auf Niederländisch zu absolvieren.“ Diese hohe Hürde, meint sie, würde ehrgeizige, internationale Talente davon abhalten, sich in den Niederlanden einzuschreiben, sodass dem Staat Talente entgehen würden, die man haben wolle.

Die Vereinigung der Universitäten der Niederlande ist der Meinung, dass einheimische Studenten ihr Niederländisch verbessern und ausländische Studenten es lernen sollten. „Es gibt immer noch Möglichkeiten für englischsprachigen Unterricht“, sagte deren Sprecher, Ruben Puy-laert. Aber diese nationale Kontrolle greife in die Autonomie der Universitäten ein.

Aziza Filal, die Vorsitzende der Amsterdamer Studentenvereinigung ASVA, sagte: „Wenn mehr Bachelor-Studiengänge auf Niederländisch angeboten werden, sind sie für internationale Studenten nicht mehr zugänglich, was schade ist. Andererseits, wenn man aufhört, Abschlüsse zu ‚anglisieren‘, wird der Zustrom ausländischer Studenten abnehmen. Internationale Studenten können oft keine Wohnung finden und kehren deshalb in ihr Heimatland zurück, nachdem sie monatelang in Wohnheimen geschlafen und viel Geld verloren haben.“

Untersuchungen zeigen, dass ausländische Studenten am ehesten unter Studienstress leiden, und, so Minister Dijkgraaf, wenn die angehenden Studenten erst einmal in die Niederlande gezogen sind, „sollten wir uns richtig um sie kümmern, damit sie danach hierbleiben“.



Auf Englisch bitte: In der Amsterdamer Universität kommt die niederländische Sprache zu kurz

Foto: Mauritius

## NORDKOREA

## Kim Jong-uns Reich verhungert

Der Ukrainekrieg trifft auch Asiens Steinzeitkommunisten – Ausbleibende Importe verursachen Hungersnot

Nordkorea ist ein Land der Gegensätze, zum einen ist es eine hoch technisierte Atommacht. Zum anderen landwirtschaftlich ein derartiges Entwicklungsland, dass die Bevölkerung Hunger leidet. So mehrten sich erneut Berichte über Hungertote im streng kommunistisch regierten Land. Da der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un sein Land immer weiter vom Rest der Welt abschottet, sind die Grenzen auch weitgehend für den Import von Nahrungsmitteln und Dünger für die Landwirtschaft geschlossen. Das Verbot von ausländischen Medien und Kontakt ins Ausland erschwerte die Informationslage.

Der britische Sender BBC berichtete nun, dass sich seit Beginn der Coronapandemie die Hungerlage wieder drastisch verschlechtert habe. Demnach verschone die Hungersnot diesmal auch das Militär nicht. Erneut sei es in den Großstädten am schlimmsten. Da jeglicher Kontakt ins Ausland für die nordkoreani-

sche Bevölkerung verboten ist, arbeitete BBC mit der Organisation „Daily North Korea“ zusammen. Sie verfügen über ein Netzwerk an Quellen im Land. Nach deren Informationen führe der Ukrainekrieg nicht nur in Afrika zu neuen Hungersnöten, sondern auch in Nordkorea, einem der engsten Verbündeten Russlands und Waffenlieferanten.

Schon Mitte und Ende der 1990er Jahre litt Nordkorea unter einer entsetzlichen Mangelerkrankung. Die unmittelbare Ursache für die nordkoreanische Hungersnot waren die großflächigen Überschwemmungen im August 1995, die einen Großteil der Reisernte des Landes vernichteten, aber vor allem das Verbot des Imports von Nahrungsmitteln.

Auch die zerfallende Sowjetunion konnte damals nicht aushelfen. Das Ausmaß der Katastrophe ist nicht vollständig bekannt, aber zwischen 1995 und 1999 starben Hunderttausende an Ursachen, die direkt oder indirekt mit der Nahrungs-

mittelknappheit zusammenhängen. Die Zahl der Todesopfer wird auf bis zu zwei Millionen geschätzt, bei insgesamt 20 Millionen Einwohnern des Landes.

Obwohl die Hungersnot in Nordkorea durch eine Naturkatastrophe ausgelöst wurde, hatte sie in erster Linie politische Ursachen. Wie beim „Großen Sprung nach vorn“ in China von 1958 bis 1962, als 20 Millionen Menschen im ländlichen China verhungert sind, geht man auch in Nordkorea davon aus, dass bis zu zehn Prozent der Menschen indirekt an den Folgen des Nahrungsmangels starben.

### Untypische Reaktion der Regierung

Die Hungersnot in Nordkorea war ein einzigartiges Ereignis. Anders als die meisten größeren Hungersnöte der Neuzeit war sie nicht das Ergebnis politischer Umwälzungen und weniger das Resultat einer Naturkatastrophe als vielmehr einer langfristig gescheiterten Wirtschaftspolitik. Sie war auch insofern ungewöhnlich, als

die städtische Bevölkerung in den Industriestädten am stärksten betroffen war. Auch die Reaktion der Regierung auf die Hungersnot – ein unverhohlener Appell an die internationale Hilfe, verbunden mit strengen Beschränkungen für ausländische Spender und Helfer – war untypisch. Ausländische Helfer durften die Hilfen nicht selbst verteilen, weshalb ein Großteil zur Versorgung des Militärs verwendet wurde. Am tragischsten war jedoch, dass sie zu keinen größeren Veränderungen in der Politik oder der Juche (Selbstständigkeit)-Ideologie führte, was in den folgenden Jahren zu wiederholtem Hungersnöten führte.

Nordkorea ist ein Industriestaat, der in der Lage ist, eine strenge politische Kontrolle über seine Bevölkerung aufrechtzuerhalten, aber nicht willens ist, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen, die seinem Volk das grundlegendste menschliche Bedürfnis – genug zu essen – sichern könnten. Bob

VON BODO BOST

Der Kurs der türkischen Lira hatte am Abend des Wahlsieges von Recep Tayyip Erdoğan ein neues Rekordtief erreicht und hatte sich nicht erholt, bis der im Amt bestätigte Staatspräsident seinen neuen Finanzminister Mehmet Şimşek vorstellte. Der britisch-türkische studierte Ökonom kurdischer Abstammung gilt als entschieden wirtschaftsliberal und wird mit Erdoğan's islamischer Wirtschaftspolitik bald ein Ende machen. Letzteres hoffen zumindest viele um ihr Vermögen gebrachte Türken, die diesmal Erdogan nicht mehr gewählt hatten. Seitdem ist die Stimmung an Istanbul's Börse spürbar angespannt. Es gibt ein Liquiditätsproblem. Die Leute versuchen zu verkaufen, aber sie können es nicht.

In den drei Wochen seit der Wiederwahl des türkischen Präsidenten ist der Wert der Lira weiter stark gesunken. Das Land befindet sich in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Der Wert der Lira hat sich in zwei Jahren halbiert, und die Inflation liegt offiziell bei 39,59 Prozent, inoffizielle Schätzungen der türkischen Inflationsforschungsgruppe beziffern sie auf über hundert Prozent.

#### Şimşek neuer Finanzminister

Wirtschaftswissenschaftler von Bloomberg gehen davon aus, dass die türkischen Behörden seit dem Absturz der Lira im Dezember 2021 177 Milliarden US-Dollar zur Stützung der Lira ausgegeben haben. Im Moment steht die Lira bei vier Cent. 25,92 Lira bekommt man derzeit für einen Dollar. Vor den Wahlen herrschte eine hektische Betriebsamkeit, da die um die Wirtschaft besorgten Menschen in Scharen zum Basar strömten, um ihr Geld in Dollar zu tauschen. Nach Angaben der türkischen Finanzzeitung „Ekonomim“ hat die türkische Zentralbank selbst fünf Milliarden Lira auf den Großen Basar gebracht, um sie in Dollar umzutauschen, und das in einer Zeit, in der die Devisenknappheit hoch ist.

Finanzminister Şimşek will statt des Versuchs, mit Stützungskäufen die Lira zu stabilisieren, zusammen mit der neuen Zentralbankchefin Hafize Gaye Erkan mit einer Zinserhöhung die Inflation bekämpfen. Deshalb wurde am 22. Juni der Leitzinssatz von 8,5 auf 15 Prozent erhöht. Der Markt hatte jedoch eine Erhöhung auf 25 Prozent erwartet. Aber eine derart starke Anhebung des Zinssockels würde Şimşek wahrscheinlich politisch nicht überleben, denn nach Erdoğan's strikter „islamischer Wirtschaftspolitik“ sind Zinsen gemäß dem Koran eigentlich gänzlich verboten.

Deshalb könnte der Finanzminister die Zinssätze schrittweise anheben, um den Präsidenten nicht zu verschrecken, der entgegen jedweder Wirtschaftslogik davon ausgeht, dass höhere Zinssätze die



Die Türkei wird derzeit von westlichen Touristen nicht stärker besucht als sonst um diese Jahreszeit: Eine der größten Sehenswürdigkeiten der Türkei, die Hagia Sophia, zu Beginn dieses Monats  
Foto: imago/zuma wire

#### TÜRKEI

## Die Lira fällt weiter, aber der Touristenboom bleibt aus

Obwohl die Landeswährung für Ausländer immer billiger wird, ist es nicht zum erwarteten Ansturm westlicher Besucher gekommen

„Inflation eher verursachen als eindämmen. Auf dem Rückweg von seinem fünften Staatsbesuch in Aserbaidschan erklärte Erdoğan vor Reportern, er sei bereit, Şimşek zum Erfolg zu verhelfen, erklärte aber paradoxerweise auch, dass „seine Meinung unverändert“ sei, was Fragen der islamischen Wirtschaftspolitik angehe.

#### Deutschtürken sind skeptisch

Şimşek hatte zuvor bei Merrill Lynch in London sowie bei der Investmentbank UBS an der Wall Street gearbeitet. „Wir erwarten mittel- bis langfristig gute Dinge“, sagt er, aber auch: „Kurzfristig je-

doch nicht.“ Erkan ist bereits die fünfte türkische Zentralbankchefin in fünf Jahren. Erdoğan hat immer mehr Einfluss auf diese Funktion. Wie Şimşek hat auch Erkan in den USA gearbeitet. Von 2005 bis 2014 war sie als leitende Analystin mit dem Schwerpunkt Banken bei Goldman Sachs tätig. Danach war sie stellvertretende Vorstandsvorsitzende der 1985 gegründeten First Republic Bank. 2021, ein Jahr vor dessen Zusammenbruch, verließ sie das börsennotierte Finanzhaus mit Sitz in San Francisco.

In der türkischen Tourismusbranche hatte man auf einen Ansturm westlicher Touristen gehofft, weil diese nun wegen

des Liraverfalls günstiger im Land Urlaub machen können, sofern denn nicht der niedrigere Preis für die Lira durch höhere Preise in Lira wettgemacht wird. Aber selbst die Urlauber kommen im Moment nicht. Das mag an Erdoğan's Wahlsieg liegen. Selbst seine Wähler in Deutschland, die nicht vom Liraverfall betroffen sind, scheinen ihrem Idol nicht zuzutrauen, dass er die Wirtschaft noch einmal in den Griff bekommt. Vielleicht scheuen sie die Reise in die Türkei, weil viele Deutschtürken wegen Präsidentenbeleidigung, zu der auch Kritik an der Wirtschaft gehört, in türkischen Gefängnissen sitzen.

#### UKRAINE

## „Ein Leuchtfeuer der Kraft des Kapitalismus“

Kiew will BlackRock am Wiederaufbau des Landes in entscheidendem Maße beteiligen

Die US-amerikanische Investmentgesellschaft BlackRock soll den Wiederaufbau der Ukraine in entscheidendem Maße initiieren und steuern. Diesbezügliche Gespräche des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit dem Gründer, sowie Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzenden der weltgrößten Vermögensverwaltung, Laurence Douglas Fink, begannen vergangenen September.

Dem folgte bald darauf eine formelle Absichtserklärung seitens des Kiewer Wirtschaftsministeriums und der BlackRock-Führung über die Gründung eines Ukrainischen Entwicklungsfonds (UDF), der ausländisches Kapital aus öffentli-

chen wie privaten Quellen in Höhe von mindestens 411 Milliarden US-Dollar mobilisieren und insbesondere zur Beseitigung der Kriegsschäden in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Industrie und Informationstechnologie beitragen soll. Dieser UDF ist nunmehr beschlossene Sache, nachdem die ukrainische Regierung und der BlackRock-Vizedirektor Philipp Hildebrand kürzlich ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet haben.

Am Zustandekommen des Deals waren die ehemalige Chef der Nationalbank der Ukraine Walerija Hontarewa, die frühere ukrainische Finanzministerin

Natalija Jaresko, die zusätzlich die US-Staatsbürgerschaft besitzt, sowie der Milliardär, Oligarch und Freund Clintons wie Obamas Wiktor Pintschuk beteiligt. Allen drei ist gemein, dass sie wiederholt der Korruption beschuldigt worden sind.

#### Gründung eines Entwicklungsfonds

Helmuth Scholz (Linke), Europaabgeordneter und Mitglied der Parlamentarische Versammlung „Euro-Nest“, in der sich Abgeordnete des Europäischen Parlaments mit ihren Kollegen aus den Staaten der Östlichen Partnerschaft beraten, steht mit seiner Skepsis nicht allein, wenn er warnt: „Der Wiederaufbau der

Ukraine muss ein Projekt sein, das den Menschen in der Ukraine Hoffnung gibt. Es ist kein gutes Signal, dass BlackRock von der Selenskyj-Regierung zum Träger des ukrainischen Entwicklungsfonds ernannt wurde. Denn nach dem Krieg darf nicht vor dem Ausverkauf sein.“

Doch der wird sich angesichts der Goldgräberstimmung in Investorenkreisen kaum verhindern lassen. Bereits im Januar verkündete Fink, BlackRock werde die Ukraine im Anschluss an das Ende der Kampfhandlungen mit Geld „überschwemmen“ und zu „einem Leuchtfeuer der Kraft des Kapitalismus für den Rest der Welt“ machen. *Wolfgang Kaufmann*

#### MELDUNGEN

## Flucht in Billigmarken

Berlin – Mit 35 Prozent trifft mehr als ein Drittel der deutschen Verbraucher Kaufentscheidungen bei Lebensmitteln vor allem mit Blick auf den Preis. Das ergab eine Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte im Rahmen des Global Consumer Pulse Survey unter Einbezug von 25.000 Personen in 25 Ländern. Des Weiteren sagten 37 Prozent der deutschen Teilnehmer, dass sie neuerdings bevorzugt zu den günstigeren Eigenmarken der Supermarktketten greifen würden, sofern sie bestimmte Produktgruppen nicht gleich ganz von ihrem Einkaufszettel gestrichen hätten. Letzteres gilt allerdings weniger für Fleisch. Hier wird lieber auf möglichst billige Angebote zurückgegriffen als verzichtet, was ebenfalls für mehr als jeden Dritten gilt. Insgesamt geben die Deutschen derzeit im Schnitt 15 Prozent ihres Monatsbudgets für Lebensmittel aus. Bei den Franzosen und Italienern liegt der Anteil mit 17 beziehungsweise 18 Prozent etwas höher. *W.K.*

## Bundesbank verliert massiv

Frankfurt am Main – Der Bundesrechnungshof rechnet bei der Deutschen Bundesbank mit erheblichen Verlusten durch das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB). Nach einer Untersuchung der Rechnungsprüfer könnten die Verluste der Bundesbank in den kommenden Jahren derart groß werden, dass die Steuerzahler einspringen müssen. Hintergrund der Befürchtung ist, dass die angekauften Anleihen in den Büchern teilweise negative Renditen abwerfen. Nach den Zinserhöhungen der EZB zahlt die Bundesbank allerdings auf Einlagen der Banken inzwischen wieder 3,5 Prozent Zinsen. Bereits im März hatte die Bundesbank erklärt, dass sie Verluste im Wert von einer Milliarde Euro erlitten habe. Die Bundesbank erklärte damals, dass sie etwaige weitere Verluste mit künftigen Gewinnen verrechnen könne. Der Bundesrechnungshof geht allerdings davon aus, dass solche Fehlbeträge möglicherweise nicht tragbar sein werden und der Bund entsprechende Vorkehrungen treffen muss. *H.M.*

## Üble Gerüchte um Biodiesel

Brüssel – Laut einer Analyse von S&P Global Commodity Insights hat die EU in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 80 Prozent mehr Biodiesel von China bezogen als im Vorjahreszeitraum. Branchenvertreter äußern angesichts derartig starker Mengensteigerungen den Verdacht, dass dieser Kraftstoff nicht nur aus Abfällen produziert wird, sondern auch aus Rohstoffen wie Palmöl. Das Bundesumweltministerium hat nach eigenen Angaben von Marktteilnehmern „Hinweise auf mögliche Betrugsfälle“ erhalten. FEDIOL, ein Verband, der die Interessen der europäischen Hersteller von Pflanzenölen vertritt, fordert mittlerweile staatliche Regulierungsmaßnahmen, da sonst ein Zusammenbrechen der Biodieselindustrie in der EU drohe. *H.M.*

## KOMMENTAR

## Ratten-Löcher

VON FRIEDRICH NOLOPP

Als rund 40 Jahre nach Kriegsende die Erinnerung an Stettin, Breslau, Beuthen und Allenstein in der jüngeren Generation langsam schwand, traten Elisabeth und Peter Ruge ihre Rundreisen durch die ostdeutschen Kulturlandschaften an, die sie schließlich in ihrem Buch „Nicht nur die Steine sprechen deutsch ...“ niederschrieben. Damals war der junge Diplomat Rolf Nickel (Jahrgang 1954) bereits im Auswärtigen Amt und arbeitete Anfang der 1980er Jahre unter anderem im Sowjetunion-Referat. Mit der Osteuropa-Politik beschäftigten sich damals in Bonn auch die CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, sowie Heinrich Windelen, in den 1980er Jahren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Diese drei hat Nickel noch kennengelernt.

Weitere knapp 40 Jahre weiter ist Nickel nun Botschafter a.D. und hat über seine Dienstzeit in Warschau (2014–2020) ein Buch mit dem plakativen Titel „Feinde Fremde Freunde. Polen und die Deutschen“ geschrieben (siehe PAZ vom 16. Juni). Es sind keine Memoiren, sondern vielmehr ist es eine wohlmeinende Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen – die stark den Interessen Polens zugewandt ist. Da kann Nickel gut Auskunft geben, denn er hat als junger Diplomat im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl an den beiden großen deutsch-polnischen Dokumenten mitgewirkt – dem Grenzvertrag von 1990 und dem Nachbarschaftsvertrag von 1991. Die Grenzfrage, die jahrzehntelang einer gedeihlichen Entwicklung im Wege gestanden hatte, so Nickel, musste 1990 „unbedingt schnell bereinigt werden“. Der Grenzvertrag erfüllte eine Forderung der Kriegsaliierten.

## Ex-Botschafter Rolf Nickel

Allerdings haben „einige Ewiggestrige in Deutschland“ sogar noch über das Ende des Kalten Krieges hinaus die Befürchtungen in Polen vor einem deutschen Revisionismus befeuert. 25 Jahre später spielten die Grenze und das Verhältnis zu den Vertriebenen keine Rolle mehr. Der aktuelle BdV-Vorsitzende Bernd Fabritius sei „ein akzeptierter

Gesprächspartner in Warschau“, so Nickel.

Nun, also inzwischen knapp 80 Jahre nach Kriegsende, sind nicht nur Städtenamen wie Königsberg, Schneidemühl und Graudenz verschwunden, auch die Namen Herbert Czaja, Herbert Hupka und Heinrich Windelen tauchen nicht mehr auf – jedenfalls nicht im Buch von Nickel. Auf Nachfrage erklärt er, dass sie irrelevante Positionen vertreten hätten, die Zeit wäre über sie hinweggegangen, daher bräuchte man sie nicht mehr nennen.

## Czaja, Hupka und Windelen

Dies ist für viele Schlesier, Westpreußen und Pommern natürlich bitter, dennoch können auch sie mit Gewinn das Buch von Nickel lesen, erfahren sie doch, was die bundesdeutschen Regierungsstellen für das Recht auf die Heimat und für die Vertriebenen nach 1990 geleistet haben – nämlich nichts. Als während Nikels Dienstzeit in Warschau ein bislang namenloser Mehrzweckraum einen Titel erhalten sollte, wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Man hätte dieses Quartier auch Herbert-Czaja-Saal oder Heinrich-Windelen-Halle nennen können – doch man entschied sich in Warschau für die Bezeichnung Władysław-Bartoszewski-Saal.

Bleibt die aktuelle Debatte um die polnischen Reparationsforderungen in Höhe von 1,3 Billionen Euro. Dabei warnte Nickel in einer Buchlesung davor, dass man von deutscher Seite aus in diese Kontroverse einen Verweis auf die Oder-Neiße-Gebiete, die Polen übernommen hat, einbringt. Dies würde in Polen zu katastrophalen Verstimmungen führen und in Deutschland dafür sorgen, dass möglicherweise die Nachfolger der CDU-Politiker und Vertriebenensprecher Heinrich Windelen, Herbert Czaja und Herbert Hupka aus „ihren Löchern hervorkriechen“. Da stutzt der Zuhörer – wer kriecht umgangssprachlich aus seinen Löchern? Richtig: Ratten. So haben also Czaja, Hupka und Windelen eine lange Reise hinter sich – erst wurden sie geschätzt, da sie als Bundestagsabgeordnete der Union Millionen Wählerstimmen sicherten, dann wurden sie ausrangiert und als Unperson nicht mehr erwähnt, und jetzt sind sie beziehungsweise ihre Nachfolger Akteure, die möglicherweise bald aus ihren Ratten-Löchern hervorkriechen.



Will kein einfacher Lakaie von Putin mehr sein: Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko

Foto: imago itar-tass

## ZWISCHENRUF

## Putins zweifelhafter Retter

BODO BOST

Als die Truppen des abtrünnigen Kriegsherren Jewgeni Prigoschin auf Moskau marschierten, glaubte die weißrussische Exilopposition für einige Stunden, der Tag X sei gekommen. So bezeichnen die demokratischen Kräfte um Swetlana Tichanowskaja, die 2020 aus Weißrussland geflohen war, nachdem Alexander Lukaschenko zum wiederholten Male die Präsidentschaftswahl manipuliert und anschließend massive Proteste rücksichtslos niedergeschlagen hatte, den Tag, an dem sie hoffen, den von Moskau unterstützten Diktator zu stürzen. Als die Nachricht von Prigoschins Meuterei die Runde machte, berief Tichanowskaja eine Videokonferenz ihres „Übergangskabinetts“ ein, das je zur Hälfte in Wilna und Warschau sitzt, um mit der Umsetzung des Plans für den Tag X zu beginnen.

Ihr Kabinett habe Kontakt zu einem weißrussischen Regiment aufgenommen, das als Teil der ukrainischen Armee kämpfte, und einen Plan zur Aktivierung von Partisanengruppen in Weißrussland ausgearbeitet, um eine Reihe von Aktionen durchzuführen, die darauf abzielen, das Regime zu lähmen, sagte Tichanowskaja.

Kurz darauf kam die zweite Überraschung, als bekannt wurde, dass Lukaschenko Vermittler zwischen Prigoschin und Putin war. Prigoschin kehrte seinen

Truppen den Rücken, nachdem der unwahrscheinlichste aller Vermittler – Lukaschenko – ein Abkommen ausgehandelt hatte. Der weißrussische Staatschef gab bekannt, dass er den ganzen Tag über mit Prigoschin gesprochen habe, und behauptete, er habe den Söldnerunternehmer davon überzeugt, seinen Marsch auf Moskau abzubrechen sowie diesem und dessen Kämpfern der Wagner-Gruppe im Gegenzug sicheres Geleit ins weißrussische Exil gewährt. Die Ankündigung stieß auf Skepsis. Doch der Kreml bestätigte die Konturen des Abkommens, der Geheimdienst FSB ließ das Verfahren gegen Prigoschin fallen, und Wladimir Putin dankte Lukaschenko für seine Hilfe bei der Lösung der Krise. Dies alles kam einem bemerkenswerten politischen Coup für den weißrussischen Staatschef gleich.

## Prahlerie im Fernsehen

Zwei Tage danach versammelte Lukaschenko in Minsk seine höchsten Sicherheitsbeamten zu einer im Fernsehen übertragenen ganztägigen Prahlerie, bei der er lange Anekdoten über den Verlauf der Verhandlungen erzählte. Einmal behauptete er sogar, er habe Putin überredet, Prigoschin zu töten. Erst im zweiten Ansatz habe er sich besonnen und Putin von der Tötungsabsicht abgebracht, denn danach wären die Wagner-Leute zu allem bereit gewesen, sagte Lukaschenko im Fernsehen.

Lukaschenko ist für seine Prahlerie bekannt, er behauptete sogar einmal, sein Vater sei im Zweiten Weltkrieg gefallen, neun Jahre vor seiner Geburt. Lukaschenko, der noch länger als Putin, nämlich seit 1994, an der Macht ist, war lange Zeit ein Verbündeter Russlands, aber ein unzuverlässiger Verbündeter, der Moskaus Geld annahm und gleichzeitig ständig versuchte, Allianzen im Westen zu festigen, um ein Gegengewicht zu einer drohenden vollständigen russischen Übernahme zu schaffen.

Dieser geschickte Balanceakt endete 2020, als Moskau Lukaschenko bei der Niederschlagung von Massenunruhen half. Seitdem ist Weißrussland faktisch zu einem Vasallenstaat Russlands geworden, und der Kreml hat 2022 weißrussisches Territorium als Aufmarschgebiet für seine Invasion in der Ukraine und als Basis für Truppen und Ausrüstung genutzt.

Putin hat sogar versprochen, in diesem Sommer russische Atomwaffen nach Weißrussland zu verlegen, was, wie viele Militärexperten befürchten, Russland einen Vorwand liefern könnte, zum Schutz der Waffen jederzeit Truppen hinterherzuschicken. All dies hat Lukaschenkos Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Seine jetzige Prahlerie mit seiner Rolle als Vermittler in der größten Krise Putins scheint der Wunsch zu sein, zu beweisen, dass er kein einfacher Lakaie von Putin mehr sei.

## NACHRUF

## Ende einer Institution

Die älteste Zeitung der Welt hat fast 320 Jahre nach ihrer Gründung ihre letzte Tagesausgabe gedruckt. Die „Wiener Zeitung“ wurde 1703 als „Wienerisches Diarium“, zwei Jahrzehnte nach der zweiten Türkenbelagerung der Stadt an der Donau, von Johann Baptist Schönwetter gegründet. Ab ihrer Gründung war sie rund einhalb Jahrhunderte lang führend auf dem österreichischen Zeitungsmarkt. 1857 übernahm der österreichische Staat das Blatt. Die letzte gedruckte Ausgabe erschien am 30. Juni. Seit diesem Monat wird das auch heute noch im Staatsbesitz befindliche Unternehmen nur noch mit einer deutlich geschrumpften Redaktion als Onlinemedium weitergeführt.

Grund dafür ist ein Gesetz, das dazu geführt hat, dass sie als Druckerzeugnis nicht mehr rentabel ist. Dieses Gesetz, das im April von der österreichischen Regierungskoalition verabschiedet wurde,

beendete nämlich die gesetzliche Verpflichtung für Unternehmen, für die Veröffentlichung öffentlicher Bekanntmachungen in der gedruckten Ausgabe der Zeitung zu zahlen, wodurch die Rolle der „Wiener Zeitung“ als Amtsblatt beendet wurde.

Dieses Gesetz führte zu einem geschätzten Einkommensverlust von 18 Millionen Euro für den Verlag und zwang die Zeitung, 63 Stellen zu streichen, ein-

schließlich der Reduzierung des Redaktionspersonals von 55 auf 20. Die Zeitung wird jedoch weiterhin online erscheinen und hofft, eine monatliche Printausgabe herauszubringen, obwohl dieser Plan noch in der Entwicklung ist.

Im April lag die Auflage bei nur noch 20.000 Exemplaren an Arbeitstagen, am Wochenende verdoppelte sie sich jedoch. Arnold Schwarzenegger war einer der letzten Interviewpartner der Zeitung, ebenso wie die ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky und Wolfgang Schüssel.

In den drei Jahrhunderten, in denen die Zeitung gedruckt wurde, gab es nur eine einzige Zwangspause. Nach der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich wurde die Zeitung 1939 eingestellt. Im Jahr 1945, als Österreich noch unter alliierter Besatzung stand, nahm sie den Druck wieder auf.



Die letzte „Wiener Zeitung“

FOTO: PA

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



## Barocker Gefühlsüberschwang

Nach dem Krieg florierte die Kunst – Regensburg zeigt die bayerisch-tschechische Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“

VON VEIT-MARIO THIEDE

In Regensburg ereignete sich vor 400 Jahren nie Dagewesenes: Kaiser Ferdinand II. übertrug die Kurwürde des Calvinisten Friedrich V. von der Pfalz auf dessen katholischen Vetter Maximilian I. aus der bayerischen Linie der Wittelsbacher. An das damals umstrittene Ereignis erinnert nun die bayerisch-tschechische Landesausstellung „Barock! Bayern und Böhmen“. Die sehenswerte Schau bietet im Regensburger Haus der Bayerischen Geschichte 170 Exponate auf.

Ihr Auftakt ist kriegerisch. Das Pieter Snayers zugeschriebene Gemälde „Schlacht am Weißen Berg bei Prag“ (nach 1620) zeigt die Flucht der böhmischen Soldaten am 8. November 1620 vor den siegreichen Truppen Kaiser Ferdinands und der von Maximilian angeführten Katholischen Liga. Wie lautet die Vorgeschichte? Die böhmischen Stände hatten Ferdinand für abgesetzt erklärt und Friedrich V. von der Pfalz zu ihrem neuen König gewählt. Deshalb kam es zur Schlacht am Weißen Berg.

Friedrich floh über Breslau, Brandenburg und Wolfenbüttel ins niederländische Exil. Aber 27 Rädelsführer des böhmischen Aufstandes erlitten die Hölle auf Erden, wie uns das aus acht grauisigen Szenen zusammengesetzte Gemälde „Die Hinrichtung der böhmischen Herren auf dem Altstädter Ring in Prag am 21. Juni 1621“ (nach 1621) vor Augen führt.

Kaiser Ferdinand übernahm wieder die Herrschaft in Böhmen und verfügte, dass jeder Einwohner, der sich nicht zum katholischen Glauben bekennen wolle, das Land verlassen müsse.

Auch Maximilian I. (1573–1651) konnte feiern. Durch Verwaltungsreformen sowie die zu seinen Gunsten eingeführten Monopole zum Weißbierbrauen und für den Salzhandel hatte er die Staatseinnahmen und damit auch seine Finanzen so beträchtlich erhöht, dass er neben dem Kai-



In der Barockzeit geizte man in Bayern und Böhmen nicht mit Gold: Blick in die Ausstellung

ser der mächtigste katholische Fürst des Heiligen Römischen Reiches geworden war. Gegen seinen Vetter Friedrich V. (1596–1632) war er erst nach großen Versprechungen des Kaisers in die Schlacht gezogen.

Nach dem Sieg kam die Oberpfalz von Friedrich an Maximilian. Aber damit nicht genug: Ein aus der Benediktinerabtei Scheyern ausgeliehenes Gemälde stellt die „Übertragung der pfälzischen Kurfürstenwürde auf Maximilian I.“ dar. Dem Bild zufolge wohnten alle Kurfürsten am 25. Februar 1623 der Zeremonie bei, in der der thronende Kaiser dem vor ihm knienden Maximilian das Kurschwert überreichte. Die Wirklichkeit sah anders aus:

Der Erzbischof von Trier ließ sich durch einen Bevollmächtigten vertreten und die evangelischen Kurfürsten Johann Georg I. von Sachsen und Georg Wilhelm von Brandenburg blieben aus Protest der Zeremonie fern.

### Auftakt zum Dreißigjährigen Krieg

Der böhmische Konflikt bildete den Auftakt zum Dreißigjährigen Krieg. Aus dem stammen die ausgestellten Tongranaten. Einige sind noch mit Zünder versehen. Wenige Ausstellungsmeter weiter stößt ein reitender Bote ins Posthorn. Marx Anton Hannas hat ihn in sein Flugblatt „Allegorie zur Feier des Westfälischen Friedens“ (1648) gesetzt. Ein schiefer Grab-

stein in Kreuzform erinnert an die vielen Toten, eine Ruine verweist auf die gewaltigen Zerstörungen und wirtschaftlichen Schäden. Am Himmel erscheinen die Gottheit Fama, denn der Frieden hat gesiegt, sowie der Sicherheit und Wohlstand verheißende Götterbote Merkur.

Auf die schweren Kriegsschäden folgte ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein Bauboom in der neuen Mode des Barockstils, den Baumeister aus Oberitalien nach Bayern und Böhmen brachten und in beiden Ländern tätige Baumeisterdynastien wie die Dientzenhofer oder die Brüder Asam weiterführten. Die barocke Kunst zeichnet sich durch Dramatik und Gefühlsüberschwang, Symmetrie und

kräftig bis schwerfällig bewegte Formen aus. Auftraggeber in Böhmen waren Adel und Orden. In Bayern nahmen vor allem Kirchen und Klöster barocke Formen an. Kurator Peter Wolf führt aus: „Ein großer neuer Markt für sakrale Kunst entsteht.“

Zwar macht uns die Schau auch mit höfischer Repräsentation bekannt. Aber weitaus reicher ist die fromme Kunst vertreten. Äußerst makaber wirkt der vom Bildhauer Hans Conrad Asper geschaffene Sargdeckel in Form eines realistisch gestalteten Skeletts aus Marmor (1624). Kurator Wolf kommentiert: „Gedenke, dass Du sterben musst – Memento mori. Diese Haltung gehört zu den Hauptthemen der barocken Malerei und Skulptur.“

Ein anderes großes Thema ist die Architektur und ihre Ausstattung. Historische Baumodelle stellen uns zum Beispiel die Benediktinerabtei Michaelbeuern (1768) vor. Eine kolorierte Zeichnung zeigt die Idealansicht des Zisterzienserklosters im böhmischen Pláň (1779–1785). Einen Blick in den göttlichen Himmel gewährt der von Franz Anton Maulbertsch in Öl auf Leinwand ausgeführte Entwurf des Deckengemäldes „Der Triumph der Weisheit Gottes“ (1793).

Unter der Decke des Ausstellungssaals schweben sehr bewegungsfreudige, pummelige Putten, die ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Joseph Deutschmann schnitzte die farbig gefassten Kinderengel 1760 zur Bekrönung der Beichtstühle der Pfarrkirche Maria Himmelfahrt in Aldersbach. Sie verkörpern „Die vier letzten Dinge“: den Tod, das Jüngste Gericht, die Hölle und den Himmel.

● Bis 3. Oktober im Haus der Bayerischen Geschichte, Donaumarkt 1, Regensburg, geöffnet: Dienstag bis Sonntag 9 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. Der Katalog aus dem Pustet Verlag kostet im Museum 24 Euro. Die Ausstellung wandert im Anschluss weiter in das Nationalmuseum Prag. [www.hdbg.de](http://www.hdbg.de)

### AUSSTELLUNG

## Vorhersage mit Wolken und Licht

Potsdamer Museum Barberini im Höhenflug – Neue Ausstellung mit holländischen Impressionisten

Das Interesse des Publikums am Potsdamer Museum Barberini ist ungebrochen. So strömten rund 167.000 Besucher in die Ausstellung „Sonne. Die Quelle des Lichts in der Kunst“, die im Juni zu Ende ging. Nach der Doppelausstellung „Impressionismus. Kunst der Landschaft“ und „Klassiker der Moderne“, mit der das Museum 2017 eröffnet wurde, sowie „Picasso. Das späte Werk“ von 2019 war die „Sonnen“-Schau die bislang dritterfolgreichste Ausstellung des Hauses.

Konzipiert mit dem Musée Marmottan Monet in Paris, stellte man die Sonne in der Kunst von der Antike bis zur Gegenwart in den Fokus. Ausgangspunkt war Claude Monets Gemälde „Impression. Sonnenaufgang“ von 1872, das dem Impressionismus vor über 150 Jahren seinen Namen gab. Das Gemälde, das zur Sammlung des Musée Marmottan Monet gehört und nur äußerst selten ausgeliehen wird, war während der ersten acht Ausstellungswochen in Potsdam zu sehen.

Die Ausstellung umfasste rund 130 Exponate, darunter Gemälde, Skulpturen, Manuskripte, Druckgraphiken, Fotogra-

fien und Videos von Künstlerinnen und Künstlern wie Sonia Delaunay, Otto Dix, Albrecht Dürer, Olafur Eliasson, Adam Elsheimer, Max Ernst, Caspar David Friedrich, Joan Miró, Claude Monet, Edvard Munch, Odilon Redon, Peter Paul Rubens, Katharina Sieverding und William Turner. Auch Werke der Sammlung

des Museums- und Unternehmensgründers (SAP) Hasso Plattner wie Paul Signacs „Der Hafen bei Sonnenuntergang (Saint-Tropez)“ waren inbegriffen.

„In dieser Ausstellung konnten wir die künstlerische Darstellung der Sonne über einen Zeitraum von 2500 Jahren in den unterschiedlichsten Medien und anhand

verschiedenster Zugänge präsentieren“, sagt Chefkurator Michael Philipp, wahrscheinlich habe diese Vielschichtigkeit die Besucher überrascht und fasziniert.

Vom 8. Juli bis 22. Oktober präsentiert das Barberini die neue Ausstellung „Wolken und Licht. Impressionismus in Holland“ die Wirkung des Impressionismus auf holländische Landschaftsmalerei im Zeitraum von 1850 bis 1920, die erneut ein Publikumsrenner werden kann. Gezeigt werden über 100 Gemälde von etwa 40 Künstlern, darunter hochkarätige Namen wie Johan Barthold Jongkind, Vincent van Gogh, Jacoba van Heemskerck und Piet Mondrian.

Kurz nachdem französische Künstler in den 1830er Jahren im Wald von Fontainebleau das Malen unter freiem Himmel begonnen hatten, fingen auch Maler in den Niederlanden an, en plein air, unter freiem Himmel, zu arbeiten. Daraus entwickelte sich später die richtungsweisende „Haager Schule“, die nun das Barberini mit vorstellt.

H. Tews



Holländischer Sommer: Ferdinand Hart Nibbrig, „In den Dünen von Zandvoort“, 1891/92

### ● MELDUNG

## Auferstandener Hanns Eisler

Leipzig – Mit „Anmut sparet nicht noch Mühe“ widmet das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig dem vor 125 Jahren in Leipzig geborenen Komponisten Hanns Eisler eine Ausstellung. Vom 7. Juli bis zum 15. Oktober wird Leben und Wirken des Schöpfers der DDR-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ im Haus Böttchergäßchen vorgestellt. Der österreichische Komponist wurde am 6. Juli 1898 in Leipzig geboren. [www.hanns-eisler.de](http://www.hanns-eisler.de) *tws*

## Moderne Zeichenkunst

Berlin – Das Kupferstichkabinett am Kulturforum, Matthäikirchplatz, präsentiert vom 7. Juli bis 8. Oktober die Ausstellung „World Framed. Zeitgenössische Zeichenkunst der Sammlung Schering Stiftung“. Der Bestand umfasst 130 Arbeiten zeitgenössischer Künstler seit den 1970er Jahren. *tws*

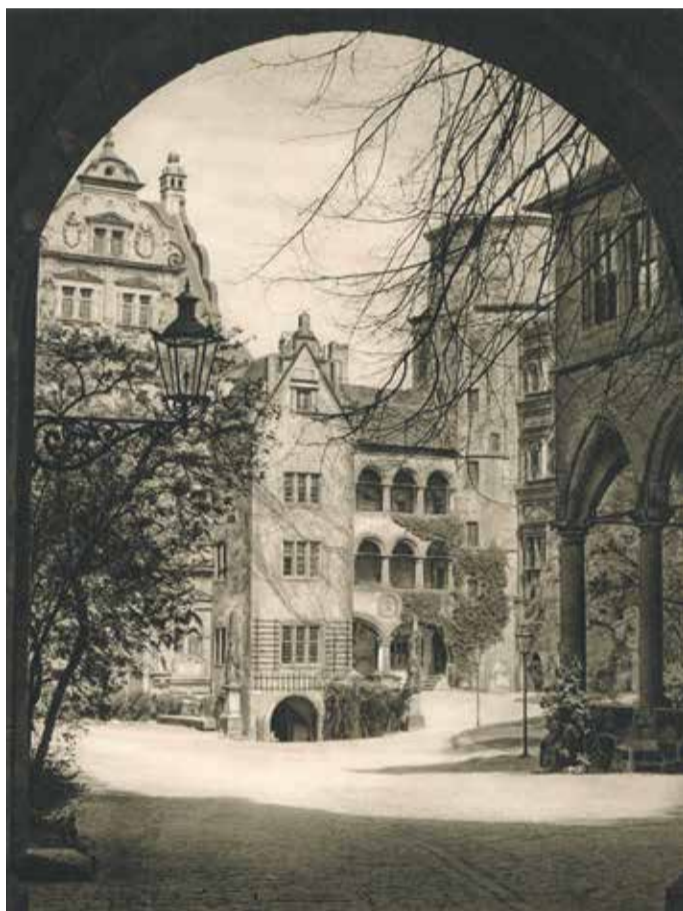
● [www.museum-barberini.de](http://www.museum-barberini.de)



Landschaft in Skandinavien



Am Frischen Haff bei Lochstedt



Hof im Heidelberger Schloss



Potsdamer Stadtschloss mit Blick auf die Garnisonkirche



Jungen in Spanien üben den Stierkampf



Rechtstädtisches Rathaus und Marienkirche in Danzig



Holzkirche in Pniow (Oberschlesien)



Straßenwacht im Kosovo

LICHTBILDKUNST

# Chronist einer versunkenen Welt

Vor 75 Jahren starb der Fotograf Kurt Hielscher. In seinen Bildern hielt er das alte Europa fest, bevor es in der Geschichte verschwand

Es gibt Biographien, bei denen man denkt: „Dieses Leben hätte ich auch gern gehabt. Zumindest in Teilen.“ Ein solches Leben führte der am 7. Januar 1881 im schlesischen Striegau geborene Fotograf Kurt Hielscher.

Geboren als Sohn eines Försters und aufgewachsen in einem Waisenhaus in Bunzlau, wurde er nach dem Studium zunächst Lehrer in Westpreußen. Schon früh packte Hielscher die Leidenschaft für die Fotografie. Als er im Sommer 1914 seine erste größere Auslandsreise nach Spanien unternahm, brach fast zeitgleich der Erste Weltkrieg aus, sodass Hielscher das ferne Land nicht mehr verlassen konnte. Anstatt zu verzagen, erkundete er die Iberische Halbinsel und hielt die Erlebnisse mit seiner Kamera fest. Nach der Rückkehr in die Heimat erschien 1921 eine Auswahl der dabei entstandenen Bilder unter dem Titel „Das unbekannte Spanien“ – und zwar sowohl in Deutschland als auch in Spanien. Dass bereits ein Jahr später französische, italienische und englischsprachige Ausgaben folgten, zeigt, dass Hielschers Fotografien von Beginn an weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus als herausragend wahrgenommen wurden.

Natürlich lag es da nahe, auch ein Buch über die eigene Heimat zu machen. Und so zog Hielscher 1922 und 1923 „vom eisigen Gipfel der Zugspitze“, wie er es im Vorwort seines Deutschland-Bandes schrieb, bis hin zum „fliegenden Sand der Riesendünen der Kurischen Nehrung“. Dass die noch heute bestechenden Aufnahmen auch technisch brillant waren, verdankte der Fotograf den Zeiss-Ikon-Werken und der von ihnen gestellten Kamera, den Zeiss-Werken und den von ihnen gestellten Objektiven, der Firma Agfa, die ihm „das gesamte vorzügliche Plattenmaterial überließ“ (Hielscher) – sowie auch dem Kupfertiefdruckverfahren, in dem die Bücher hergestellt wurden. Vorangestellt waren den einzigartigen Bildern aus dem Deutschland der Zwischenkriegszeit ein Geleitwort von Gerhart Hauptmann und ein Abdruck des letzten handschriftlichen Briefes von Hans Thoma.

Nach seinen ersten beiden Bänden erhielt Hielscher Einladungen in die verschiedensten Länder Europas, um dort ähnliche Dokumentationen von „Baukunst, Landschaft und Volksleben“ zu erstellen. So erschienen in wenigen Jahren Bildbände über Skandinavien, die „ewige Stadt“ Rom und Italien sowie Jugoslawien, Österreich und Rumänien. Das alles wohl gemerkt zu einer Zeit, in der viele seiner Zeitgenossen schon den Ausflug in die Kreisstadt oder gar die Landeshauptstadt als Weltreise empfanden.

Dass die von Hielscher in Bildern eingefangene Welt an der Schwelle zu einer neuen Zeit stand, war ihm durchaus bewusst: „Ich versuche, das Urgesicht eines Landes und seines Volkes in meinen Büchern zu zeigen. Als Zeugen einer versinkenden Welt werden meine Bilder noch sprechen, wenn ich selbst längst verstummt bin.“ Kurz darauf stürzte der Zweite Weltkrieg den von ihm porträtierten Kontinent in den Abgrund. Und was der Krieg übrig ließ, wurde oft durch eine gnadenlose Modernisierung verdrängt.

Kurt Hielscher starb vor 75 Jahren, am 10. Juli 1948, im sächsischen Lichtenstein. *neh*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der 98 Jahre alte Franzose Edmond Réveil vor einigen Wochen öffentlich machte, dass seine Résistance-Gruppe am 12. Juni 1944 47 kriegsgefangene Wehrmachtssoldaten in einem Waldgebiet unweit des Dorfes Meymac kaltblütig ermordet hatte, wurde dieses Geständnis umgehend historisch „eingeordnet“. Man müsse den Fall vor dem Hintergrund deutscher Übergriffe sehen. Immerhin seien nur zwei Tage zuvor in Oradour-sur-Glane 643 Franzosen, darunter auch zahlreiche Frauen und Kinder, von Angehörigen der 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ massakriert worden.

Allerdings nahm die Kriegführung in Frankreich bereits seit dem Tag der alliierten Landung in der Normandie auf allen Seiten höchst brutale Züge an. Was die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Kriegsgegnern angeht, kam der deutsche Militärgeschichtler und Autor der 2014 bei C.H. Beck in München erschienenen Monographie „Unternehmen Overlord. Die Invasion in der Normandie und die Befreiung Westeuropas“, Peter Lieb, zu dem Schluss, dass sich die westalliierten und deutschen Streitkräfte zwar fundamental darin unterschieden, wofür sie kämpften, aber „kaum darin, wie sie kämpften“.

#### Westalliierte Völkerrechtsverstöße

Am D-Day, dem Tag der alliierten Landung in der Normandie, bombardierten Flugzeuge der britischen Royal Air Force (RAF) und der United States Army Air Forces (USAAF) etliche Städte in der Region wie Caen, was zum Tod von rund 15.000 französischen Zivilisten führte. Dazu kamen im weiteren Verlauf der Operation Overlord mehrere Tausend Opfer unter der Bevölkerung in der Normandie durch Luftangriffe der Alliierten.

Und auch bei den Kämpfen am Boden wurde das Kriegsvölkerrecht von Anbeginn an mit Füßen getreten. Wie der britische Historiker Antony Beevor in seinem Buch „D-Day. Die Schlacht um die Normandie“ nachweist, erschossen abgesetzte alliierte Fallschirmjäger vielfach deutsche Soldaten, die sich in Gefangenschaft begeben wollten. So geschehen unter anderem am Tag der Landung in der Ortschaft Audouville-la-Hubert auf der Halbinsel Cotentin.

Ähnlich ging es an den Stränden der Normandie zu. Beispielsweise meldeten die Staboffiziere der 1. US-Infanteriedivision im Verlaufe des 6. Juni 1944 die Gefangennahme von 130 Wehrmachtangehörigen am Omaha Beach. Am Abend des D-Day war deren Zahl dann aber plötzlich auf 66 geschrumpft.

Dem folgten während des alliierten Vormarsches diverse weitere Kriegsverbrechen. Nicht zuletzt gilt als sicher, dass Angehörige des II. Kanadischen Korps Anfang August 1944 in der Schlacht um Falaise eine unbekannte Anzahl von gefangenen Angehörigen der 12. SS-Panzer-Division „Hitlerjugend“ töteten.

Viel Aufmerksamkeit erregte zudem der Fall des französischen Offiziers Robert Galley von der 2. Panzerdivision der Forces françaises libres (FFL). Diesem wird vorgeworfen, am 12. September 1944 in Andelot den Befehl erteilt zu haben, deutsche Soldaten nach ihrer Kapitulation zu erschießen. Darüber hinaus soll er für einige weitere Massaker verantwortlich gewesen sein, wie das von Herbsheim im Elsass, wo es am 2. Dezember 1944 zur Ermordung von rund 200 Angehörigen der Waffen-SS kam. Galley wurde dafür nie zur Verantwortung gezogen, sondern machte im Frankreich der Nachkriegszeit eine steile Karriere als Politiker. So war er unter anderem Minister für Wohnungsbau, Postminister, Verkehrsminister und Verteidigungsminister.

#### Deutsche Völkerrechtsverstöße

Die deutsche Seite beging ab dem D-Day vergleichbare Kriegsverbrechen. Als Bei-



Opfer der Bombardierung durch britische und US-amerikanische Verbände: Caen in der Normandie

Foto: AS Syndication – ullstein bild

#### ZWEITER WELTKRIEG

## Das blutige Ende im Westen

Seit einigen Wochen ist das Kriegsgeschehen in Frankreich 1944 in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Eine unvoreingenommene Betrachtung ergibt, dass von allen Parteien schwere Kriegsverbrechen begangen wurden

spiele hierfür seien die Erschießung von sieben entwaffneten US-Fallschirmjägern bei Hémevez und das Massaker an 18 kanadischen Kriegsgefangenen in der Abbaye d'Ardenne in Villons-les-Buissons bei Caen genannt.

Und auch im späteren Verlauf des Jahres 1944 exekutierten Einheiten der Wehrmacht und Waffen-SS gegnerische Soldaten nach deren Kapitulation. Besondere Bekanntheit erlangte hier die Tötung von 82 Angehörigen der US-Armee am 17. Dezember 1944 unweit der belgischen Stadt Malmedy durch die Kampfgruppe Peiper innerhalb der 1. SS-Panzer-Division „Leibstandarte SS Adolf Hitler“. Ein zentraler Befehl, alliierte Kriegsgefangene zu erschießen, die an regulären Kampfhandlungen teilgenommen hatten, existierte nicht. Lieb weist darauf hin, dass im Operationsgebiet der Waffen-SS-Division „Hitlerjugend“ nach dem D-Day mindestens 187 gegnerische Soldaten im Anschluss an ihre Gefangennahme getötet wurden, während zwei andere Großverbände der Waffen-SS keine derartigen Kriegsverbrechen begingen.

#### Hohe Verluste auf beiden Seiten

Die beiderseitige Verrohung im Zuge der Kämpfe in Frankreich korrespondierte mit hohen Opferzahlen auf beiden Seiten. So waren die deutschen Verluste im Westen in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 prozentual doppelt so hoch wie bei den Gefechten an der Ostfront. Zu konstatieren ist auch die folgende Korrelation: Je geringer die eigene Verwicklung in Gefechte, desto härter das anschließende Auftreten gegenüber gefangenen Gegnern.

Die hohen Verluste waren aber nicht der einzige Grund für die Gewaltausbrü-

che. Mit Beginn der Landung in der Normandie kam es in einigen Teilen Frankreichs zu einem regelrechten Partisanenaufstand. Zehntausende Mitglieder der Résistance erhoben sich, um die alliierten Truppen zu unterstützen und den deutschen Nachschub für die Invasionsfront zu blockieren. In diesem Zusammenhang begingen sie vor allem Sabotageakte, töteten aber auch deutsche Soldaten im Gefecht oder nach deren Gefangennahme. Letzteres passierte nicht nur in Meymac, sondern ebenso in Vieugy in der Region Auvergne-Rhône-Alpes, Les Rousses im Département Jura, Saint-Julien-de-Crempse in der Dordogne und an anderen Orten. Nach Schätzungen von Lieb ermordeten französische Widerstandskämpfer allein im Spätsommer 1944 um die 350 deutsche Gefangene. Anschließend schändeten sie teilweise noch deren Leichen.

#### Brutalität des Partisanenkriegs

Dem gegenüber stehen die Straffaktionen gegen die Résistance, bei denen es zahlreiche Opfer unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung gab, weil diese fälschlich mit dem Widerstand in Verbindung gebracht wurde oder einfach ein drastisches Exempel statuiert werden sollte, um die Franzosen zu entmutigen, gegen die Besatzer aufzubegehren. Das war sowohl in Oradour der Fall, als auch beispielsweise in Issendolus, Tulle, Argenton-sur-Creuse, Mussidan, Valreas, Vassieux-en-Vercors, Buchères, Maillé und im Tal der Saulx, wo Wehrmacht- und Waffen-SS-Einheiten zwischen dem 8. Juni und 29. August 1944 insgesamt nochmals um die 650 französische Zivilisten massakrierten.

Am 21. Januar 1945 endete das letzte Aufbäumen der Deutschen, die am 16. De-

zember 1944 begonnene Ardennenoffensive, mit einem strategischen und operativen Sieg der Westalliierten. Der Kriegssieg der Alliierten war klarer denn je – und dass sie die Vergeltung eines deutschen Siegers nicht mehr zu befürchten hatten.

#### Zäsur der Ardennenoffensive

Der Anfang des Jahres 1945 stellte auch insoweit eine Zäsur dar, als seitdem im Westen fast nur noch deutsche Soldaten Opfer von verbrecherischen Handlungen wurden. Gleich am Neujahrstag des letzten Kriegsjahres metzelten Angehörige der B-Kompanie des 21. Gepanzerten Infanteriebataillons der 11. US-Panzerdivision nahe dem belgischen Dorf Chenogne, das in der Nähe von Bastogne liegt, zwischen 70 und 80 bereits entwaffnete Angehörige der 3. Panzergrenadierdivision der Wehrmacht nieder. Darunter befanden sich 21 Verwundete und Sanitäter mit Rot-Kreuz-Armbinden.

Für diese Untat wurde bis heute niemand zur Verantwortung gezogen. Das verwundert nicht, wenn man den persönlichen Tagebucheintrag des Oberkommandierenden der 3. US-Armee, Generalleutnant George S. Patton, vom 4. Januar 1945 kennt. Darin heißt es über das Massaker von Chenogne: Die 11. Division „ist sehr grün und hat unnötige Verluste hinnehmen müssen, ohne dass diese Erfolge bewirkt hätten. Ermordete außerdem etwa 50 deutsche Ärzte. Ich hoffe, wir können das verheimlichen.“ Dies gelang dann auch zunächst.

#### Morden mit und ohne Befehl

Wie heute bekannt ist, hatten einige US-Verbände den offiziellen Befehl, keine Angehörigen der Waffen-SS oder überhaupt

keine Soldaten und Offiziere des Gegners gefangen zu nehmen, sondern diese sofort zu töten. Das galt nachweislich für das 180. und 328. Infanterieregiment sowie die 101. Luftlanddivision. Andere US-Soldaten handelten aus eigener Initiative.

Über Massentötungen deutscher Soldaten nach ihrer Gefangennahme informiert unter anderem eine Auflistung des evangelischen Geistlichen Wilhelm Feldner für den Zeitraum vom 15. März bis 1. Mai 1945. Laut Feldner verübten US-Truppen damals allein im Raum zwischen dem Saargebiet und dem Alpenvorland 21 Massaker mit teilweise oft mehreren Dutzend Opfern.

Das meiste Aufsehen erregten hier die Erschießung von bis zu 30 gefangenen Pionieren durch das 254. Infanterieregiment bei Jungholzhausen am 15. April 1945 und die Ermordung von 36 wehrlosen jungen Deutschen, die einem Waffen-SS-Ausbildungsbataillon angehörten, in Lippach am 22. April 1945. In letztgenanntem Falle gehörten die Täter zur 12. US-Panzerdivision. Nicht selten schossen die GI die gefesselten Opfer ins Genick oder sie erschlugen sie mit ihren Gewehrkolben.

Später komplettierte der ehemalige Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der TU Dresden und Autor des 1995 bei Oldenbourg in München erschienenen Buches „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“, Klaus-Dietmar Henke, Feldners Liste. Er fand Hinweise auf insgesamt 92 Kriegsverbrechen der Amerikaner in Süddeutschland.

#### Tötung von KZ-Wachpersonal

Nach der Befreiung einiger Konzentrationslager kam Selbstjustiz an den Bewachern von der SS als Kriegsverstoß hinzu. Ein typischer Fall dieser Art ist die systematische Erschießung von 39 SS-Männern, welche die Waffen gestreckt hatten, im Zuge der Einnahme des Konzentrationslagers Dachau durch die I-Kompanie des 157. Infanterieregiments unter Leutnant William Walsh am 29. April 1945.

In diesem Falle empfahl der Stellvertretende Generalinspekteur der 7. US-Armee, Joseph Whitaker, die Eröffnung eines Kriegsgerichtsverfahrens gegen die Täter. Das wurde jedoch durch Patton verhindert. Als erster US-Militärgouverneur von Bayern seit dem 9. Mai 1945 war er dazu in der Lage.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die massenhafte Einwanderung von Flüchtlingen oder Armutsmigranten aus aller Welt führt zu einer immer stärkeren Belastung der Gesellschaft in vielen europäischen Staaten. Dass hier nicht konsequent gegengesteuert wird, obwohl der Widerstand innerhalb der autochthonen Bevölkerung permanent zunimmt, resultiert zum einen aus der ideologischen Verblendung vieler verantwortlicher Politiker und zum anderen aus der emsigen Lobbyarbeit der Migrationsgewinnler.

Denn im Westen hat sich mittlerweile eine regelrechte Industrie etabliert, deren Geschäftsmodell zwingend erfordert, dass der Zustrom von Fremden anhält. So werden im Zuge der Unterbringung und Betreuung der Immigranten Milliarden gewinne generiert. Das ist legal – ganz im Gegensatz zu den Aktivitäten der italienischen Mafia, welche ebenfalls von der nicht enden wollenden Einwanderung profitiert.

Die auf Sizilien beheimatete Cosa Nostra kontrolliert Teile des Menschen schmuggels von Nordafrika nach Süditalien. Recherchen des US-Nachrichtensmagazins „Time“ brachten zutage, dass der Prototyp aller Mafia-Organisationen mehr als 5000 Euro pro Immigrant und Überfahrt kassiert. Darüber hinaus müssen die Asylsucher dann in den Aufnahmehäusern Schutzgeld an die Cosa Nostra zahlen. Andernfalls droht die Entführung und Ermordung ihrer Kinder, wobei ägyptische Kriminelle die Drecksarbeit für die „Uomini d'onore“ (Ehrenmänner) erledigen.

#### Kooperation mit Afrikanern

Eine weitere Einnahmequelle der Cosa Nostra ist der lukrative Betrieb der Asyllager auf Sizilien. Die entsprechenden Aufträge ergattert sie durch Bestechung oder Manipulation der öffentlichen Ausschreibungen. Dazu kommt die Zwangsprostitution weiblicher Einwanderer. Zwar macht sich die Cosa Nostra auch hier nicht selbst die Hände schmutzig, verlangt aber Schutzgeld von denen, welche dies tun. Das gilt analog für den Drogenhandel durch nigerianische Kriminelle: Die Mafia erlaubt den Handel gegen Zahlung entsprechender „Gebühren“.

Ganz ähnlich wie die Cosa Nostra agiert die vor allem im Raum Neapel verwurzelte Camorra. Sie betreibt in großem Stil Asyllager, um an staatliche Mittel zu gelangen. Dazu kommt die Kooperation mit afrikanischen Mafia-Gruppierungen aus Nigeria und Benin. Die kampanische Kleinstadt Castel Volturno nordwestlich von Neapel wurde den ausländischen Drogen- und Menschenhändlern von der Camorra sogar als Stützpunkt überlassen, wobei natürlich ebenfalls reichlich Geld floss.



Gutes Geschäft für zwielichtige Kreise: Asylsucher am Mittelmeer, hier im Hafen von Piräus, Griechenland

Foto: action press

#### ASYLINDUSTRIE

## Die Mafia verdient Milliarden mit illegalen Einwanderern

Die italienischen Verbrecher-Netzwerke kassieren bei der Überfahrt, der Unterbringung, bei Prostitution und Drogenhandel sowie bei verschiedenen Arten von Schutzgelderpressung

Und dann wäre da noch die kalabrische 'Ndrangheta, welche als derzeit mächtigste Mafia-Organisation der Welt gilt und einen „Umsatz“ von 50 Milliarden Euro pro Jahr erzielen soll. Auch sie verdient am Geschäft mit den Asyllagern, von denen es in Kalabrien und Apulien sehr viele gibt. So flog vor einiger Zeit auf, dass der ortsansässige Arena-Clan zehn Jahre lang vom Aufnahmezentrum C.A.R.A. Sant'Anna in der Kleinstadt Isola Capo Rizzuto profitierte.

#### Kirchenmann schaute weg

Das Zentrum stand offiziell unter der Aufsicht der katholischen Hilfsorganisation La Misericordia. Allerdings berief deren lokaler Chef, der Geistliche Edoardo Scordio, seinen illegitimen Sohn Leonardo Sacco zum Manager des Lagers. Und der schanzte dann der Familie Arena zahlreiche Aufträge zu. Durch diese konnte die Mafia ungefähr ein Drittel der staatlichen Zuwendungen für das Aufnahme-

zentrum in Höhe von bislang 100 Millionen Euro in die eigene Tasche umleiten, indem sie beispielsweise bloß die Hälfte der vereinbarten Essensportionen für die Immigranten lieferte. Wobei das Ganze nur funktionierte, weil die Kirche die Missstände ignorierte und Scordio sich das Wegsehen mit 150.000 Euro pro Jahr vergüten ließ. Die Vorsitzende der Anti-Mafia-Kommission im italienischen Parlament, Rosy Bindi, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Gelddruckmaschine für den Mafia-Clan“, während der Chef der Antikorruptionsbehörde, Raffaele Cantone, den Fall C.A.R.A. Sant'Anna als „Spitze des Eisbergs“ bezeichnete.

Eine weitere attraktive Möglichkeit für die 'Ndrangheta, mit Hilfe von Asylsuchern Geld zu scheffeln, ist das System des Caporalato in der süditalienischen Landwirtschaft. Hierbei werden illegal eingewanderte und nun in Armutsghettos dahinvegetierende Immigranten an Landwirtschaftsbetriebe vermittelt, von

denen sie Hungerlöhne erhalten, während ihre Arbeitsbeschaffer, welche oftmals im Dienste der Mafia stehen, beträchtliche Provisionen einstreichen.

#### Die Lösung wäre einfach

Die kriminellen Netzwerke erwirtschaften so bis zu 22 Milliarden Euro pro Jahr, von denen natürlich kein einziger Cent an Steuern in die Staatskasse geht. Was das für Italien bedeutet, wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, dass der offizielle Jahresumsatz in der Landwirtschaft bei 43 Milliarden liegt. Damit ihre Machenschaften möglichst geheim bleiben, schirmt die 'Ndrangheta die Lager der Illegalen konsequent nach außen ab und reagiert bei „Verrat“ oder Nachforschungen seitens der Presse mit Gewalt.

In jüngster Zeit treten die Immigranten aber nicht mehr nur als passive Objekte, sondern auch als handelnde Subjekte auf – und zwar im positiven wie negativen Sinne. Zum einen wehrten sich elf aus

Bangladesch und Tunesien eingewanderte Inhaber kleiner Geschäfte in Palermo gegen die örtlichen Schutzgelderpresser der Cosa Nostra um Emanuele Rubino, woraufhin dieser tatsächlich ins Gefängnis wanderten. Zum anderen tritt die aus Nigeria stammende und extrem brutal agierende Mafia-Organisation „Schwarze Axt“ jetzt zunehmend in direkte Konkurrenz zu den alteingesessenen italienischen Clans.

Dabei gäbe es ein einfaches Mittel, sowohl der italienischen als auch der afrikanischen Mafia das Wasser abzugraben, wie der von Juni 2018 bis September 2019 amtierende italienische Innenminister Matteo Salvini zutreffend feststellte: Wenn weniger Immigranten ins Land kämen, würde auch weniger Geld in die Taschen der Kriminellen fließen. Doch genau das versuchen nicht nur die Mafiosi zu verhindern, wie das Treiben etlicher europäischer Politiker und diverser „zivilgesellschaftlicher“ Initiativen zeigt.

#### REICHTUM

## Die aufreizende Dekadenz auf den Weltmeeren

Weit weg vom gemeinen Volk und dessen Nöten: Die Zahl der Superjachten wächst explosionsartig

Vor mehr als 300 Jahren beschrieb der französische Literat Nicolas Boileau erstmals das Phänomen der Dekadenz. Dieses ist heute präsenter denn je, denn die Reichen unserer Tage übertreffen ihre Vorläufer im 17. Jahrhundert in puncto egomanischer Impertinenz gleich um mehrere Größenordnungen. Ein typischer Ausdruck dessen sind die protzigen Superjachten, welche sich schier explosionsartig vermehren. Beispielsweise wurden 2021 fast doppelt so viele solcher Schiffe in Auftrag gegeben wie 2020, nämlich um die 1000. Dabei dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die erste Superjacht von 200 Metern Länge zum

Kaufpreis von mehr als einer Milliarde Euro über die Weltmeere schippert.

Als derzeitiger Rekordhalter gilt die „Eclipse“, die dem russisch-israelisch-portugiesischen Unternehmer Roman Abramowitsch gehört und momentan in einem türkischen Hafen liegt, um der Beschlagnahme aufgrund der Sanktionen gegen Russland zu entgehen. Für dieses 162-Meter-Schiff soll der Oligarch 850 Millionen Euro hingeblättert haben. Und das einmalige Volltanken eines Monstrums wie der „Eclipse“, welches in der Stunde 2000 Liter Treibstoff verbraucht, kostet nochmals um die anderthalb Millionen Euro. Dafür ist der ökologische Fußab-

druck der Superjachten dann auch gigantisch: Abramowitschs schwimmendes Statussymbol produziert etwa 33.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, während der Durchschnittsdeutsche gerade auf neun Tonnen kommt.

Die Dekadenz der Superjachten äußert sich aber nicht nur in den exorbitanten Kaufpreisen und Betriebskosten sowie der verheerenden Umweltbilanz oder dem Umstand, dass aus den Duschen an Bord auf Wunsch durchaus auch mal Champagner statt Wasser spritzt. Hierauf verweist jetzt Boileaus Landsmann Grégory Salle in seinem kürzlich erschienenen Buch „Superjachten. Luxus und Stille

im Kapitalozän“. Darin meint der Pariser Politikwissenschaftler, die Schiffe würden von ihren Besitzern keineswegs bloß genutzt, um Bewunderung und Neid zu erregen, sondern ebenso, um „sich von den gemeinsamen Grenzen freizumachen und auf Distanz zum gemeinen Volk zu gehen“.

So hätten die Normalbürger während der Lockdowns im Zuge der Corona-Pandemie eingesperrt und verängstigt zu Hause gehockt, während die Reichen die Freiheit der Meere und das beruhigende Gefühl genossen, die besten Überlebenschancen von allen zu besitzen. Doch damit nicht genug: Neben dem „Survivalismus-Separatismus“ erlaube der Besitz

einer eigenen Superjacht samt Hubschrauberlandeplatz genau jene Form von „Hypermobilität“, welche die „globalisierte Hyperbourgeoisie“ kennzeichne. Dazu komme noch, dass man auf den Schiffen der Polizei und Justiz aus dem Wege gehen und sich jederzeit in „exterritoriale Zonen par excellence“ flüchten könne. Damit stünden die schwimmenden Luxuspaläste für eine nachgerade obszöne Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

All dies veranlasste einen Rezensenten von Salles Buch zu der Äußerung, dass das Dekadenzphänomen Superjacht „schlechterdings ... nach der Guillotine ruft“.

W.K.

WUTTRIENEN

# Neue Künstler, alte Bekannte

Das Ostpreußische Sommerfest in neuem Format

VON UWE HAHNKAMP

**A**n einem neuen Ort, mit einem neuen Konzept, aber mit demselben Schwung wie immer. Dazu ein ansprechendes Programm mit einer Mischung aus alten Bekannten und neuen Künstlern, eine hohe Zuschauerfrequenz und sonniges, nicht zu warmes Wetter mit einem ostpreußischen Himmel, der sein Dach über die Veranstaltung spannt. Noch einmal gut umrühren ... Es klingt nach einem gelungenen Rezept für ein Ostpreußisches Sommerfest, und so war es am 24. Juni in Wuttrienen südlich von Allenstein.

Laut Wetterbericht drohte im Laufe des Vormittags Regen im südlichen Ermland, der Himmel hatte jedoch nicht genau hingehört und zeigte bei wechselnder Bewölkung mit seiner unvergleichlichen Weite, warum viele vertriebene Ostpreußen sich an ihrem neuen Wohnort anfangs oft unwohl fühlten. Über 900 Personen aus dem südlichen Ostpreußen sowie Ostpreußen aus dem Bundesgebiet nutzten das stabile, regenfreie Wetter für einen Abstecher in das Dorf Wuttrienen, um gemeinsam das Ostpreußische Sommerfest zu feiern.

## Neues Konzept, alte Glocken

Die hohe Besucherzahl war für den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, ein Beweis, dass sich weiter mit Überzeugung sagen lässt: „Ostpreußen lebt.“ Damit das so bleibt und sich die Deutschen in der heutigen polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren gut untereinander und mit den Gästen aus dem Bundesgebiet integrieren und ihre Organisationen stabil bleiben, wurde ein neues Konzept versucht. „Nicht nur haben wir einen neuen Festplatz, sondern wir haben auch die Zelte so aufgebaut, dass sie gut miteinander, nebeneinander und gegenüber kommunizieren können, einfach die ganze Zeit am Tisch essen und trinken oder auch das Programm auf der Bühne genießen können“, so Stephan Grigat in seiner Begrüßung.



„Ostpreußen lebt!“, LO-Sprecher Stephan Grigat (r.) begrüßt die Besucher des Sommerfests

Foto: Frahm

Das Motto „Ostpreußen lebt“ griff auch Michal Schlueter als Vertreter des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) auf. Es lebt, und das trotz der schwierigen Situation unter anderem mit der Kürzung der Finanzierung des Sprachunterrichts durch den polnischen Staat. Darauf ging wiederum Jaroslaw Sloma, der Vorsitzende der Kommission für Minderheitenfragen beim ermländisch-masurischen Landtag ein. Im Namen der Kommission und der Führung der Woiwodschaft erklärte er seine Solidarität mit der Deutschen Minderheit und erinnerte an die zwei großen Ostpreußen Nikolaus Kopernikus und Immanuel Kant.

Wiktor Marek Leyk, der Beauftragte des Marschalls von Ermland und Masuren für Fragen der nationalen und ethnischen Minderheiten, wies auf den Pfad der ermländischen Bischöfe unweit von Wuttrienen und auf eine weitere Veranstaltung am Wochenende hin. „Das Bistum Rotenburg stiftet drei Glocken, die 1941/1942

zu Kriegszwecken abgehängt und nach Hamburg gebracht wurden und nach dem Krieg in Gemeinden des Bistums gelandet sind“, so Leyk, der kurze Zeit später mit einigen Vertretern der Deutschen Minderheit zur feierlichen Übergabe einer der Glocken nach Frauenburg aufbrach.

Zuvor schenkte er Manfred Schukat von der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, der seit 32 Jahren jedes Jahr mit einer Gruppe zum Sommerfest kommt, den Nachdruck eines historischen evangelischen masurischen Gesangsbuchs. Die Glocken waren jedoch nicht das einzige Objekt, das das kulturelle Erbe der Region bereicherte. Wie Domherr André Schmeier beim ökumenischen Gottesdienst zu Beginn des Sommerfestes erklärte, stammte das dabei verwendete Kreuz auf dem Feldaltar aus dem Ort Wuttrienen selbst. Es war vor 150 Jahren vom Großvater von Henryk Hoch, dem Vorsitzenden des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, geschnitten worden, der dort zuhause war.

Musikalisch umrahmt wurde der offizielle Teil des Ostpreußischen Sommerfestes 2023 vom Blasorchester aus Scheufeldsdorf bei Passenheim. Es wurde vor acht Jahren als erstes Blasorchester des Kreises Ortelsburg von Brigitte und Siegfried Taday gegründet. Die beiden Märsche zur offiziellen Begrüßung – der Preußische Präsentiermarsch von Friedrich Wilhelm III. und der Yorck'sche Marsch von Ludwig van Beethoven – klangen gerade angesichts der heiteren Stimmung von Menschen, Wetter und Musikanten weit weniger militärisch-zackig, als sie bei anderen Anlässen oft zu hören sind.

## Bekante und neue Musik

Die erste Gruppe, die zum kulturellen Programm auftrat, wurde von einem Teil des Publikums sehnlich erwartet. Wilfried Brandt von der Kreisgemeinschaft Neidenburg war mit einer Gruppe von 30 Personen zum ersten Mal seit der 25-Jahr-Feier der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit wieder in Ostpreußen.

„Wir haben Mitglieder der Jahrgänge 1934 bis 1992 dabei“, freute er sich über das Interesse auch einiger junger Menschen. Der Chor der Neidenburger Gesellschaft, der im Juli vermutlich seine dritte CD aufnehmen wird, beendete seinen Auftritt mit dem bekannten „Ännchen von Tharau“.

Das Lied hat Friedhelm Schülke, der Mann mit der Glocke der Reisegruppe aus Mecklenburg-Vorpommern, inzwischen auf einem Stein in Anklam verewigt. „Wir wollten trotz Corona aktiv sein und zeigen, dass wir als Heimatvertriebene uns für die neue Heimat eingesetzt haben“, erklärte er die Initiative dazu. Die Reisegruppe trat dann auch entsprechend diesem Motto engagiert in voller Besetzung auf.

Vor und nach der Mittagspause begeisterte die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein das Publikum auf und vor der Bühne. Zum Sommerfest war sie mit fünf Debütanten angereist und präsentierte zum Auftakt des zweiten Teils des Programms eine völlige Neuheit: ein kurzes Hip-Hop-Stück, moderne Musik in der Choreografie von Karolina Mandywel, einem Mitglied der Gruppe.

Ganz anders Ella Balakina, eine Schülerin des Vertreters der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, Damian Wierzchowski, die zum ersten Mal bei einem Sommerfest dabei war. Vor sechs Jahren kam sie aus der Ukraine nach Polen, spricht fünf Sprachen und sang zur Gitarre deutsch und ukrainisch. Sie spielt noch weitere Instrumente, fotografiert und dichtet – und ist gerade einmal 18 Jahre alt.

Drei bewährte Kräfte hingegen beendeten mit in der Stimmung durchaus unterschiedlichen Auftritten das diesjährige Ostpreußische Sommerfest: der Chor „Ermland“ der Gesellschaft der deutschen Minderheit in Heilsberg, sowie BernStein und Monika Krzenek mit ihren Solo-Stimmen. Gäste, Künstler und Organisatoren bedanken sich für die finanzielle Förderung aus Mitteln der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg, für die Stiftung Ostpreußen. Das nächste Sommerfest kann nach dieser gelungenen Ausgabe gerne kommen.

## WIRTSCHAFT IN NORDOSTPREUSSEN

# Flaute in der Geldbörse der Arbeitnehmer

Die Gehälter der Beschäftigten gingen 2022 deutlich zurück – Unternehmen wollen gesteuern

Im nördlichen Ostpreußen lag das durchschnittliche Monatsgehalt der Arbeitnehmer zu Beginn dieses Frühjahrs bei umgerechnet etwa 530 Euro. Die Realeinkommen der Bevölkerung sind im vergangenen Jahr staatsweit um 1,4 Prozent gesunken. Das Königsberger Gebiet belegte mit einem Minus von 6,3 Prozent den fünften Platz unter den Regionen mit dem größten Rückgang.

In diesem Jahr musste jeder vierte Einwohner der Exklave eine Verringerung seines Gehalts feststellen. 22 Prozent der Befragten einer Umfrage versicherten, dass ihr Einkommen im Vergleich zu 2022 gestiegen sei. Bei den übrigen Erwerbstätigen sind die Gehälter in etwa gleichgeblieben.

Am meisten beklagten sich Einzelhändler (fast 40 Prozent), Ärzte (29 Prozent) sowie Wissenschaftler und Pädagogen (25 Prozent) über Gehaltseinbu-

ßen. Zu den Menschen, die mit ihren Gehältern zufrieden sind und deren Löhne gestiegen sind, gehören Medienschaf-

fende (plus 30 Prozent), Vertreter von Beschaffungs- und Ausschreibungsverfahren (plus 27 Prozent), IT-Spezialisten

(plus 25 Prozent) sowie Bauarbeiter. Jedes dritte Unternehmen im Königsberger Gebiet plant, die Gehälter seiner Mitarbeiter in naher Zukunft um etwa sieben Prozent zu erhöhen.

Im Jahr 2022 belegte das Gebiet bei den Löhnen Platz 41 der 46 Gebiete (Oblasti) der Russischen Föderation. Der Anteil der Erwerbstätigen, die weniger als umgerechnet 230 Euro im Monat verdienen, betrug 21 Prozent. Nur etwa vier Prozent der Beschäftigten verdienen mehr als 1000 Euro. Die Spanne der am häufigsten angebotenen Gehälter liegt zwischen 230 und knapp 600 Euro.

Wie im letzten Jahr waren Moskau, Tschukotka, der Autonome Bezirk der Jamal-Nenzen und die Region Magadan die Spitzenreiter in der Rangliste des Anteils hoch bezahlter Spezialisten in den Regionen der Russischen Föderation.



Düstere Aussichten: Viele Russen verdienen weniger

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

# Auszeichnung für Architekten

**Alenstein** – Beim Wettbewerb für den Preis des Jahres der Gesellschaft der Architekten der Republik Polen (SARP), einem der wichtigsten polnischen Architekturpreise, wurde ein Büro aus Allenstein doppelt ausgezeichnet. Unter 93 eingesandten Anmeldungen und 19 Finalisten der im Jahr 2022 fertiggestellten Projekte befand sich auch das Architekturbüro Gadomski mit seiner Planung und Umsetzung des „Parks der Erinnerung Stadtmitte“. Es ging um die Verbindung des Umsteigeknotenpunkts Allenstein-Stadtmitte zwischen den Haltestellen von Eisenbahn und Bus mit dem Gedenken an den evangelischen Friedhof, der von 1873 bis 1947 an dieser Stelle existierte und auf dem über 1300 Personen, darunter auch frühere Bürgermeister und Unternehmer der Stadt, beerdigt worden waren. Das Projekt gewann in den beiden Kategorien „öffentlicher Raum“ und „Landschaftsarchitektur“. U.H.

## Wir gratulieren...



## ZUM 103. GEBURTSTAG

Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Pyrag, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli  
Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Boehnert, Gertrud, geb. Kraffzik, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Juli  
Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Juli  
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli  
Schellig, Martha, geb. Sawitzki, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Hoffmann, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juli

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. Karzyski, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli  
Blümel, Irmgard, geb. Link, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 8. Juli  
Bojarzin, Bruno, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli  
Hundsörfer, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli  
Ostrowski, Helene, geb. Schaak, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli  
Reinelt, Hildegard, geb. Hübner, aus Treuburg, am 10. Juli  
Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli  
Wachsmann, Hedwig, geb. Lockowandt, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 12. Juli

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Beyenbach, Inge, geb. Ohlemeyer, aus Lyck, Hindenburgstraße 54A, am 11. Juli  
Creuzer, Jutta, aus Königsberg, am 12. Juli  
Drott, Maria, geb. Goldmann, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli  
Klimmek, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli  
Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli  
Kragenings, Sigrid, geb. Poppeck, aus Berglinden, Kreis Lötzen, am 11. Juli  
Meyer, Erna, geb. Schmidt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Juli  
Schmeer-Asp, Ingrid, geb. Schmeer, aus Wehlau, am 11. Juli  
Schmidt, Eva, geb. Gratzik, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 7. Juli

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. Kleppek, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli  
Dzikonski, Werner, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. Juli  
Engel, Traute, geb. Ritter, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli  
Gülich, Edith, geb. Kenzler, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli  
Heiser, Rolf, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Juli  
Klose, Brigitte, geb. Hein, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli  
Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli  
Lee, Christel, geb. Schwan, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 11. Juli  
Palloks, Martin, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli  
Sabatin, Horst, aus Wehlau, am 7. Juli  
Schneider, Helga, geb. Wyludda, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Juli  
Sperber, Elfriede, geb. Sommer, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 7. Juli  
Unruh, Elfriede, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Juli  
Zachrau, Elfriede, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 8. Juli

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Esters, Irene, geb. Wissmann, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Juli  
Gering, Ilse, geb. Dziedo, aus Schellacken, Kreis Lyck, am 13. Juli  
Groß, Willi, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli  
Grund, Elli, geb. Junga, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli  
Koch, Erika, geb. Tulowitzki, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 9. Juli  
Kurrat, Helmut, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Juli  
Lutterbeck, Ursula, geb. Augstein, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 7. Juli  
Senst, Ruth, geb. Stachhel, aus Mohrunen, am 3. Juli  
Steputat, Wolfgang, aus Sangniten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juli

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Gasenzer, Else, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli  
Kagelmacher, Hanna, aus Pillkopen, Kreis Fischhausen, am 13. Juli  
Limburg, Adelheid, geb. Gorny, aus Waldfies, Kreis Lötzen, am 7. Juli  
Mateuszik, Günther, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 12. Juli  
Moreyko, Erwin, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 11. Juli  
Reichle, Herta, geb. Olbrisch, aus Regeln, Kreis Lyck, am 11. Juli  
Rick, Ursula, geb. Maczey, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Juli

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Bahr, Hiltraud, geb. Danowski, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 8. Juli  
Birkenfeld, Ursula, geb. Grunwald, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 12. Juli  
Browatzki, Alfred, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 11. Juli  
Christoffer, Heinz, aus Mohrunen, am 7. Juli  
Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli  
Gazioch, Anneliese, geb. Klosssek, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

ANZEIGE

### Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. Juli  
Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Kröger, Günter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juli  
Nowack, Siegfried, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 10. Juli  
Philipp, Günter, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 8. Juli  
Rowlin, Agnes, geb. Koschorrek, aus Lyck, am 10. Juli  
Schudy, Helmut, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 8. Juli  
Sewczyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Spiridiniene, Käte, geb. Loleit, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Basel, Horst, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 9. Juli  
Debinski, Irmgard, geb. Strümpfer, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 7. Juli  
Dolinski, Arno, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 10. Juli  
Ecker, Beate, geb. Sablutzki, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Juli  
Gusek, Kurt, aus Treuburg, am 9. Juli  
Hoffmann, Helmuth, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 7. Juli  
Krüger, Horst, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 7. Juli  
Kalkenings, Artur, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 13. Juli  
Lunkowski, Frieda, geb. Kropat, aus Britannien, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Petrasczewsky, Kurt, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 12. Juli  
Schober, Margarete, geb. Karpa, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. Juli  
Tigges, Rita, geb. Krämer, aus Romau, Kreis Wehlau, am 9. Juli

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Adam, Waltraud, aus Eichtal, Kreis Treuburg, am 10. Juli  
Deppe, Uta, geb. Meyhöfer, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 13. Juli  
Hermel, Fritz, aus Ebenrode, am 10. Juli  
Jorgowski, Dieter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli  
Kolwa, Eckhard, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. Juli  
Lumma, Ruth, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli  
Malessa, Bernd, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 10. Juli  
Metzger, Ruth, geb. Dickert, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli  
Morgenroth, Jochen, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 9. Juli  
Mühlhausen, Edeltraut, geb. Poerschke, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 10. Juli  
Plewka, Armin, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 9. Juli  
Quilitzsch, Hildegard, geb. Kullik, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. Juli  
Sabulowski, Berthold, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 7. Juli  
Spill, Traute, geb. Klimmek, aus Neidenburg, am 10. Juli  
Wiener, Werner, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli

Vaux, Dora, geb. Grigat, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 8. Juli  
Wittke, Hans-Dieter, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 8. Juli

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Bohnsack, Irmgard, geb. Porn, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 9. Juli  
Hassfeld, Gisela, geb. Lindner, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Heitger, Inge, geb. Klede, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Kais, Edeltraud, geb. Klede, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 7. Juli  
Korbus, Jens, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 13. Juli  
Pfeiffenberger, Bernd, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juli  
Röller, Ingrid, geb. Liebegut, aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 11. Juli  
Scheuer, Christa, geb. Rupsch, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 10. Juli  
Süß, Hannelore, geb. Schedukat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Juli

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Kalinowski, Siegfried, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 7. Juli  
Liedtke, Wolfgang, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 13. Juli



FOTO: PIRABAY\_GAL\_BEREL

## Zusendungen für die Ausgabe 29/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 29/2023 (Erstverkaufstag 21. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 11. Juli**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam  
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
10. November: **Arbeitstagung**

**der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Mittagessen

**Wiesbaden** – Donnerstag, 13. Juli, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46.



### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Landestreffen

**Anklam** – Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Landestreffen. Termin und Ort des Landestreffens der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern mussten aus organisatorischen Gründen geändert werden. Alle interessierten Landsleute werden gebeten, sich darauf einzustellen.

Es werden 700 bis 800 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten sind herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit fünf Chören aus der Heimat, einem Blasorchester, einer Volkstanzgruppe aus Pommern und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreu-

ßischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus befindet sich im Stadtzentrum direkt hinter dem Marktplatz. *Manfred Schukat*



### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

### Jahreshauptversammlung

**Holzminden** – Draußen hat es schon seit zwei Tagen gepladdert. Umso mehr freute sich die Vorsitzende darüber, dass fast alle Mitglieder der Einladung zur Jahreshauptversammlung gefolgt waren.

Die Regularien wurden zügig vorgetragen, die Kasse stimmte, der gesamte Vorstand wurde einstimmig entlastet, es standen keine Neuwahlen an.

Auch wenn die „kleine ostpreußische Familie“, wie die Vorsitzende zärtlich ihre Gruppe nennt, zahlenmäßig abnimmt, findet noch immer jeden Monat ein Treffen statt. Wie lange noch?

Wo bleibt die Erlebnisgeneration, die uns von früher, von ihrer Heimat in Ostpreußen, ihrem Zuhause in Pommern, Schlesien noch erzählen kann? Unsere Zuflucht ist längst das Hier geworden, Familien wurden gegründet, Berufen nachgegangen. Und die Zeit bleibt nicht stehen. Wird über kurz oder

lang die Zeitgeschichte zur Geschichte? Zeitzeugen sind nicht zu ersetzen, auch nicht als Zuschauer von Fernsehsendungen.

Momentan zählt diese Gruppe 25 Mitglieder, die Ehepartner nicht mitgerechnet. Und es gab sogar einen interessierten Neuzugang in dieser kleinen, aber immer noch regen Gruppe, die sich jeden Monat einmal zu Vorträgen, Besichtigungen, oder auch nur zum Planchandern trifft. Weite Fahrten können leider nicht mehr unternommen werden; die Beine, der Rücken, die Ausdauer sind nicht mehr so belastbar. Höhepunkt war 2022 die Feier 75 Jahre Bestehen der Holzmindener Ostpreußengruppe. Ein gutes Datum, drei langjährigen Mitgliedern mit Urkunde und Blumen danke zu sagen für ihre Treue zur Heimat und dem Verein. 65 Jahre Gisela Ehrenberg, 56 Jahre, Marianne Nütz und 52 Jahre Pastor i.R. Günther Grigoleit.

Traditionsgemäß fanden im Februar und Oktober die beliebten Königsberger Klopsessen statt, da blieb auch bei vielen Nicht-Ostpreußen daheim die Küche kalt.

Beim Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg und dem Tag der Heimat in Hannover waren die Vorsitzende und ihr Ehemann dabei. Fast wäre die Andacht vor der traditionellen Weihnachtsfeier ins Wasser gefallen: Günther Grigoleit war krank. Obwohl selbst in Zeitnot, sprang Marianne Nütz ein. Sie ist Lektorin und eine waschechte Ostpreußin.

Die Vorsitzende dankte allen Aktiven für die gute Vereinsarbeit, vergaß dabei aber auch nicht, ein Danke auszusprechen an alle anderen Mitglieder. „Was wäre dieser Verein ohne Sie?!“

Im Anschluss daran führte die Vorsitzende einen Film vor mit dem Titel „Reise in ein fremd gewordenes Land“. Es war für die Ostpreußen eine gedankliche Reise zurück in ihre Heimat und für die Nichtostpreußen ein geschichtlich kultureller Einblick und das bessere Verstehen dieser Gruppe, die im Laufe der vielen Jahre so

eng verbunden ist und an ein Aufhören nicht denkt. Mit dem gemeinsamen Ostpreußenlied beendet die Vorsitzende für das erste Halbjahr diesen Nachmittag. Der Regen hatte inzwischen aufgehört und versöhnlich zeigte sich die Sonne. *Renate Bohn*

### Kaffeetrinken

**Oldenburg** – Mittwoch, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel Wöbcken, Hundsmühlen: Kaffeetrinken. Im August haben wir Sommerpause.

### Salzburger Protestanten

**Rinteln** – Donnerstag, 13. Juli, 15 Uhr, Räume der Evangelischen Stadtmission, Waldkaterallee 1a (nahe Bahnhof): Uwe Ständera hält den Vortrag „Die Salzburger Protestanten und die Grafschaft Ravensberg“ bei der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen werden aber alle Teilnehmer um Anmeldung bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de, gebeten. *Joachim Rebuschat*



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

### Laudatio auf Edmund Ferner

„Der Danziger Philosoph Arthur Schopenhauer hat gesagt: „Es ist unmöglich, das Porträt eines Mannes zu entwerfen, der viele Wege gegangen ist. Man kann ihm nur auf einigen Wegen folgen.“ Da dieses Wort zutrifft, kann auch ich nur einige Wege aufzeigen, denn Edmund Ferner ist viele gegangen. Die ersten Schritte seines Lebens-



2022 in Helmstedt: Vorsitzender der LO-Landesgruppe Schleswig-Holstein Edmund Ferner

weges erfolgten in einer stürzenden Welt ... nicht dass unsere Zeit viel friedvoller geworden ist, wenn wir daran denken, dass 100 amerikanische Flugzeuge über unseren Köpfen über und 25.000 Soldaten auf unserem Territorium Manöver abhalten.

Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ist der Vater als Soldat gefallen. Aber das Schicksal kannte auch weiterhin keine Gnade. In der Nacht vom 26. auf den 27. August 1944 flogen britische Lancasterbomber unter Verletzung der schwedischen Neutralität über Mittelschweden nach Königsberg ein und zerstörten mit ihren Bombenteppichen mehr als 70 Prozent der Stadt. Edmund hatte mit seiner Mutter Schutz im Keller des elterlichen Hauses gesucht. Das Haus wurde zerstört, Mutter und Sohn verschüttet. Das Empfinden der beiden kann man nicht in Worte fassen: Mehr als zehn Stunden bei abnehmendem Sauerstoff, den langsamen Tod vor Augen. Glücklicherweise hörten Marinesoldaten das Klopfen und konnten die Rettung einleiten. Aber die Schicksalsprüfung hatte damit noch längst

nicht ihr Ende gefunden. Es folgte die Flucht unter unmenschlichen Bedingungen und das Einleben in eine nicht vertraute und nicht immer freundliche Umgebung.

Wer einmal einen derartigen Weg gegangen ist, der trägt sein Leben lang an einer psychologischen Hypothek. Nun kennt die Psychologie unterschiedliche Formen des Traumas. Im Falle von Edmund Ferner waren die Erfahrungen jedoch nicht eine nachwirkende Bedrohung seiner Persönlichkeit, ganz im Gegenteil: Sie setzten vor allem positive Energien frei und befähigten ihn, gleich nach dem Gymnasium in Hamburg das Studium zu ergreifen mit dem Fach Geschichte im Zentrum.

### Ferner als Künstler

Bereits während des zielstrebigen durchgeführten Studiums zeichnete sich ein Edmund Ferner ab, so wie wir ihn heute kennen: Ein Mann, der viele Fähigkeiten in sich vereint. Er ist nicht nur Pädagoge, sondern auch Reiseleiter, His-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

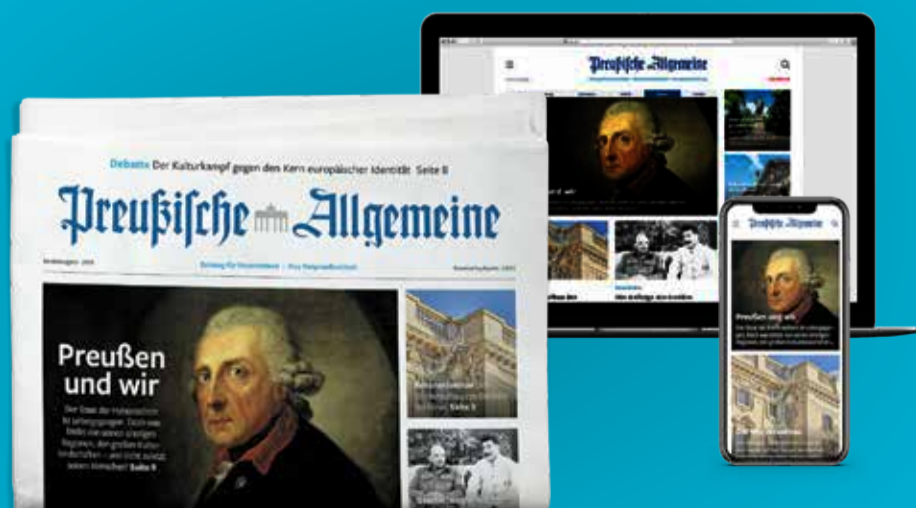
AZ-02-C



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

toriker, Journalist, Schriftsteller, Dramaturg, Denkmalspfleger, Rezitator und Dolmetscher. Diese unterschiedlichen Ausrichtungen werden gebündelt in seinem Selbstverständnis als Künstler. Das schöpferische Künstlertum ist vielleicht die tiefste Schicht seines Wesens, das den Reichtum seiner Tätigkeiten erklärt. Jeder Künstler hat seinen Stil und stilisiert sich auch selbst bis zu einem gewissen Grad. Es war die Zeit, in der sich das Fernsehen entwickelte und der damals allen bekannte Peter Frankenfeld vor den Kameras agierte. Dieser hatte erkannt, dass man sich am wirkungsvollsten darbot, wenn man eine besonders auffällige Jacke trug. Dies war die Geburtsstunde der roten Jacke von Edmund Ferner. Zu seinem Stil kamen jedoch noch andere Attribute hinzu: Der Würde und Wissen verheißende Rauschebart und der Pferdeschwanz. Das Alleinstellungsmerkmal war damit festgelegt.

Nun ist es heute so, dass jeder zweite Mochtegern entweder einen Pferdeschwanz oder einen Steinzeitknoten trägt. Edmund Ferner ist hingegen weit von solchen Attitüden entfernt. Indem er seinen Stil kultiviert, stellt er sich als Selbstdenker dar und bringt zum Ausdruck, dass er nicht im Gleichschritt mit der grauen Masse der Alltagsmenschen marschiert und nicht die Schablonen des betreuten Denkens übernimmt. Das machte ihn oft genug zu einem unbequemen Zeitgenossen. Um noch einmal Schopenhauer zu zitieren:

Man kann die Fackel der Erkenntnis nicht durch die Menge tragen, ohne einigen den Bart zu verbrennen.

Ferner als Lehrer

Dennoch: durch seine Art der Gesprächsführung und seine Bereitschaft, den Gesprächspartner anzuerkennen, hat er stets Zugang zum Menschen gefunden, sogar im Falle von Kontrahenten. 33 Jahre hat er als Lehrer unterrichtet, aber nicht als Lehrer Lempel. Ihm war es stets ein Anliegen, eine Vertrauensbasis zwischen Schülern und Lehrern zu schaffen. Sein Rezept war: Eine natürliche Autorität bewahren, die Schüler mit Vernunft überzeugen und den Schülern ehrliches Interesse entgegenbringen. Wenn man mit Edmund Ferner auf Fehmarn oder dem „Knust“, wie das Festland in der Sprache Fehmarns genannt wird, unterwegs ist, so trifft man immer wieder auf ehemalige Schüler in den unterschiedlichsten beruflichen Positionen, die sich begeistert an ihn als Lehrer erinnern. Die schulische Arbeit mit den Schülern hat er in Form von Spielscharen auch im außerschulischen Bereich fortgesetzt. Einen besonderen Akzent legte er auch auf die Jugendarbeit im Rahmen des „Komitees zur Förderung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages“, dessen Generalsekretär für Schleswig-Holstein er lange Jahre war.

Nun sind Lehrer eine besondere Spezies und nicht in allen Lehrerzimmern herrscht der Geist eines Mädchenpensionats. So ist es erklärlich, dass die Kollegen angesichts seiner Art nicht immer mit ihm übereinstimmten. Aber, wenn

die Sprache auf die Art seines Unterrichts und sein Verhältnis zu den Schülern kam, dann zollten sie ohne Ausnahme seinem Können großen Respekt. Mit welchen Widrigkeiten er bisweilen zu kämpfen hatte, verdeutlicht ein Beispiel: Konsequent und treu, bestand Edmund darauf, das ganze Deutschland ohne Amputation im Unterricht zu behandeln. Wer ihm dabei extrem bössartige Steine in den Weg legte, das war ein Schullehrer, der ausgerechnet aus Königsberg kam.

Ferner als Reiseleiter

Der Zugang zum Menschen zeigt sich auch noch in anderer Weise: Die Kindheitserfahrung des klastrophobischen Eingeschlossenseins findet ihr Gegenstück in den Gruppenreisen, die er in alle Welt organisierte. Eigentlich gebührt diesen Unternehmungen ein spezielles Kapitel. Insgesamt waren es bisher 71 Reisen selbst in die entferntesten Winkel der Erde wie Vietnam und Kambodscha. An erster Stelle steht natürlich, wie könnte es anders sein, Ostpreußen (14 Mal), gefolgt von zwölf Mal Frankreich, zwölf Mal Ungarn, acht Mal Kuba und sieben Mal China. Eingeweihte kolportieren sogar, dass er einmal eine Zigarre mit Fidel Castro geraucht hat. Aber das scheint eher ein Gerücht zu sein. Rechnet man jede Gruppe mit 30 Teilnehmern, so hat Edmund bisher 2130 Personen durch die Welt geschleust. Das Besondere dieser Reisen liegt nun in Zweierlei, ein Umstand, der von den Teilnehmern immer wieder bestätigt wurde. Man macht sich im Allgemeinen keine Vorstellungen davon, welche Gruppendyna-

Deutsches KULTURFORUM  
östliches Europa

### Deutsches Kulturforum östliches Europa

**Sabine Deres ist** die neue Vorstandsvorsitzende des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. Die Ministerialrätin i. R. wurde 15. Juni durch die Mitgliederversammlung einstimmig gewählt.

Der bisherige Inhaber des Ehrenamts, Ministerialdirigent i. R. Winfried Smaczny, hat das Kulturforum seit der Gründung im Jahr 2000 in verantwortlicher Position begleitet: zunächst als Vertreter des Landes Brandenburg, seit 2006 als Vorstandsvorsitzender.

„Dass ich im 24. Jahr meiner Zugehörigkeit zu unserem Institut vorzeitig meine Aufgabe abgebe, hat seinen Grund allein darin, dass ich jetzt die Chance habe, die Verantwortung an Frau Ministerialrätin Sabine Deres und damit in die für die Zukunft des Kulturforums besten Hände zu übergeben“, begründete Smaczny sein Ausscheiden aus dem Vorstand. Die Mitglieder dankten ihm für seinen langjährigen und nachhaltig wirkenden Einsatz.

Seitens der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) würdigte Ministerialdirigent Maria Bering diese außergewöhnliche Tätigkeit.

Die Juristin Deres ist im Kulturforum keine Unbekannte: Von 2007 bis 2014 leitete sie mit großem Engagement das bei der BKM für die Förderung des Kulturforums zuständige Referat und war in der Folgezeit für die großen bundesgeförderten Geschichtsmuseen, die NS-Gedenkstätten und etliche Einrichtungen der Demokratiegeschichte zuständig.

Deres nahm die Wahl an und freut sich nun darauf, ihre breite berufliche Erfahrung im Bereich der Erinnerungskultur wieder in die Arbeit des Kulturforums einbringen zu können.



FOTO: MARKUS NOWAK/DEUTSCHES KULTURFORUM ÖSTLICHES EUROPA

**Erfolgreiche Amtsübergabe: Ministerialdirigent i. R. Winfried Smaczny gratuliert seiner Amtsnachfolgerin Ministerialrätin i. R. Sabine Deres zur Wahl**

mik sich in einem geschlossenen Kreis fern von der Heimat und in einer fremden Kultur ergibt. Die große Kunst von Edmund besteht nun darin, in allen Fällen ein Einvernehmen herzustellen und ein ehrliches Interesse an der Kultur-

begegnung zu wecken. Es waren also, und das ist der zweite Punkt, keine touristischen Unternehmungen, wie es die heutigen Kreuzfahrten sind. Kein Auge ist illusionsbezogener als das touristische, denn es will nur seine Erwartungen se-

hen und überdies unterhalten werden. Alle Reisen Edmunds waren demgegenüber landeskundlich äußerst sorgfältig vorbereitet und öffneten den Teilnehmern unter seiner sachkundigen Leitung die Augen für die Kultur und die Men-

Rätsel

Behoer eines Schweizer Kantons	Aristokratie	Stadt am Mittelrhein	früherer türkischer Titel	früheres Land des Dt. Reiches	gerade dort, genau dort	Abendkleid	unsicher sein, infrage stellen	Befehl; Auftrag	einerlei; gleichartig	sich absetzen, ansammeln	Kfz-Zeichen Hansestadt Rostock	Viper, Giftschlange	student. Organisation (Abk.)	Nachbarstaat des Iran	US-Filmstar: ...Hanks
amerik. Filmlegende (James)				Fluss zur Oder			längster Strom Europas		Götze, Idol				Traubenreimte	Urgroßvater (Kosewort)	
Fragewort (3. Fall)		heftiger Schlag		Verwandter			friedlicher Zustand	Aroma, zarter Geruch	Sinnesorgan			Hauptstadt von Kanada	Schnellrestaurant	Himmelsrichtung	
vulkan. Gesteinschmelzfluss	ewiger Schnee im Hochgebirge	Vornehmheit	Pferdegangart	auffallend, offenkundig	sandig oder humusartig			ein Balte	gefrorenes Wasser			Geschwindigkeit			
feierlich geschmückter Tisch				Kfz-Zeichen Rosenheim	das Ich (lateinisch)	deutsche Filmdiva (Hildegard)		Gesandtschaft	Partner von Patachon			in Geldscheinen oder Münzen	Rauchfang, Schornstein	Kanton der Schweiz	
silberweißes, weiches Metall	rätselhafte Weisung						Prägewerkzeug	Abk. für Landes-kriminalamt	Einkaufsstraße in Düsseldorf (Kfz)	ausgelassen sein, scherzen	Name d. Bären in der Tierfabel	ärmelloses Kleidungsstück			
abwerlender Mann					Besucher										

**Magisch:** 1. Einsatz, 2. Eskorte, 3. stütz

**Mittelworträtsel:** 1. Aufbau, 2. Studenten, 3. Guertel, 4. Gedanken, 5. Flugzeug, 6. Drusen, 7. Designer - Fernzug

**Schüttelrätsel:**

**So ist's richtig:**

**1** NUDEL **2** JURA **3** LACK **4** GRUND **5** SPORT **6** TALG **7** MODE

**FORM** **BLUME** **LOS** **GUT** **RUMPF** **FIEBER** **MODE**

Schüttelrätsel

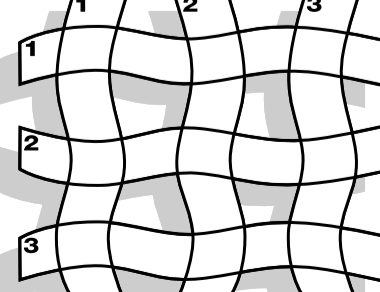
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BIS	ILLT	IMSS	EILZ	EELLR	AFHN	EEEGL
	CEEHZ					ERZ
EIILL				AEL		
	EELRS					
LMO	LLOS			EFZ		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein Verkehrsmittel.

1	NUDEL					FORM
2	JURA					BLUME
3	LACK					LOS
4	GRUND					GUT
5	SPORT					RUMPF
6	TALG					FIEBER
7	MODE					MODE



1 2 3

**Magisch**

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Wett-, Spielgebühr  
2 Begleitmannschaft  
3 verwundert, argwöhnisch



## Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

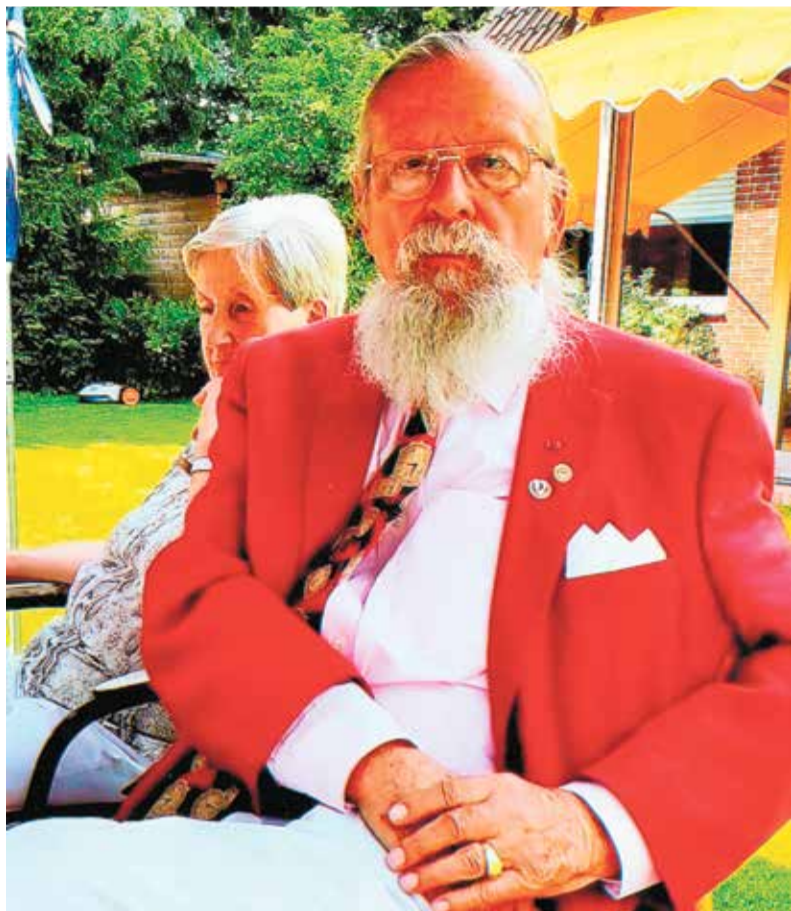


FOTO: HANSALBERT ECKLOFF

Rotes Jackett, Musterkrawatte: Markenzeichen von Edmund Ferner

freundschaftlichen Beziehungen unter dem Druck der Ereignisse abgebrochen werden. Edmund Ferner ist derjenige, der für eine Fortsetzung dieser Beziehungen sorgt. Dabei braucht sich die deutsche Seite nichts zu vergeben. So hat Edmund Ferner in Königsberg, Krakau und auch Breslau bewiesen, dass man zwar nicht immer Zustimmung erhält, aber Respekt und Achtung gewinnt, wenn man sich nicht duckt und alle Schuld auf sich lädt, sondern die historischen Fakten beim Namen nennt.

Lieber Edmund Ferner, wir müssen Dir für Deine mit so großer Entschiedenheit gegangenen Wege dankbar sein. Wir können nur hoffen, dass Du diese Wege noch lange gehen kannst.

Walter T. Rix

## Ausflug der LO

**Burg auf Fehmarn** – Der diesjährige Ausflug der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ führte die Mitglieder und Gäste nach Neumünster ins Zentrum der Mitte von Schleswig-Holstein, mit ihren 80.000 Einwohnern, wo das Museum Tuch und Technik besichtigt werden sollte.

Es zeigt die Geschichte des Tuchmacherhandwerks von der Eisenzeit bis heute auf einer Fläche von 2000 Quadratmetern. Hier wurden die Grundprinzipien der Tuchherstellung von den Anfängen bis in die Gegenwart anhand von mehr als 400 Exponaten dargestellt. Alle Arbeitsvorgänge fanden an einem Ort statt.

Nach der interessanten Führung begab sich die Gruppe zum Mittagessen, von wo aus es später zur Weiterfahrt durch die früh-sommerliche Landschaft nach Niendorf an der Ostsee ging, wo man die Gruppe zum Kaffeetrinken in einem am Strand gelegenen Hotel erwartete. Das sonnige Wetter war augenscheinlich von der gut gelaunten Reisegruppe beeinflusst, sodass danach die freie Verfügung nicht zu kurz kam.

Fazit der Reise: Es war interessant und wunderschön!

Brigitte Christensen

schen des jeweiligen Landes. Das schloss manchmal kleine amüsante Kapriolen nicht aus. Für eine Reise nach Kuba warb ein Faltblatt: Hochglanzpapier und auf der ersten Seite eine wegen der Sonne und des Strandes leicht bekleidete kubanische Schönheit. Darüber in Großbuchstaben: „Und Ostpreußen lebt“. Wie sehr sich Edmund auch in die Mentalität und Psyche anderer Völker einfügen konnte, hat er immer wieder bewiesen. So hat er zum Beispiel eine chinesische Wirtschaftsdelegation längere Zeit begleitet und bei ihr für ein Verständnis der europäischen Kultur gesorgt, damit diese Europa nicht nur als ein ökonomisches Gebilde betrachtete. Das Ergebnis war eine kostbare chinesische Vase, die jetzt im Flur des Hauses von Birgit und Edmund steht.

Als Künstler hat auch Edmund sein heimliches Vorbild. Es ist der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway. Im Grunde führt das wieder zurück auf das Kindheitserlebnis in Königsberg. Was ihn an Hemingway anzieht, das ist dessen Haltung gegenüber dem Schicksal, die sich als Motiv auch durch das gesamte literarische Werk zieht: Dem unerbittlichen Schicksal mutig die Stirn zu bieten und zugleich mit lässiger Hand nach dem Glas Whisky zu greifen. Die Faszination ist sogar so groß, dass Edmund ein eindrucksvolles Theaterstück geschrieben hat, eine fiktive nächtliche Unterhaltung mit dem großen amerikanischen Literaten auf der Bühne, wobei man fast den Eindruck gewinnt, dass einer der beiden Gesprächspartner ein Alter Ego von Edmund ist.

## Ferner als Autor

Das führt zum Thema: Edmund als Autor und Schriftsteller. Man kann die Artikel und Aufsätze zu den unterschiedlichsten Fragen der Zeit schon gar nicht mehr zählen. Dazu kommen zahlreiche Vorträge, von denen einige anschließend veröffentlicht wurden. Zu seinen Vorträgen ist anzumerken, dass sie grundsätzlich äußerst logisch aufgebaut und vor allem auch verständlich sind, was bei den Vorträgen anderer Referenten nicht immer der Fall ist. Wenn Edmund vorträgt, dann klammert er sich nicht an das Katheder und liest den Text vor sich hin, sondern er sucht durch Blicke und Hinweise ständig und recht intensiv den Kontakt mit

den Zuhörern und verleiht damit seinen Ausführungen eine Lebendigkeit, die man bei anderen Referenten oft vermisst. Diese Lebendigkeit ist letztlich Ausdruck seiner schöpferischen Kraft, die ihn auch literarisch tätig werden lässt. Auch hier ist die Palette seiner Erzeugnisse weit gefasst und reicht vom Theaterstück bis zu einem faszinierenden Kriminalroman, der im Lübeck der Nachkriegszeit spielt.

So sehr Edmund ein Mann von Welt ist, so eng ist er seiner Heimat Ostpreußen verbunden. Über Jahre hat er mit viel organisatorischem Geschick für den Erhalt und die Weitergabe des ostpreußischen Kulturgutes gesorgt. Hierzu wäre viel zu sagen, doch hier nur die Konzentration auf den wichtigsten Punkt. Er hat erkannt, dass das rein gefühlsmäßige Bekenntnis der letzten ostpreußischen Generation trotz aller Betuerungen nicht ausreicht. Mit dem Abtreten dieser Generation würde auch Ostpreußen in dem Nebel des Gewesenen verschwinden und den nachfolgenden Generationen nicht mehr viel sagen. Es ist die bedeutende Kultur des Landes – von Kant bis Kopernikus –, die Geschichte, Wesen und Gestalt Ostpreußens in die Zukunft trägt. Man muss diese Kraft der Kultur nutzen, um Ostpreußen am Leben zu halten. Dies hat Edmund Ferner sowohl in der politischen Praxis als auch in der theoretischen Konzeption stets getan. Nicht zuletzt findet dieses Anliegen seinen Ausdruck in der Steinsetzung im Bürgerpark von Burg, die noch über Ostpreußen hinausgeht: Hier finden sich alle ostdeutschen Länder mit ihren Wappen. Sie demonstrieren, dass Ostdeutschland nicht untergegangen ist und nicht, dem alliierten Sprachgebrauch „East Germany – West Germany“ folgend, auf Mitteleuropa übertragen werden darf. Wenn das eigentliche und wirkliche ‚Ostdeutschland‘ wegfällt, woher kommen dann die Großeltern und die vorausgegangenen Generationen? Dass ihm ein gutes Verhältnis zu Polen und Russen am Herzen liegt, geht aus seiner jetzigen Haltung hervor. In der gegenwärtigen Zeit, in der alles Russische, auch in ungerechtfertigter Weise, abgelehnt wird, erhält er Anrufe von Mitgliedern des Chores Cantabile Tilsit, in denen unter Tränen gefragt wird, ob die

Herbert Jaksteit, Vorsitzender

## Kölner Treffen

**Köln** – Sonnabend, 19. August, 13 Uhr, Brauhaus in Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Es besteht die Möglichkeit, Mittag zu essen. Um 14 Uhr startet das Programm mit dem Geistlichen Wort, es folgt ein Vortrag über die zerstörten Kirchen im Memelland – Wer kann über „seine“ Kirche berichten? und einem Bericht über die Aktivitäten im Memelland in diesem Jahr wie dem Tag der Deutschen Einheit im Oktober und andere Veranstaltungen. Alle sind herzlich eingeladen, auch wenn Sie keine Wurzeln in Ostpreußen haben. Wir freuen uns über jeden, der kommt!

Herbert Jaksteit, Vorsitzender

ANZEIGE



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

## Eckard Steiner

\* 12. Mai 1937 † 26. Mai 2023  
in Gumbinnen in Idstein

Der Verstorbene war von 2002 – 2014 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Gumbinnen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen**

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--------------------------------------	----------------------------	---



## Ostpreußisches Landesmuseum

## Ausstellungen

Bis zum 17. September: „**Ich bin doch immer unterwegs ...**“ – **Der Maler Franz Domscheit / Pranas Domšaitis (1880-1965)**. Die Ausstellung zeigt in Kooperation mit der Prano Domšaitis galerija, (Memel) einen Überblick über das künstlerische Schaffen des Malers vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 1960er Jahre.

Bis zum 3. Oktober: **Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland**. Die Familie von Kügelgen ist reich an bekannten Vertretern. Dazu gehören die berühmten Künstlerzwillinge Karl und Gerhard von Kügelgen. Darüber hinaus gab es viele bedeutende Maler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die zwischen Deutschland und dem Zarenreich unterwegs waren. Ihre Lebensgeschichten zeigen, wie sich die Welt im 19. und 20. Jahrhundert veränderte. Über 50 Original-Leihgaben aus der Familie entführen ins alte Estland, nach Russland sowie ins geteilte Deutschland und spannen den Bogen bis in die Gegenwart. Die Kabinettausstellung ist ein Kooperationsprojekt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung

mit dem Kügelgenhaus-Museum der Dresdener Romantik, dem Stadtmuseum „Wilhelm von Kügelgen“ in Ballenstedt und dem estnischen Mikkeli-Museum in Reval.

## Veranstaltungen

Sonntag, 9. Juli, 10 bis 18 Uhr: **Ferienstarter 2023** – Familientag der Lüneburger Museen mit Wasserturm, Familienkarte für alle Museen inklusive Wasserturm und Kloster Lüne. Zum Ferienstart können die Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen. Die Familien-Eintrittskarte (zwei Erwachsene plus maximal fünf Kinder) gibt es für einmalig 15 Euro an diesem Tag an jeder Museumskasse.

10. bis 14. Juli, täglich 14 bis 17 Uhr, 160,- Euro, zuzüglich 40 Euro Materialkosten: **Sommerakademie für Erwachsene** mit der Künstlerin Elena Steinke. Die Sommerakademie widmet sich dem Thema Ölmalerei und ihrem Potential für die zeitgenössische, künstlerische Praxis. Sie findet im Rahmen der Sonderausstellung über den Expressionisten und deutsch-litau-

schen Maler Franz Domscheit (1880–1965) statt. Auf kleinformatigen Bildträgern werden die vielfältigen Methoden der Ölmalerei ausprobiert. Zudem wird die Wirkung von ausgewählten Arbeitsschritten auf die Ausdruckskraft des Bildes erforscht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Donnerstag, 13. Juli, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Auf den Spuren der Trakehner Pferde** Kinderclub mit Roberta Schütt. Was es mit dieser berühmten und ältesten Reitpferderasse Deutschlands auf sich hat, erfahren die Sieben- bis Zwölfjährigen bei einer Rallye durch die Ausstellung. Hier lernen sie die schönen Warmblutpferde genauer kennen. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 18. Juli, 14.30 Uhr, 7 Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Alltag in Ostpreußen** – Eine Führung zu den volkskundlichen Schätzen des Ostpreußischen Landesmuseums Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Hannah Jannowitz. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

18. bis 21. Juli, täglich von 14 bis 16.30 Uhr, 5 Euro pro Tag: **Künstlerische Feriennachmittage für Kinder** von acht bis zwölf Jahren, die unterschiedliche Malstile kennenlernen und mit verschiedenen Techniken experimentieren, im Rahmen der Sonderausstellung über den expressionistischen Maler Franz Domscheit (1880–1965). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.



Ölmalerei und ihre vielen Facetten: Sommerakademie für Erwachsene mit Elena Steinke  
Foto: Elena Steinke

WOLFGANG HEYDA

# U-Boot-Kommandant und Kriegsgefangener

Mit seinem Boot gehörte der gebürtige Ostpreuße zur Gruppe „Seewolf“ – Zweimal geriet er in Gefangenschaft

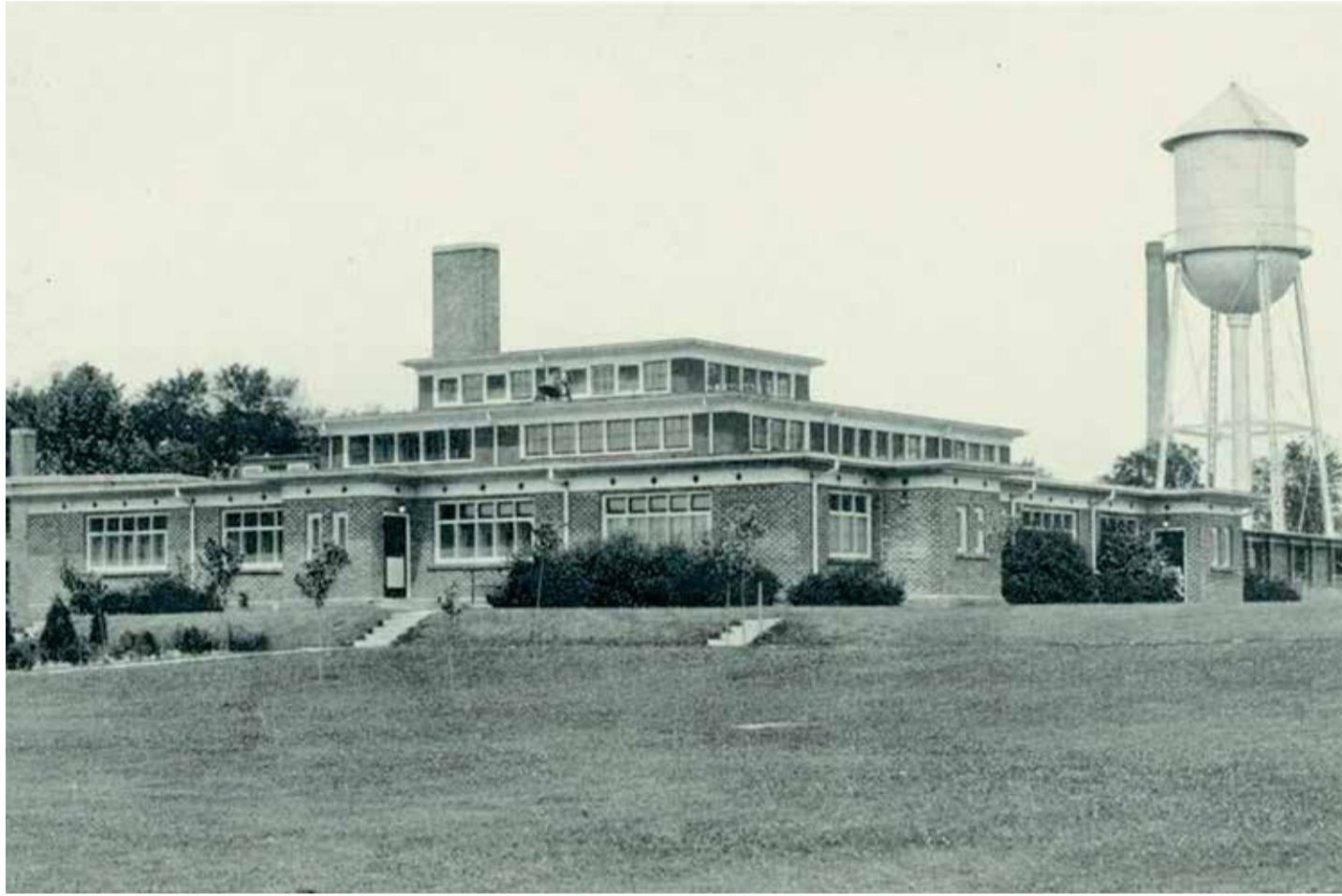
VON WOLFGANG KAUFMANN

Der U-Boot-Kommandant Wolfgang Heyda, der am 14. November 1913 in der ostpreußischen Kleinstadt Arys geboren wurde, erzielte zwar keinen einzigen Versenkungserfolg, erlangte aber dennoch Berühmtheit. Diese resultiert aus seinem spektakulären Versuch, aus der kanadischen Kriegsgefangenschaft zu entfliehen.

Heyda trat 1932 in die Reichsmarine ein und bestand die Offiziershauptprüfung im April 1934. Anschließend diente er unter anderem auf dem Leichten Kreuzer „Köln“ und dem Panzerschiff „Admiral Scheer“. Im April 1940 wurde der nunmehrige Kapitänleutnant Heyda zur U-Bootwaffe versetzt und absolvierte danach zahlreiche Lehrgänge in Pillau, Saßnitz, Flensburg, Gotenhafen, Kiel und Memel. Denen folgte Ende 1940/Anfang 1941 ein Einsatz als Kommandant des Schulbootes U 120.

Am 21. Juni 1941 avancierte Heyda anlässlich der Indienststellung des Front-U-Bootes U 434 zu dessen Kommandanten. Bis zum 26. Oktober desselben Jahres unternahm U 434 etliche Ausbildungsfahrten. Danach stach er zu seiner ersten Feindfahrt in See. Von Kiel aus lief das Boot über Arendal und Kristiansand in den Nordatlantik, um dort gegen alliierte Geleitzüge zu operieren – mit einer kurzen Unterbrechung in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember, als U 434 den neu-tralen spanischen Hafen Vigo anließ. Dort übernahm es heimlich Diesel und frischen Proviant von dem deutschen Versorgungsschiff „Bessel“.

Unmittelbar darauf erhielt Heyda den Befehl, zusammen mit neun anderen Booten der Gruppe „Seeräuber“ den aus 32 Schiffen bestehenden Geleitzug HG 76 anzugreifen, der auf dem Weg von Gibraltar nach England war. Allerdings kam er



Aus ihm versuchten Wolfgang Heyda und andere U-Boot-Fahrer zu fliehen: Das Kriegsgefangenenlager Camp 30 in Bowmanville

auch hier nicht zum Torpedoschuss. Vielmehr wurde U 434 am Morgen des 18. Dezembers 1941 nördlich der portugiesischen Insel Madeira von den britischen Zerstörern „Blankney“ und „Stanley“ gestellt und mit etwa 50 Wasserbomben belegt. 30 Minuten später tauchte das schwer beschädigte Boot auf. Danach versenkte es die Besatzung selbst, damit es nicht in Feindeshand fiel. Dabei starben zwei deutsche Seeleute, während Heyda und die übrigen 41 Mann an Bord in britische Kriegsgefangenschaft gerieten.

Der Kommandant von U 434 wurde zunächst im Lager 17 in Lodge Moor bei Sheffield untergebracht und dann in das

kanadische Camp 30 bei Bowmanville unweit von Toronto überstellt. Dort kam es im Oktober 1942 zu einem Aufstand, weil die Lagerleitung völkerrechtswidrige Repressalien gegen die gefangenen deutschen Offiziere ergreifen wollte. Daraus resultierten Massenschlägereien mit den Wachmannschaften, die erst endeten, als die Kanadier das Feuer eröffneten.

## Die „Schlacht von Bowmanville“

Heyda war an der sogenannten Schlacht von Bowmanville ebenso beteiligt wie an einem darauf folgenden Fluchtversuch im Rahmen des Unternehmens Kiebitz. Dessen Ziel bestand ursprünglich darin, die

besonders erfahrenen U-Bootfahrer Otto Kretschmer, Horst Elfe, Hans Ey und Hans-Joachim von Knebel-Döberitz an Bord von U 536 in die Heimat zurückzuholen. Dazu lief das Boot unter dem Kommando von Kapitänleutnant Rolf Schauenburg am 16. September 1943 in den Sankt-Lorenz-Strom ein, wo es vor Pointe de Maisonnette auf die Vier wartete. Dessen Ausbruch aus Bowmanville scheiterte jedoch, weil der Fluchttunnel unter den Baracken des Lagers entdeckt wurde.

In dieser Situation beschloss Heyda, das schier Unmögliche zu wagen und seinerseits U 536 zu erreichen. Er ließ sich von Mitgefangenen mit Hilfe einer soge-

nannten Bootsmannschaukel, einer Sitzschlinge an einem Flaschenzug, an einem Strommast nahe dem Lagerzaun in die Höhe ziehen und überwand so den Stacheldraht-Wall.

Anschließend fuhr Heyda mit dem Zug 1400 Kilometer quer durch das Land zu dem Abholpunkt. Allerdings hatte der kanadische Marinegeheimdienst inzwischen die codierten Botschaften in den aus Deutschland kommenden Briefen an die Gefangenen entziffert und die Gegenoperation *Maisonnette* gestartet. Dazu gehörte die Abriegelung der Chaleur-Bucht, in der U 536 lag, durch eine Jagdgruppe mit zehn Schiffen unter dem Befehl von Korvettenkapitän Desmond Piers von der Royal Canadian Navy.

## Früher Tod durch Kinderlähmung

Heyda wurde beim Eintreffen am Strand von Pointe de Maisonnette verhaftet. Er versuchte zunächst, sich als Tourist auszugeben, was allerdings erfolglos blieb. Während seiner ersten Vernehmung hörte er aus der Ferne die Detonationen der Wasserbomben, mit denen die Kanadier U 536 zu vernichten versuchten. Schauenburg gelang aber das Kunststück, in den freien Atlantik durchzubrechen. Dort traf U 536 dann allerdings am 20. November 1943 nordöstlich der Azoren auf eine britische-kanadische Sicherungsgruppe, die das Boot versenkte. Daraufhin kamen Schauenburg und 16 weitere Überlebende ebenfalls in kanadische Kriegsgefangenschaft.

Nach der gescheiterten Flucht wurde Wolfgang Heyda erneut in das Camp 30 von Bowmanville eingewiesen, in dem er im August 1944 die Nachricht von seiner Beförderung zum Korvettenkapitän erhielt. Die Entlassung aus dem Lager erfolgte dann im Mai 1947. Kurz darauf, am 21. August 1947, starb der Marineoffizier im Alter von nur 33 Jahren in der Kieler Universitätsklinik an Kinderlähmung.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Das ganze Spektrum für die treuen Deutschen

Heino ist bei der deutschen Volksgruppe im Oppelner Amphitheater zu Gast

Schlagerstar Heino besucht am 16. Juli zum zweiten Mal die Hauptstadt der Woiwodschaft Oppeln. Im Oppelner Amphitheater möchte er seinen schlesischen Verehrern für die jahrzehntelange Treue danken. „Ich habe natürlich, weil ich weiß, dass hier viele meiner Anhänger sind, Lieder ausgesucht, die ich auch vor vielen Jahren gesungen habe. Ich werde das ‚Schlesierlied‘ singen, auch ‚Blau blüht der Enzian‘, ‚Schwarze Barbara‘, ‚La Paloma‘ und ‚Hohe Tannen‘ – also das ganze Spektrum der Volksmusik, der Seemanns- und Fahrtenlieder bis hin zu meinen Hits“, verspricht Heino im Interview für die deutschsprachige Wunschkonzertsendung „Musikschachtel“ im ober-schlesischen Radio Doxa.

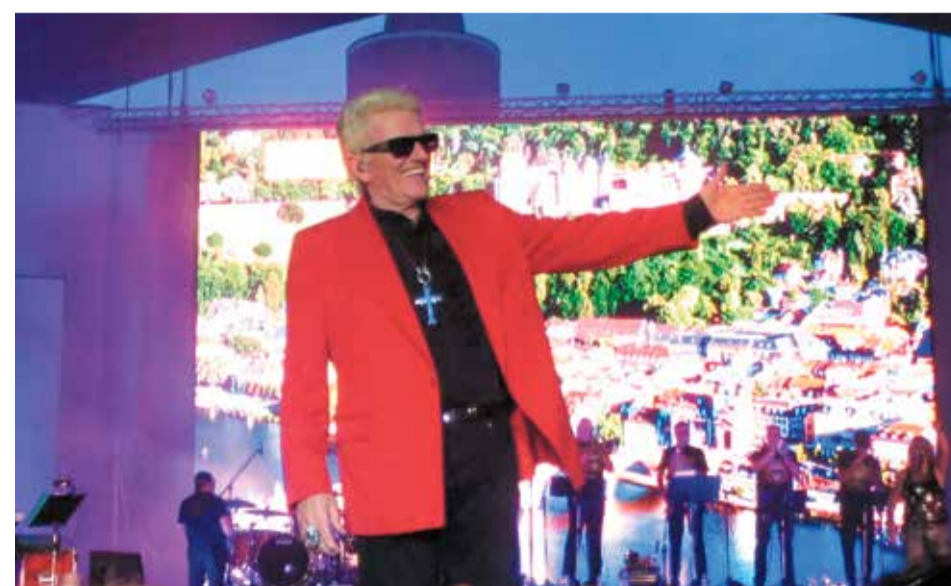
Es sei eine schöne Geste, „die schönste“, sagt Rosa Cibis aus Kandrzin [Kędzierzyn]. Die heute 85-Jährige hatte den Star bereits 2012 beim Kulturfestival der deutschen Volksgruppe in der Breslauer Jahrhunderthalle und 2015 im Oppelner Amphitheater bei der Schlagergala erlebt. Diese Gala wird seit vielen Jahren von Tobias Thalhammer, der als Toby aus München in ganz Schlesien bekannt ist, mit seinem Team von Piosenka Plus organisiert. Seine erste Schlagergala hatte der Münchner 2007 auf die Beine gestellt.

Unter dem Motto „Lieder kennen keine Grenzen“ (Piosenka nie zna granic) füllte Thalhammers Schlagershow damals mit mehr als 10.000 Besuchern die Hallen. Solche Massenveranstaltungen seien kein leichtes Unterfangen, man müsse vor allem mit den Behörden gut zusammenarbeiten können, so der musikalische Unternehmer. „In Zeiten von TikTok und Co. ist es immer schwieriger, neue Gäste zu erreichen. Gerade mit dem Stargast Heino erwarten wir viele ältere Besucher, aber es werden im Vorfeld auch junge Interpreten auftreten“, verspricht Veranstalter Toby.

Neben den Lokalmatadoren wie Proskauer Echo, deren größter Hit „Sehnsucht nach Schlesien“ immer noch die Herzen vieler Oberschlesier höherschlagen lässt, und der Sängerin Karolina Trela treten Italo-Star Francesco Napoli und der polnisch singende Pawel Golecki auf.

## Rabatt für deutsche Ortsverbände

Und gerade auf das Verbindende der Generationen will auch die Gesellschaft der deutschen Minderheit aufbauen und vergibt an organisierte Gruppen aus den Ortsverbänden der deutschen Minderheit, den Deutschen Freundschaftskreisen (DFK), Rabatte auf den Kartenkauf. Ermäßigungen für Mitglieder der deutschen



Der schönste Dank für die Treue: Heino singt für die Oberschlesier Foto: C. W. Wagner

Ortsverbände gab es bereits 2015, erinnert sich Cibis: „Die Karten sind zwar nicht so teuer wie in der Bundesrepublik, aber für uns Rentner immer noch kaum erschwinglich, deshalb sind Rabatte sehr gut.“

„Für den 84-jährigen Heino ist es eine große Anstrengung. Aber er hat mir erzählt, er wisse, wie anstrengend es für seine schlesischen Fans war, seinerzeit an seine Musik zu kommen. Er weiß, dass seine Lieder und die deutsche Sprache

verboten waren, und er weiß auch, dass es eine Art von Schwarzmarkt gab, um Heino-Lieder in Schlesien zu bekommen. Deshalb sagte er zu mir: ‚Toby, meine Fans haben so viele Strapazen auf sich genommen, jetzt mache ich es gerne selbst‘“, berichtet Unternehmer Toby aus München, der am 16. Juli ebenfalls auf der Bühne stehen wird. Thalhammer weiß sehr viel über die Deutschen in Oberschlesien, denn er hatte 2003 ein Praktikum in der

Radioredaktion der deutschen Volksgruppe in Oppeln absolviert. Damals hat er auch sein erstes Konzert in Oberschlesien organisiert – im Geburtsort Joseph von Eichendorffs, in Lubowitz [Lubowice].

In Oberschlesien lernte er, dass man den Menschen durch Verbote und Einschüchterungen die deutsche Sprache zwar genommen hatte, aber nicht die Liebe zur Volksmusik und dem deutschen Schlager. Er werde auch nie vergessen, wie gerührt die Menschen damals in Lubowitz gewesen seien und die Texte der alten Schlager mitgesungen hätten.

„Manchmal fragen meine Enkelkinder, woher wir die Schlager der Nachkriegszeit kannten. Wir durften doch nicht in den Westen reisen. Nun, wir haben als junge Leute verbotenerweise West-Funk gehört. Und die Musiker, die damals bei Tanzveranstaltungen noch live spielten und Deutsche waren, saßen an den Radioapparaten und schrieben die Noten über den rauschenden Äther von Radio Wien mit. So waren wir immer auf dem neuesten Stand“, erinnert sich Cibis, die selbst gerne singt und im Chor der deutschen Ortsgruppe Kandrzin-Mitte mitwirkt.

Und alle Gäste, die das Schlesierlied nicht mehr auswendig kennen, dürften vom Handzettel ablesen. *Chris W. Wagner*

## TOURISTENMAGNET

# Hoffnung für Stettiner Bismarckturm

Vor 102 Jahren errichtet – Hoch über dem Odertal könnte das Gebäude wieder zum Ausflugsziel werden

VON K.-H. ENGEL

Von den einst 240 Bismarcktürmen inner- und außerhalb Deutschlands soll es gegenwärtig noch 17 in der Republik Polen geben. Einer davon steht im Stettiner Ortsteil Gotzlow [Goclaw] im Norden der Stadt. Er hat seinen Platz auf dem Juloberg, auch Weinberg genannt. Der bewaldete Hügel gehört zum über 100 Meter hohen südöstlichen Ausläufer der Ueckerländer Heide, die sich hier ziemlich nah an das linke Oderufer drängt. Obwohl das Bismarck-Denkmal jahrzehntelang mehr oder weniger dem Verfall und Vandalismus preisgegeben war, blieb es eine außerordentliche Erscheinung. Wer die ul. Swiatowida durch Gotzlow Richtung Pölitz fährt, wird das bestätigen.

Vor 102 Jahren, am 10. August 1921, ist der Turm zu Ehren des Eisernen Kanzlers der Öffentlichkeit übergeben worden. Dem war eine mehrjährige Bauzeit, die sich vor allem wegen des ersten Weltkriegs verzögerte, vorausgegangen. Die Stettiner Stadt- und Provinzialverwaltung, aber auch ein eingetragener Verein, hatten zuvor reifliche Überlegungen über Standort, Aussehen und Finanzierbarkeit angestellt. Als Örtlichkeit ins Auge gefasst worden war zunächst auch die Schlachterwiese, eine sich vor der Stettiner Haken-Terrasse hinbreitende Oderinsel. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten des Julobergs in Gotzlow, das damals noch dem Randowkreis angehörte und erst 1939 Teil Stettins wurde.

## Bau bereits 1899 angeregt

Den 25 Meter hohen, noch immer wichtig wirkenden Turm entwarf der aus dem Rheingau stammende, für seine monumentalen Bauten bekannte Architekt und Hochschullehrer Wilhelm Kreis. Er war als Sieger aus dem Gestaltungswettbewerb hervorgegangen. Die Baukosten beliefen sich auf 200.000 Mark. Eine Summe, die sich zu gleichen Teilen aus Spendengeldern und einem Zuschuss der Provinzialverwaltung zusammensetzte.

Bei der Turmeinweihung soll halb Stettin auf den Beinen gewesen sein. Auch danach hielt das Interesse an der Denkmalstätte an, sicherlich auch wegen der



Der Bismarckturm auf dem Juloberg in Stettin-Gotzlow: Nachdem das Gebäude jahrzehntelang im Dornröschenschlaf schlummerte und dem Verfall preisgegeben war, kümmert sich nun ein Stettiner Unternehmer um seine Rettung. Inzwischen wurde bereits das Eingangsportal erneuert  
Foto: Engel

herrlichen Fernsicht auf die Stadt, das Flusstal und die bewaldeten Höhen der Buchheide jenseits der Oder. Der Turm thronte damals wirklich frei von störendem Bewuchs über dem Odertal. Alte Aufnahmen bezeugen das. Cafés und Restaurants luden zur Einkehr ein und hatten reichlich Zulauf.

Die mit Naturstein verkleidete, aus Beton bestehende Bausubstanz überdauerte die vergangenen Jahrzehnte zwar, was für ihre Robustheit spricht. Dennoch hat das Denkmal unter den widrigen Einflüssen gelitten. Symbolischer Schmuck und Hoheitselemente wie ein Reichsadlerensemble waren schon in der Nachkriegszeit heruntergeschlagen wurden. Mutwillige Zerstörungen und fehlende Instandhaltung hinterließen Spuren. Außerdem wetteifern inzwischen schlanke Rotbuchen um die Vorherrschaft auf dem Juloberg.

Die Stadtverwaltung versuchte das Objekt in den vergangenen Jahren mehrmals an einen Käufer zu bringen. Auf Ebay offerierte man es nebst einem knappen Hektar Grund und Boden für 320.000 Euro an. Doch ohne Erfolg. Zwischendurch diente das Gelände auch mal als Freiluftveranstaltungsstätte. Dann entdeckten Steilwandkletterer die Turmfassade und übten sich in ihren Künsten.

## Grundsteinlegung 1913

Doch seit einiger Zeit regen sich Bauaktivitäten auf dem Juloberg. Das Bauwerk ist eingefriedet worden, und in seinem Innern haben Handwerker ihr Tun. Ein 1965 auf dem Dach installierter Sendemast für den Funkverkehr nach Swinemünde fehlt inzwischen. Reste des vor Jahrzehnten zu Bruch gegangenen Zierrats wurden geborgen und auf dem Vorgelände sortiert. Es gibt Indizien, dass der Bismarckturm, der

seit 1994 auf der Denkmalliste der Woiwodschaft Westpommern steht, wohl die längste Zeit im Schlaf der Geschichte schlummerte.

Eine Hinweistafel verkündet dann auch, dass sich des Bauwerks die Unternehmensgruppe Rentumi des erfolgreichen Stettiner IT-Unternehmers Wojciech Klodzinski angenommen hat. Bereits im August 2021 war die Neueröffnung anlässlich seines 100-jährigen Bestehens geplant, so heißt es neben Polnisch auch auf Englisch und Deutsch. 2022 sollte das Aussichtsrondell für Besucher freigegeben werden und ein Café Gäste empfangen. Doch vorerst wurde daraus nichts. Es wird also einiges dazwischengekommen sein, sicher auch die Pandemie. Möglich, dass gut Ding auch am Stettiner Bismarckturm Weile haben will, damit er zu einem touristischen Anziehungspunkt wie früher wird.

## BAUDENKMAL

## Ein Gotteshaus in Ranzin

Die „Kirche des Jahres 2021“ ist restauriert

Am 25. Juni 2023 war es soweit: Man konnte den Abschluss der umfangreichen Sanierungsarbeiten an der Dorfkirche Ranzin in Vorpommern feiern. Es gab gleich mehrfach Grund zum Feiern, denn gleichzeitig fand das 22. Jubiläum der Kirchenmusik zum Ranziner Erdbeerfest statt.

Das ist eine gute Gelegenheit, allen Ehrenamtlichen, Spendern und Unterstützern, welche die Vollendung des Pro-

jekts erst möglich gemacht haben, zu danken. Der Ort Ranzin wurde 1228 erstmalig urkundlich erwähnt. Seit 1249 gibt es einen Pastor. Zu dieser Zeit fing auch der Bau der Kirche an. Grabplatten von 1315, 1357 und 1407 für Angehörige der Familie Horn gehören zu den ältesten erhaltenen Grabdenkmälern in Vorpommern.

Im Jahr 2019 erfolgte eine grundlegende Innenraumsanierung und Erneuerung von Teilen der Dacheindeckung und des Fassadenputzes. Zur statischen Gewölbesicherung wurden Anker im Chorraum eingezogen. Es folgte eine Turmsanierung, die tiefgehende statische Nöte am Turm behob und auch die Turmtreppe, Fenster und das Eingangsportal umfasste.

Ein Ausflug zur nun vollumfänglich sanierten „Kirche des Jahres 2021“ lohnt sich. Geplant ist abschließend noch die barrierefreie Umgestaltung des Kirchenvorplatzes. Für die Finanzierung werden noch Spenden gesammelt. PEK/BS



Große Freude über die vollendete Sanierung: Die Dorfkirche zu Ranzin

## WAHLAUFRUF

## „Tag der Stettiner“

Pommern lebt – Ein Wahlaufwurf



Wahlaufwurf:  
Am Sonntag 5. August 2023 findet  
in Lübeck der  
69. „Tag der Stettiner“ statt

Die Veranstaltung findet statt in der Gaststätte des Bootshauses Lübeck, Huxterterallee 4, 23566 Lübeck, die vom „Haus Stettin“, Huxterdamm 18a, in einem fünfminütigen Spaziergang am Wasser entlang leicht zu erreichen ist. Im Rahmen dieser Festveranstaltung sollen wieder

Mitglieder für die nächste Amtsperiode von zwei Jahren für den Heimatkreistag/Heimatkreisausschuss Stettin gewählt werden.

Wer Interesse hat, sich für die pommerische Heimat beziehungsweise für die ehemalige Provinzialhauptstadt Stettin zu engagieren und Aufgaben zu übernehmen, der melde sich bitte bei der Vorsitzenden des Heimatkreises, Ursula Zander, per E-Mail: ursula-zander@t-online.de oder unter Telefon (04667) 422 oder (0178) 6826088. Frau Zander wird interessierte Gäste gern über Einzelheiten informieren. Auch kann man bei ihr das geplante Festtagsprogramm anfordern. Der Heimatkreis Stettin würden sich über viele Teilnehmer freuen!

Besonders jüngere Personen beziehungsweise Nachfahren von Stettinern sollten sich angesprochen fühlen. Es gibt noch viel für die alte Heimat zu tun – Erbe verpflichtet. Heimatkreis Stettin

## ● MELDUNGEN

## Gedenktafeln, Bahnlinie und Orgelfestival

**Ribnitz-Damgarten** – Am 8. Juli lädt der Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern zum Aktionstag zur Landesgeschichte in die Doppelstadt ein. Unter dem Motto „Stier trifft Greif“ stellen sich zwischen 10 und 22 Uhr landesgeschichtlich tätige Institutionen, Vereine, Initiativen und Personen mit zahlreichen Vorträgen sowie Musik und Tanz vor. TS

**Stettin** – Die Deutsche Bahn plant ab Ende 2026 neben mehr Kapazitäten für die an den Ferienwochenenden genutzte Linie RE3 Berlin-Stralsund auch eine Direktverbindung von Berlin über Stettin nach Swinemünde. Die elektrifizierte Strecke in Richtung Stettin wird derzeit zweigleisig für Tempo 160 ausgebaut. TS

**Bergen** – In der vergangenen Woche wurde dem Bergener Mediziner Theodor Billroth (1829–1894) gedacht. Die Heimatforscher Barb und Karl Zerning berichteten im Bergener Medien- und Informationszentrum über dessen Leben und Werk. Die musikalische Begleitung erfolgte durch Antje Jelen und Ralf Lindemann. TS

**Schlawe** – In der vergangenen Woche stürzte bei Schlawe ein Kleinflugzeug ab – es wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juni gefunden. Der Pilot, ein 62 Jahre alter Mann, konnte allerdings nur noch tot geborgen werden. Die Ermittlungen zum Unfallhergang und zur Absturzursache dauern unterdessen an. TS

**Tribsees** – Die vor knapp sechs Jahren zwischen Bad Sülze und Tribsees auf 90 Metern abgesackte Autobahn A 20 soll bis Jahresende wieder vollständig befahrbar sein. Die Kosten für die Sanierung werden auf 180 Millionen Euro veranschlagt. Die Sperrung in Richtung Stettin wurde bereits aufgehoben. Im Herbst 2017 kam es zu einer Überbeanspruchung der auf dem moorigen Untergrund angebrachten Trockenmörtel-Säulen, die zu Rissen auf der Fahrbahn führten. TS

**Swinemünde** – Springreiter Christoph Lanske aus Hohen Wiesendorf setzte sich beim Reiterfest Cavaliada, das vom 22. bis 25. Juni stattfand, gleich drei Mal durch: Siegreich war er im CSI-1-Stern-Springen, beim 1,30-Meter-Springen und im Springen der „Letzten Chance“. Philipp Schöber (Görlitz) siegte im Zwei-Sterne-Springen. TS

**Pasewalk** – Am 2. Juli wurden Gedenktafeln für die Familie Loewe auf dem jüdischen Friedhof unter Teilnahme von Nachfahren eingeweiht. Die Familie war seit 1820 in Pasewalk ansässig. Die Stadt verfügte mit zirka 300 Juden nach Stettin mit etwa 570 Juden über die zweitgrößte jüdische Gemeinschaft Vorpommerns. TS

**Köslin** – Am vergangenen Wochenende fand das 57. Internationale Orgelfestival in der Marienkirche statt. Die Kirche ist mit einer neugotischen Orgel von Schlag & Söhne (Schweidnitz) ausgestattet und verfügt über 3419 Pfeifen in 50 Registern auf drei Manualen und Pedal. Zu den Künstlern zählte der Italiener Mario Ciferri. Die Kirche wurde zwischen 1300 und 1333 als dreischiffige Basilika der Backsteingotik mit einem mächtigen Turm erbaut. TS

# „Das Anspruchsdenken wird mächtig geschürt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Danke, Herr Dr. Stumfall – und natürlich auch der PAZ-Redaktion!“

**Marguerite Kollo, Groß Kreuz/Havel**  
zur Kolumne: „Vielfalt gegen Gleichheit“ (Nr. 24)



Ausgabe Nr. 25

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**QUITTUNG FÜR DIE HEXENJAGD**  
ZU: DAS ERSTAUNLICHE VERWUNDEN ÜBER EINEN WAHLERFOLG (NR. 26)

Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Anders kann man die Aufregungen um den von der AfD gewonnenen Landratsposten in Thüringen nicht bezeichnen. Schließlich tragen Ex-Kanzlerin Merkel und ihre Helfer im Rahmen von „Wir schaffen das!“ dafür die Verantwortung sowie auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder als oberster Anti-Ampelhelder. Genau das wird jetzt auf üble Art und Weise und einer nicht zu tolerierenden Kampagne gegen die nationalkonservative AfD in einer nur als Hexenjagd zu bezeichnenden Wutattacke beklagt.

So kann und darf es nicht weitergehen! Warum behängt man zum Beispiel Merkel mit den höchsten Orden? Das ist eine Brückierung aller anständigen Bürger dieser Republik. Anders formuliert: Was man offenen Auges selbst verschuldet, das darf man hinterher nicht beklagen und, wenn es nicht anders geht, dann muss die AfD die politische Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland übernehmen.

Viele sehen in dieser Republik nur noch einen verkommenen Beamtenstaat der Selbstversorger. Sonst hätten wir ja längst ein Rentenrecht nach österreichischem Vorbild, in dem alle Menschen, egal ob Beamte oder Nicht-Beamte, gleichgestellt sind. Die Politiker in München und Berlin sollten das endlich registrieren. *Claus Reis, Schwabach*

**BEKENNTNIS ZU DEUTSCHLAND**  
ZU: „WAS HEISST EIGENTLICH HEIMAT?“ (NR. 25)

Es ist lobenswert, wenn in einer Arbeitsgruppe des Bundestages das Bewusstsein für Minderheiten von Aussiedlern und Vertriebenen aufrechterhalten und geschärft wird. Sehr positiv, dass der CDU-Abgeordnete Christoph de Vries angesichts des Ukrainekrieges die aktuelle

Bedeutung bemerkt, welche die verletzten Rechte der unterdrückten russischsprachigen Minderheit im Donbass ausgelöst und letztlich den jetzigen Konflikt maßgeblich beschleunigt haben. Auch die Parallele des in Polen seit Jahren aufgebauten steigenden Drucks auf die deutsche Volksgruppe durch massive Reduzierung des muttersprachlichen Deutschunterrichts führt er thematisch zusammen. In der EU verhalten sich die polnischen Politiker moderater als im Europa der 1930er Jahre, in welchem auf die deutsche Bevölkerung in den vom Versailler Vertrag an Polen abgetretenen Gebieten offener Terror ausgeübt wurde.

Herr de Vries ist von den Gegebenheiten der Gegenwart geprägt, aber ihm entgeht, dass polnische Politiker eher der Vergangenheit zuneigen, indem sie gegen Deutschland exorbitante Entschädigungsrechnungen aufstellen. In der polnischen Politik scheint eine Europafreundlichkeit und Weltoffenheit eher kein Grundsatz zu sein, außer bei dem Erhalt von Fördermitteln aus der EU oder Rüstungsgütern aus den USA. De Vries' vaterländischen Ansichten mit einem klaren Bekenntnis zu Deutschland als Vaterland werden gerade von dieser Seite eher als neofaschistisch beurteilt.

*Rudolf Neumann, Ahrensburg*

**POLITIK SETZT KEINE GRENZEN**  
ZU: ZELTSTADT NUR FÜR MÄNNERN (NR. 25)

Es geht doch nicht um eine Zeltstadt, wo auch immer in Deutschland. Der Punkt ist doch, dass überwiegend Männer flüchten. Oder sind die vielen Fotos und Filme nur gestellt? Ich glaube nicht, wenn ich mich in unserer Stadt umschaue.

Wir in Deutschland müssen uns darüber Gedanken machen, warum das so ist. Der Hauptgrund ist sicherlich nicht ein Krieg, wo auch immer dieser stattfindet, sondern dahinter steckt der Auftrag zur Verbreitung des Islams. Diese Religion macht daraus keinen Hehl. Dass Immigranten Ansprüche stellen, was den Wohn-

ort betrifft, ist mehr als bedenklich. Das passt zu den Aussagen eines Herrn Jian Omar, Mitglied der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für Migration, Partizipation und Flucht. Da wird das Anspruchsdenken ja mächtig geschürt.

Hierzu wird auf der folgenden PAZ-Seite im Beitrag „Flüchtlinge in Privatdomizilen“ hingewiesen. Wer angeblich aus einem Kriegsgebiet kommt, der sollte froh sein, dass er hier ruhig und friedlich leben kann. Hinzu kommt, dass religiös bedingte Probleme aus ihrem Heimatland nach Deutschland mitgenommen werden. Nur dass diese Auseinandersetzungen nicht ausschließlich untereinander geregelt werden, sondern andere Menschen darunter leiden müssen, da die Politik nicht in der Lage ist, hier Grenzen zu setzen. Das hat nichts mit Glaubensfreiheit zu tun.

Also kein Thema für einen bestimmten Ort oder ein bestimmtes Bundesland. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

**MENSCH VERHINDERT REGEN**  
ZU: ENERGIEWENDE VERSCHÄRFT DIE PROBLEME (NR. 25)

Meines Erachtens geht der Artikel an der Sache vorbei. Die Lausitz leidet vor allem unter Mangel an Regen. Dafür gibt es zwei Ursachen: Erstens gab es über Mitteleuropa früher eine west-nordwestliche Winddrift, die vom Nordatlantik über die Deutsche Bucht sehr viel Feuchtigkeit nach Mitteleuropa brachte, die Lausitz bis nach Schlesien transportierte. Seit etwa 20 Jahren haben sich die Strömungsverhältnisse geändert. Die Hauptwindrichtung hat sich auf West-Südwest gedreht. Dadurch trifft die feuchtigkeitsträchtige Luft schon über der Iberischen Halbinsel auf das europäische Festland und bringt dadurch wesentlich weniger Feuchtigkeit nach Mittel- und Osteuropa.

Zweitens wird durch die inzwischen wohl nach mehreren Tausend zählenden Windgeneratoren dem Wind soviel Energie entzogen, dass er als zuverlässiger Feuchtigkeitstransporteur erheblich an

Bedeutung verloren hat. Dies ist die menschliche Ursache für den ausbleibenden Regen. *Eberhard Happe, Celle*

**ANDAUERND „WEHRHAFT“**  
ZU: DAS PAPIER DER „AMPEL“ UND DIE RAUHE WIRKLICHKEIT (NR. 25)

In dem genannten Grundsatz der Ampelregierung wird im Titel groß der Begriff „Resilient“ gebraucht. Dieses Wort findet sich in keinem einzigen Wörterbuch der deutschen Sprache, auch in keinem deutschen für Fremdsprachen und bedeutet wohl, nur wiederholend „wehrhaft“. Was soll man von einer Regierung halten, die uns mit einer solchen Begriffswelt bedient? *Arthur Schanz, Overijse/Belgien*

**EIN VERLIERER-TEAM**  
ZU: EINE MANNSCHAFT WIE IHR LAND (NR. 25)

Der Artikel spricht mir sowohl politisch als auch fußballerisch aus der Seele. Es bleibt ein Rätsel, ob die Nationalmannschaft oder die Ampelregierung schlechter ist. Wobei klar ist, dass solch eine katastrophale Regierung dem Volk mehr schadet als eine Nichtskönnernationalmannschaft.

Eine erfolgreiche Mannschaft können wir in Ampelzeiten aber keinesfalls gebrauchen. Ein Stimmungshoch im Sport könnte durchaus dafür sorgen, dass die Abwahl der Ampel sich verzögert. Und das will ja schließlich kaum jemand. *Karl-Josef Seitz Maucher, Bad Waldsee*

**ALLEINSTELLUNGSMERKMAL**  
ZU: EINE MANNSCHAFT WIE IHR LAND (NR. 25)

Zu ergänzen ist, dass die deutschen Spieler in Schwarz-Weiß spielen und die Fans schwarz-rot-goldene Fahnen mitbringen. Solange dieses Alleinstellungsmerkmal nicht verschwindet, wird sich nichts verändern. *Roland Bieler, Raguhn-Jefnitz*

ANZEIGE

**Jetzt bestellen!**  
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## 400 Zitate dokumentieren für alle Zeiten Lügen, Hass und Hetze während der Coronakrise

■ Immer öfter belegen wissenschaftliche Studien inzwischen, dass das Covid-19-Virus keineswegs ein tödliches Virus ist, das einen grausamen Erstickungstod zur Folge hat. Doch genau dieses Schreckensszenario diente als Rechtfertigung für radikale Einschränkungen unserer Grundrechte.

Mittlerweile ist ein klarer Zusammenhang zwischen Impfung und Übersterblichkeit erkennbar. Zigtausende Menschen wurden durch die Impfung geschädigt oder sogar getötet. Gemäß der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) sind in Europa 2 179 125 Personen betroffen. Als »Kollateralschäden« der Coronamaßnahmen wurden Hunderttausende Betriebe ruiniert und Existenzen vernichtet.

**Wie konnte es so weit kommen?**

Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Mediziner und sogar Kirchenvertreter und Künstler machten gemeinsame Sache mit Regierung und Pharmaindustrie; sie wurden zu Propagandisten der Macht. In diesem Buch nennt Werner Reichel die Namen von Überzeugungstätern, Brandstiftern, Profiteuren, Mitläufern, Claqueuren und nützlichen Idioten.

Anhand von rund 400 Zitate illustriert er die Gefahr, die sich aus einer doktrinären Meinungseinfalt ergibt, in der Politik, Medien und Pharmaindustrie sich wohlwollend auf die Schulter klopfen und die Taschen vollmachen, während geltendes Recht und Realität negiert werden.

Ob sie kritische Geister und Ungeimpfte als »Blinddarm« bezeichnen, ihnen den Tod wünschen oder gar den Einsatz von »Flammenwerfern« fordern – der Autor dokumentiert die unfassbaren Aussagen für die Nachwelt. Denn wie so oft beginnen die Täter, zu verharmlosen, anderen die Schuld zu geben und Aussagen zu vertuschen. Viele Texte auf Webseiten, in Blogs und Mediatheken wurden inzwischen gelöscht.

**Verewigt statt gelöscht: die wichtigsten Zeitdokumente unlöslich für Ihr Archiv!**

Dieses Buch ist eine wahre Fundgrube an geradezu ungläublichen Originalzitate. Was da an Lügen, Hetze, Hass, Opportunismus und bodenloser Dummheit herausgelassen wurde, ist sagenhaft. Es ist wichtig, dass diese ungläublichen Worthülsen mitsamt ihren Verursachern hier sozusagen für immer festgehalten werden. Sie sollten sich jedenfalls all diese Leute merken und auch das, was sie abgesondert haben.



Werner Reichel: Gegen das Vergessen gebunden • 240 Seiten • Best.-Nr. 989 300 • 19,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

**Corona ist erst zu Ende, wenn die Schuldigen im Gefängnis sitzen. Umso mehr, als zu befürchten ist, dass sich Vorgänge wie diese in Zukunft wiederholen werden.**

## ASTRONOMIE

## Der Nachthimmel über Berlin

Rückzugsort für forschende Nachtschwärmer – In der Sternwarte Babelsberg entdeckten Astronomen den Planeten Neptun

VON SILVIA FRIEDRICH

Sternwarten müssen dahin, wo es einsam ist.“ Dieses Credo stammt von Dierck-Ekkehard Liebscher, einem Astronomen, der früher am Astrophysikalischen Institut Potsdam arbeitete und der viel über die Geschichte der berühmten Sternwarte Babelsberg weiß. Drei mächtige Kuppeln zieren den Humboldthaus genannten Bau des Leibniz-Instituts für Astrophysik, die mittlere davon ist die größte.

Angefangen hat alles vor etwas über 300 Jahren, als man in Berlin die preußische königliche Sternwarte gründete. Um 1711 herum verfügte sie allerdings nur über wenige astronomische Instrumente, mit denen sich kaum vernünftige Beobachtungen anstellen ließen.

Erst der wissenschaftsinteressierte König Friedrich II. begann um 1750 damit, die Sternwarte ernsthaft zu fördern. Damals lebte der bedeutende Mathematiker Leonhard Euler (1707–1783) in Berlin. Euler machte dem König klar, dass die bisherige Astronomie in Berlin ihren Namen kaum verdiene, da den Forschern gute Sternkarten fehlten. Es sei unumgänglich, so der Mathematiker, das Kartenmaterial wesentlich zu verbessern.

Euler wusste, wovon er sprach. Er arbeitete auf vielen für die Astronomie wichtigen Gebieten der Mathematik. So beschäftigte er sich mit der Himmelsmechanik und berechnete Umlaufbahnstörungen der Planeten sowie die exakte Bewegung des Mondes. Kraft seiner Expertise entwickelte er ein wissenschaftliches Programm für die Berliner Sternwarte, die bis weit ins 19. Jahrhundert die besten Sternkarten der Welt hervorbrachte.

1835 ließ der Architekt Karl Friedrich Schinkel am südlichen Stadtrand von Berlin ein neues Observatorium bauen. Die finanziellen Mittel erlaubten es den Berliner Astronomen damals, hochwertige Instrumente anzuschaffen. Darunter befand sich das zu jener Zeit weltgrößte Linsenteleskop mit 23 Zentimetern Öffnung und vier Metern Brennweite. Es stammte aus der Werkstatt Joseph von Fraunhofers in München. Mit diesem Gerät beobachtete auch der wissenschaftliche Assistent Johann Gottfried Galle (1812–1910). Er war von dem Teleskop zu Recht vollauf begeistert, denn bald sollte er eine bahnbrechende Entdeckung machen.



Vor 110 Jahren von Berlin an den Schlosspark Babelsberg gezogen: Sternwarte des Leibniz-Instituts für Astrophysik

Foto: pa

Schon seit Längerem hatten Astronomen beobachtet, dass sich die Planeten auf ihren Bahnen infolge ihrer Schwerkraft gegenseitig beeinflussen. Einige dieser Bahnstörungen ließen darauf schließen, dass jenseits des Uranus ein weiterer Wandelstern seine Kreise zog. Der französische Astronom Urbain Le Verrier legte 1846 in Paris eine Arbeit vor, in der er die Position dieses unbekanntes Planeten berechnet hatte. Le Verrier wusste, dass Galle in Berlin mit einem hervorragenden Instrument arbeitete. Daher schrieb er diesem einen Brief mit der Bitte, „daß er einige Augenblicke der Durchforstung ... des Himmels widmen möge, wo es einen Planeten zu entdecken geben kann“.

**Ein neuer Wandelstern**

Galle beherzigte den Wunsch Le Verriers und versuchte es an einem Septemberabend 1846. Die Bedingungen waren günstig, das Wetter gut, der Refraktor einsatzbereit und Galle im Besitz ausgezeichnete Sternkarten. Er nahm die von Le Verrier angegebene Himmelsregion unter die Lupe, verglich sie mit der Sternkarte und

fand ein Objekt, das dort nicht verzeichnet war. Ein neuer Wandelstern – wir kennen ihn heute als Neptun – war gefunden. Noch heute kann man das legendäre Teleskop, mit dem Galle den achten Planeten erspähte, im Deutschen Museum in München bewundern.

Doch ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Berlin rasch zur Großstadt, sodass die Astronomen in der Schinkelschen Sternwarte wegen der nächtlichen „Lichtverschmutzung“ durch die Straßenbeleuchtung schon bald nicht mehr ungestört beobachten konnten. Die Sterngucker benötigten dringend eine neue Forschungsstätte außerhalb der Stadt. Sie fanden sie schließlich in Potsdam am Rande Berlins.

Nahe des Schlossparks Babelsberg stellte die Gemeinde kostenlos ein Gelände zur Verfügung. Tests ergaben, dass die Astronomen hier hervorragende Arbeitsbedingungen vorfinden würden. Deshalb entschieden sie sich, die Berliner Sternwarte und das dazugehörige Gelände zu verkaufen. Mit dem erworbenen Geld ließen sie in Potsdam die neue Sternwarte

bauen (1,1 Millionen Goldmark) und schafften hochwertige Beobachtungsinstrumente an für zirka 450.000 Goldmark. So zog das Berliner Observatorium 1913 vor die Tore der Großstadt.

**Gigantisches Linsenteleskop**

Karl Hermann Struve, der erste Direktor der Sternwarte Babelsberg, und seine Mitarbeiter hatten idealerweise ihre Wohnungen auf dem Gelände. So konnte jeder binnen einer Viertelstunde in der Kuppel sein, sobald der Himmel aufklarte. Wolkenfreie Nächte waren schon damals knapp, jeder ungetrübte Moment musste genutzt werden.

In der Eingangshalle der Sternwarte fällt ein riesiger runder Pfeiler auf, etwa sechs Meter dick. Es handelt sich um das Fundament eines der größten Linsenteleskope der Welt. Das Fernrohr thront in der Hauptkuppel der Sternwarte auf einer acht Meter hohen Säule, die ihrerseits auf besagtem Pfeiler steht. Die gesamte Konstruktion gibt dem mächtigen Instrument eine feste Verankerung und entkoppelt es gleichzeitig vom Rest des Gebäudes, da-

mit sich keine Schwingungen übertragen. Das gewaltige Fernrohr steht seit 1915 im Babelsberger Observatorium. Es ist ein Achromat von Carl Zeiss Jena mit 65 Zentimetern Öffnung und gut zehn Metern Brennweite. Die Astronomen beobachteten damit Planeten und Monde und untersuchten Doppelsterne.

Das Teleskop ist sehr lang und damit besonders turbulenzempfindlich, sodass Planeten wie der Jupiter nur flimmernd im Okular erscheinen. Den aktuellen technischen Anforderungen entspricht das Mammutinstrument daher schon längst nicht mehr.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Sternwarte Babelsberg ein wechselvolles Schicksal. Ein Anderthalb-Meter-Zeiss-Spiegelteleskop aus ihrem Inventar – damals das lichtstärkste Teleskop Deutschlands – ging nebst anderen Instrumenten als Reparationsleistung in die Sowjetunion. Auch der 65-Zentimeter-Zeiss-Refraktor war für den Abtransport gen Osten vorgesehen. Nur durch einen Zufall blieb er in Deutschland: Da ein gleiches Instrument bereits fertig eingepackt im Zeiss-Werk in Jena lagerte, bedienten sich die Sowjets bei dieser bequemerer Variante und verzichteten darauf, das Potsdamer Teleskop zu demontieren. So konnte die DDR das Rieseninstrument weiterhin verwenden. Bis in die 1960er Jahre hinein nutzten die Astronomen es, hauptsächlich für Messungen an Doppelsternen.

Das Astrophysikalische Institut Potsdam setzt das Hauptfernrohr hin und wieder noch für die Öffentlichkeitsarbeit ein. Regelmäßige Besuchernächte mit Blick durchs Rohr gibt es nicht mehr. Trotzdem lohnt es sich, die Sternwarte aufzusuchen und das imposante Meisterwerk anzuschauen. Zumal dort noch mehr zu sehen ist: Die beiden kleineren Kuppeln rechts und links von der Kuppel mit dem Hauptteleskop beherbergen ein 50- sowie ein 70-Zentimeter-Caissegrain-Teleskop.

Sternwarten müssen dahin, wo es einsam ist? Das ist wahr, und nirgendwo spürt man die Unmittelbarkeit des Unendlichen so sehr wie beim Beobachten der Sterne in Babelsberg.

● Die Sternennächte der Babelsberger Sternennacht-Veranstaltungen finden derzeit nur online statt: [www.aip.de/de/babelsberger-sternennaechte](http://www.aip.de/de/babelsberger-sternennaechte)

## OLDTIMER

## Sagenhafte 18 Pferdestärken unterm Sattel

Eine heute vergessene Kraftradfirma aus Chemnitz – Vor 100 Jahren stieg der Tüftler Arthur Schüttoff in die Motorradproduktion ein

In früheren Jahrzehnten gab es weit mehr deutsche Motorradproduzenten als heute. Seien es Kreidler, Maico oder Zündapp in der jüngeren oder Adler, NSU oder Victoria in der älteren Vergangenheit des 20. Jahrhunderts. Eine Firma, die vor 100 Jahren, also 1923, ins Motorradsegment einstieg, soll nicht vergessen werden: das in Chemnitz im Jahr 1909 gegründete Unternehmen Schüttoff.

Der Name geht auf den Firmengründer Arthur Schüttoff (1882–1946) zurück, der nach einer Schlosserlehre und einem Maschinenbaustudium unter anderem bei den Wanderer-Werken gearbeitet hat. Mit Albert Bässler gründete er im Jahr 1909 in Chemnitz das Unternehmen „Schüttoff & Bässler“. Zunächst war die Herstellung von Gewindefräsmaschinen und Hinterdrehbänken der Hauptzweig der Produk-

tion. Im Jahr 1919 schied Bässler als Teilnehmer aus, es erfolgte die Umbenennung in „Schüttoff AG“, verbunden mit einer Neuorientierung: Motorräder und Werkzeugmaschinen sollten nun die zentralen Erzeugnisse sein. Nach einer Vorlauf- und Entwicklungszeit setzte Schüttoff seine lange gereiften Überlegungen um und produzierte 1923 die ersten Motorräder unter seinem Namen.

Es sollten hochwertige Motorräder in kleiner Serie mit Viertaktmotoren sein, vor allem Modelle in Kategorien 350 und 500 Kubikzentimeter Hubraum. Die 350er Modelle (18 PS) trumpften vor allem im Rennsport auf – 1925 wurde eigens eine Rennsportabteilung gegründet. So war das 350er Sportmodell dann auch das meistverkaufte Schüttoff-Zweirad. Zwischen 13,5 und 22 PS zogen die verschie-

den 500er Maschinen aus ihren Motoren und waren daher auch prädestiniert für den Betrieb mit einem Seitenwagen.

Neben diesen Viertaktmodellen waren auch Modelle mit Zweitaktmotor und 200 Kubik Hubraum und vier beziehungsweise



Stark restaurierungsbedürftig: Ein vom Sammler erworbenes Schüttoff-Modell

4,5 PS im Angebot. Darüber hinaus gab es auf Basis der G 500 ein Lastendreirad oder Dreiradwagen, der vor allem bei der Deutschen Reichspost im Einsatz war.

Im Rennsport und bei Zuverlässigkeitsfahrten stellten sich bereits 1925 erste Erfolge ein. Nur ein Jahr später schlugen 36 Siege und der Sieg der deutschen Straßenmeisterschaft zu Buche. Doch mit den technischen Veränderungen wie der Umstellung vom Zweigang- zum Dreiganggetriebe wurde die Konkurrenz stärker. Ein speziell entwickeltes Rennmodell für die Saison 1929 mit einem Königswellenmotor kam zu spät und war mit lediglich 18 PS zu schwach und unausgereift, sodass die Schüttoff-Maschinen nun hinterherfahren.

Auch firmenintern gab es zu dieser Zeit Veränderungen. 1928 übernahmen

die Zschopauer Motorenwerke die Aktienmehrheit bei der Schüttoff AG, die Zweiräder erhielten ab 1929 DKW-Motoren aus Zschopau. Die dann aufkommende Weltwirtschaftskrise war keine gute Zeit für Werkzeugmaschinen und hochklassige Motorräder. Letztlich war der Niedergang nicht zu stoppen: 1932 erfolgte die Liquidation der Schüttoff AG, danach die Übernahme durch die Auto Union mit Audi, DKW, Horch und den Wanderer-Werken. Für eine fünfte Firma war kein Platz, das Schüttoff-Gebäude wurde als Zweigwerk genutzt.

Arthur Schüttoff konzentrierte sich danach an einem neuen Standort in Chemnitz wie zu Beginn seiner Laufbahn auf die Produktion von Werkzeugmaschinen. Dies setzte er bis zu seinem Tod am 22. April 1946 fort. *Markus Bauer*

## ● FÜR SIE GELESEN

Lektüre  
mit Gewinn

Die Polen-Jahrbücher, die im Harrasowitz-Verlag erscheinen, sind keine offiziellen Publikationen des polnischen Staates, sondern von einer nichtstaatlichen deutschen Einrichtung herausgegeben. Sie geben die Ansichten der deutschen und polnischen Autoren wieder. Diese sind unter anderem Professoren der Fachrichtungen Geschichte, Slawistik und Literaturwissenschaften sowie Hochschuldozenten oder Journalisten. Das verspricht fachliche Kompetenz.

In 15 Beiträgen werden im aktuellen „Jahrbuch Polen“ unterschiedliche Sichtweisen zum Thema behandelt. Eine Konstante ist die geographische Lage zwischen Russland und Deutschland, unabhängig von den politischen Systemen, die gerade herrschten. Diese brachten erhebliche territoriale Grenzverschiebungen im Westen wie im Osten, für Deutschland am aktuellsten die Westgrenze der Republik Polen an Oder und Lausitzer Neiße. Damit ist der östliche Nachbar weit nach Westen vorgerückt, er bleibt aber bis heute für viele Menschen der rückständige Osten. Dass dieses Bild angesichts der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Veränderungen seit dem Untergang des Kommunismus nicht mehr stimmt, wird erst langsam wahrgenommen.

Ein weiteres Beispiel sind die im polnischen „Kresy“ genannten Gebiete. Ihre Zentren waren das heutige litauische Wilna und Lemberg, das zur Ukraine gehört. In der Geschichtspolitik und in der Erinnerungskultur bei unserem Nachbarn spielen sie eine ungleich größere Rolle als in der Bundesrepublik die des Ostdeutschland.

Die Breslauer Historikerin Malgorzata Ruchniewicz beschreibt die einstigen Ostgebiete der Republik Polen zwischen Erinnerung und Gegenwart. Die Bezeichnung „Ostjude“ galt bis in die NS-Zeit als Charakterisierung verarmter, schmutziger, bärtiger, schwarz gekleideter Juden aus diesem Raum, die beispielsweise in Berlin im Scheunenviertel lebten. Es war ein Ausdruck der Verachtung. Der Beitrag von Karin Steffen bietet begriffliche Klarheit und Differenzierung.

Im heutigen Deutschland zählt „Ostjude“ nicht mehr zum Wortschatz. Osten ist mehr als eine Himmelsrichtung oder der Staat Polen. Osten ist ein Lebensgefühl, eine Sehnsucht nach der Weite des Raumes. Dies erinnert an den bekannten Verleger Wolf Jobst Siedler in seinem Essay „Das Land der Vorfahren mit der Seele suchend“. Gemeint ist Preußen östlich der Oder. Der russische Angriff auf die Ukraine seit 2014 wirft neue Aspekte auf die Thematik Osten. Zählt Polen zum Westen oder wird der Staat zum Osten gezählt?

Alle Beiträge zeugen von großer Fachkenntnis der Autoren, die Lektüre ist ein Gewinn. Dieser wäre überzeugender, wenn bei den zahlreichen Ortsnamen und Landschaftsbezeichnungen Karten vorhanden wären. Und auch die zahlreichen Fotos hätten Erklärungen verdient. Der Kenntnisgewinn wird leider dadurch beeinträchtigt.

Karlheinz Lau

**Deutsches Polen Institut Darmstadt (Hg.): „Jahrbuch Polen 2023, Band 34. Osten“**, Harrasowitz Verlag, Wiesbaden 2023, Taschenbuch, 179 Seiten, 19,90 Euro



## KINDERBUCH DER WOCHE

Parlamentarismus im  
Kinderbuchformat

Warum Zusammenarbeit besser ist als ein ständiges Gegeneinander, warum Kompromisse nützlich sind und Wählen wichtig ist



FOTO: SHUTTERSTOCK

**Politik für die Kleinsten** Im Dschungel herrscht Chaos, die Tiere streiten miteinander, jeder will Bestimmer sein, bis das Erdmännchen vorschlägt, dass sich Vertreter für alle anderen Tiere weiterstreiten könnten. Und

so wird gewählt. In Reimform hat Katja Reider auf von Cornelia Haas wunderbar illustrierten Seiten erklärt, was repräsentative Demokratie bedeutet. 2021 ist dieses Buch bereits im Großformat erschienen. CRS



**Katja Reider, Cornelia Haas: „Bestimmer sein. Wie Elvis die Demokratie erfand“**, Carl Hanser Verlag, München 2023, broschiert, 32 Seiten, 8 Euro

## GESELLSCHAFT

## Ohne Biss und Realismus

Der kanadische Psychologe zeichnet ein vages Bild der Gegenwart

VON ANSGAR LANGE

Angenehm ernährt sich Jordan B. Peterson relativ einseitig. Gemäß der Carnivore-Diät isst er nur tierische Produkte und Salz. Seinem als „Konservatives Manifest“ betitelten Traktat fehlt aber genau dieses: das Salz. Der Kritiker der „Neuen Zürcher Zeitung“ stellte fest, Peterson spreche in seinem Büchlein „wie ein Prediger, der es sich mit niemandem verscherzen will“. Da ist etwas dran. Und so lässt einen die Lektüre ratlos und auch enttäuscht zurück.

Dem 1962 geborenen kanadischen klinischen Psychologen eilt ein Ruf wie Donnerhall voraus. Über YouTube fanden einst seine hochgeladenen Vorlesungen riesige Verbreitung. 2019 hatte sein Kanal mehr als zwei Millionen Abonnenten. Sein 2018 veröffentlichter Selbsthilfe-Ratgeber „12 Rules for Life“ wurde zu einem Bestseller.

Peterson verortet sich selbst als klassischen britischen Liberalen. In im solchen Fragen zur Hysterie neigenden Deutschland wird er als konservativ oder „rechts“ bezeichnet. Schaut man sich das „Konservative Manifest“ an, so zeigt sich der Autor als traditioneller Konservativer mit teilweise etwas naiven Meinungen. Der hohe Ton des Buchs wird nicht nur den zynischen Leser bisweilen zum Schmunzeln bringen. Peterson lässt es in diesem Traktat an Witz, Humor und vor allem an Eindeutigkeit fehlen.

Zunächst stellt er eine tiefgreifende Krise unserer Zeit fest. Die Identitätspolitik verwirre die Menschen. Eine panische, menschenfeindliche, apokalyptische Untergangsstimmung schwäche „den Geist unserer Söhne und Töchter“. Wenn er hier die teilweise auch vor Gewalt nicht zurückschreckende Klimasekte meint,

dann könnte Peterson durchaus recht haben. Aber der Autor bleibt vage in der Beschreibung des Ist-Zustandes und vage in der Beschreibung des Gegengifts, mit dem dieser behoben werden könnte.

Petersons Tugendkatalog umfasst folgende Werte: Demut, Freiheit, Autonomie, Wahrheit, Handlungsfähigkeit, Identität, Leistung, Verantwortung, Tradition, Gemeinschaft, Schöpfungsverantwortung, Gerechtigkeit und Einigkeit. Viele konservative Temperamente werden dieser Aufzählung kaum widersprechen wollen, doch sie wirkt willkürlich.

Auf den folgenden Seiten beschreibt Peterson, was er im Einzelnen unter diesen Werten versteht. Um es vorwegzunehmen: Bahnbrechende, neue Erkenntnisse oder Überraschungen finden sich hier nicht. Man hat die Aufzählungen so schnell vergessen, wie man sie gelesen hat. Norbert Bolz attestiert Peterson in seinem Nachwort daher zu Recht eine gewisse Naivität. Dies werde besonders deutlich, wenn dieser etwas von „Menschen guten Willens“ oder von „ewigen Wahrheiten“, ja von „erlösender Wahrheit“ spreche. „Das grenzt an religiöse Rhetorik, während Konservative ja vielmehr die Aufgabe hätten, die gesellschaftliche Funktion von Religion herauszuarbeiten“, schreibt Bolz. In der politischen Debatte sollte man mit einem Begriff wie Wahrheit ganz besonders vorsichtig umgehen, denn niemand hat die Wahrheit für sich gepachtet.

Peterson hat es aber lieber sehr pathetisch: „Die Erkenntnis, dass ehrlicher und ungehinderter Diskurs unter Männern und Frauen guten Willens den immerwährenden Weg zur erquickenden und erlösenden Wahrheit darstellt, ist eine Einsicht, deren begriffliche Tiefe und Zuverlässigkeit in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen sucht“, so Peterson.

Auch sein Eintreten für freie Märkte könnte vielleicht nur den deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck schockieren, für den ein freier Markt des Teufels ist. Freudlos plädiert Peterson für eine Abkehr vom Hedonismus und ein Bekenntnis zur Leistung.

Zu Ehe und Familie unterhält Peterson ein Verhältnis, das man in früheren Zeiten als normal bezeichnet hätte. Heute stehen Ehe und Familie bei vielen Deutschen weiterhin – entgegen den medialen Verzerrungen – weiter hoch im Kurs. Dass stabile Freundschaften Menschen Halt und Stabilität geben und Arbeit Sinn verleihen kann, sind weitere Binsenweisheiten des kanadischen Erfolgsautors.

Nachworte der Journalistin Birgit Kelle, des Kommunikationswissenschaftlers Bolz und des Philosophen Alexander Graurunden das Büchlein ab. Während sich Kelle von Petersons Thesen ziemlich begeistert zeigt, ist Grau wohlthuend zurückhaltend. Er hält fest, dass ein ernst zu nehmender Konservatismus vor allem realistisch sein muss. Konservative sollten nicht nur demütig, freiheitsliebend, autonom und traditionsbewusst sein.

Anhänger seiner YouTube-Vorträge werden sicherlich gern die 15,90 Euro für das schmale neue Werk ihres „Gurus“ ausgeben. Skeptische, realistische Konservative mit einer gewissen Scheu vor religiösem Pathos wohl eher nicht.



**Jordan B. Peterson: „Konservatives Manifest“**, Fontis-Verlag, Basel 2023, gebunden, 88 Seiten, 15,90 Euro

## ● FÜR SIE GELESEN

Hartes Leben  
in den USA

Die amerikanische Familie Good-nough zieht 1910 auf eine Farm in Colorado. Das Leben ist harte Arbeit, auch für die Kinder Edith und Lyman, die damit aufwachsen und jeden Tag von morgens bis abends mit ihrem Vater die Felder bestellen, die Kühe melken und alle anfallenden Arbeiten miterledigen müssen. Der Vater Roy ist ein Tyrann. Das Leben bietet wenig erfreuliche Abwechslung. Der Nachbarsjunge John Roscoe hilft bei der Ernte und ist auch für Edith der einzige Freund. Eine kurze Beziehung muss aufgrund des herrschsüchtigen Vaters wieder beendet werden.

Im Jahr 1977 wird Edith verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, ihren Bruder Lyman getötet zu haben. Johns Sohn Sanders glaubt nicht daran. Er berichtet, was sein verstorbener Vater ihm über die Familie Goodnough erzählt hat und was er selbst als junger Mann erfahren hat.

Die ungewöhnliche Erzählweise des Autors Kent Haruf im Roman „Das Band, das uns hält“ ist auffällig. Der Leser muss in die Geschichte eintauchen, denn es wird viel Nebensächliches erwähnt, wodurch er aber viel über den alltäglichen Kampf um eine selbstständige Existenz und das harte Leben auf den einsamen Farmen in der Weite der USA erfährt. Haruf lebte in Colorado und starb 2014. Für seine Romane erhielt er mehrere Preise. Sein Roman „Unsere Seelen bei Nacht“ wurde auch verfilmt.

Angela Selke



**Kent Haruf: „Das Band, das uns hält“**, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 310 Seiten, 25 Euro

RUDOLF NADOLNY

# Von Lötzen und Rastenburg in die Welt

Vor 150 Jahren kam der deutsche Diplomat in Groß Stürlack zur Welt – Vor 70 Jahren endete sein Leben

VON WOLFGANG REITH

**G**eboren wurde Rudolf Nadolny am 12. Juli 1873 in Groß Stürlack – auf halbem Wege zwischen Lötzen und Rastenburg – als Sohn einer uralten ostpreussischen Familie, die erstmals 1391 in Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, Erwähnung fand. Sein Vater war der Gutsbesitzer Heinrich Nadolny, seine Mutter Agnes eine geborene Trincker, deren Vorfahren sich Mitte des 18. Jahrhunderts als Salzburger Exulanten in Ostpreußen angesiedelt hatten. Großvater Friedrich Trincker (1815–1887) war ab 1851 Kantor der Kirchengemeinde und Rektor der Volksschule in Groß Stürlack. Die Familie Nadolny bewirtschaftete über einen langen Zeitraum hinweg ein Gut in Jesziorken (1928–1945 Preußenburg) im Kreis Lötzen, doch Heinrich Nadolny übersiedelte als landwirtschaftlicher Berater nach Groß Stürlack, wo Sohn Rudolf zur Welt kam und auch zur Volksschule ging, die ja sein Großvater mütterlicherseits leitete.

1882 wechselte Rudolf auf das Progymnasium in Lötzen. Nachdem der Vater für kurze Zeit in Wosnitzen (1938–1945 Julienhöfen) im Kreis Sensburg tätig gewesen war, erwarb er schließlich das Gut Kamionken (1928–1945 Steintal) im Kreis Lötzen, an das sich später der Sohn besonders gerne erinnerte.

Während seiner Schulzeit in Lötzen wohnte Rudolf dort in einer kleinen Mietwohnung, die er sich mit seinen fünf Brüdern teilte, welche ebenfalls nach und nach das Gymnasium besuchten, während ihre Schwester Lieschen den Haushalt führte. 1890 wechselte Rudolf auf das königliche Gymnasium in Rastenburg (seit 1896 Königliches Herzog-Albrechts-Gymnasium), wo er zwei Jahre später sein Abitur ablegte. Da auch seine Brüder mit nach Rastenburg umzogen, wurde der gesamte Haushalt dorthin verlegt.

## Schulzeit und Jurastudium

Von 1892 an diente Rudolf Nadolny als Einjährig-Freiwilliger beim Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpr.) Nr. 3 in Königsberg, anschließend nahm er ein Jurastudium an der dortigen Universität auf, das er 1896 mit dem Referendarexamen abschloss. Es folgte eine praktische Ausbildung zunächst am Amtsgericht in Rhein, die er nach neun Monaten am Landgericht in Königsberg fortsetzte, wo er 1901 sein Assessorexamen bestand und noch für einige Monate als Richter blieb.

Inzwischen hatte er nämlich im Seebad Neukuhren eine russische Familie kennengelernt, die ihn nach St. Petersburg einlud. Bei diesem Aufenthalt entstand der Gedanke, in den diplomatischen Dienst zu treten, wofür er Französisch, Englisch und Russisch lernte. So bewarb er sich denn beim Auswärtigen Amt in Berlin, in das er 1902 tatsächlich berufen wurde. Ein Jahr später erfolgte bereits die Versetzung als Vizekonsul ans Deutsche Generalkonsulat in St. Petersburg.

1907 kehrte Nadolny ins Auswärtige Amt nach Berlin zurück, wo er als Legationsrat mit handelspolitischen Aufgaben betraut war. Zwischenzeitlich hatte er 1905 Änny Matthiessen (1882–1977), Tochter eines Berliner Kaufmanns, geheiratet, mit der er drei Kinder hatte: Sohn Burkhard (1905–1968), der später Schriftsteller wurde und 1941 die Schriftstellerin Isabella Peltzer (1917–2004) heiratete, sowie die Töchter Ursula und Anorte. Gemeinsamer Sohn des Schriftstellerehepaares ist der 1942 in Zehdenick (Brandenburg) geborene Sten Nadolny, der sich ebenfalls einen Namen als Schriftsteller



Deutscher Diplomat und Botschafter: Rudolf Nadolny im Jahr 1939

Foto: Ullstein

erwarb, vor allem mit seinem Bestseller „Die Entdeckung der Langsamkeit“.

Nachdem sich Rudolf Nadolny um einen selbstständigen Posten im Ausland beworben hatte, musste er 1912 zunächst in einem Flaggengestreit zwischen Persern, Kurden, Russen und Deutschen vermitteln, als die Russen Aserbaidschan besetzt hatten. Anschließend wurde er von Täbris aus nach Teheran beordert. Zurück in Berlin, erhielt er den Auftrag, das Deutsche Konsulat in Bosnien-Herzegowina zu übernehmen. Von dort aus ging es dann bald weiter nach Albanien, das am Ende des Ersten Balkankrieges seine Unabhängigkeit erlangt hatte. Dem neuen Regenten, Fürst Wilhelm zu Wied, stattete Nadolny 1914 gerade noch seinen Antrittsbesuch ab, bevor der Erste Weltkrieg ausbrach und er nach Berlin zurückkehrte.

Da er Reserveoffizier war, stellte er sich der Armee zur Verfügung und wurde anfänglich als Adjutant des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 5 eingesetzt. Im Herbst 1914 kam er in die Nachrichtenabteilung des Stellvertretenden Generalstabes, ehe er im Frühjahr 1915 die neu geschaffene Sektion für Politik des Generalstabes des Feldheeres übernahm.

## Als Diplomat im Ersten Weltkrieg

Im Juli 1916 wechselte Nadolny wieder in den diplomatischen Dienst und wurde nach Persien geschickt, wo er als Geschäftsträger die Deutsche Gesandtschaft in Kermanschah leitete. Als man diese jedoch wegen des ungünstigen Kriegsverlaufes für die Mittelmächte im März 1917 auflöste, begab sich Nadolny auf die Rückreise nach Berlin, wo er Referent für Ostpolitik im Auswärtigen Amt wurde. In dieser Funktion war er als Angehöriger der deutschen Verhandlungsdelegation maßgeblich beteiligt am Zustandekommen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk (1918) mit den in Russland an die Macht gelangten Bolschewisten.

Nachdem Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt worden war, ernannte er Rudolf Nadolny im März 1919 im Rang eines Gesandten zum ersten Chef seines Büros. Angeblich soll Nadolny das Staatsoberhaupt dazu bewogen haben, das Deutschlandlied zur Nationalhymne zu erklären. Gleiches wird allerdings auch dem stellvertretenden Büroleiter Otto

Meissner zugeschrieben, der 1920 Nadolnys Posten übernahm und diesen auch unter Hindenburg, Hitler und Dönitz bis 1945 (seit 1934 als Chef der Präsidialkanzlei) beibehielt. Nadolny kehrte hingegen wieder in seinen eigentlichen Beruf als Diplomat zurück, als er im Januar 1920 zum Gesandten in Stockholm ernannt wurde. Am 11. Juli jenes Jahres fuhr er zusammen mit seiner Ehefrau in seinen Geburtsort, um an der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen teilzunehmen, wobei in Groß Stürlack 700 Stimmen für den

„... die Wiedervereinigung ist inzwischen eine Sache des gesamten deutschen Volkes geworden. Sie wird sich mit geschichtlicher Notwendigkeit durchsetzen, und keine Macht der Welt wird stark genug sein, sie auf Dauer zu verhindern.“

Rudolf Nadolny  
Deutscher Diplomat

Verbleib bei Deutschland abgegeben wurden, keine einzige Stimme hingegen für den Anschluss an Polen.

## Zur Volksabstimmung nach Ostpreußen

1924 wechselte Nadolny als Botschafter in die neue türkische Hauptstadt Ankara, wo er bis 1933 blieb. In den Jahren 1932/33 leitete er zudem die deutsche Delegation bei der Abrüstungskonferenz in Genf, wozu

ihn Reichskanzler Brüning 1931 vorgeschlagen hatte. Als Reichskanzler Hitler dann im Oktober 1933 den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und damit auch aus der Abrüstungskonferenz erklärte, hatte sich Nadolnys Mission in Genf erledigt, und er trat seinen Posten als Deutscher Botschafter in der Sowjetunion an, wozu er am 31. August 1933 ernannt worden war. Damit erfüllte sich eigentlich sein Lebensstraum, zumal er ja fließend Russisch sprach und das Land seit 30 Jahren kannte. Doch es sollte schon bald anders kommen: Da er die sowjetfeindliche NS-Außenpolitik mehrfach kritisierte und darüber sogar mit Hitler in ein Streitgespräch geriet, weil dieser jegliche Vermittlungsversuche ablehnte, wurde Nadolny nach nur acht Monaten im Frühjahr 1934 auf eigenen Wunsch von seinem Posten in Moskau entbunden und zur Disposition gestellt.

Noch im Jahr seiner Entlassung aus dem Dienst kaufte er sich das Rittergut Briesen bei Gerswalde im Kreis Templin (Uckermark), das er zunächst mit einigen wenigen Mitarbeitern bewirtschaftete, die sich jedoch schon bald als untauglich erwiesen, so dass er die Arbeit weitgehend allein bewerkstelligte. Anfänglich hielt er nebenbei noch Vorträge, doch wenig später wurde er aus Berlin aufgefordert, sich in der Öffentlichkeit jeglicher politischer Äußerungen zu enthalten. Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges stellte sich Rudolf Nadolny, obwohl bereits 66 Jahre alt, dem Militär zur Verfügung und bekam eine Anstellung als Major im Oberkommando der Wehrmacht. Hier galt sein Bestreben vor allem der Vermeidung eines Krieges mit der Sowjetunion.

## Gegen Krieg mit der Sowjetunion

Als dieser dann 1941 trotzdem ausbrach, quittierte der Botschafter a. D. konsequenterweise sofort den Dienst. Anschließend verkaufte er das Rittergut Briesen und pachtete stattdessen das Obstgut Katharinenhof bei Gransee im Kreis Ruppiner, wo er das Kriegsende erlebte. Dank seiner russischen Sprachkenntnisse gelang ihm in Verhandlungen mit sowjetischen Offizieren die kampflose Übergabe der Stadt an die Rote Armee.

Gleichwohl wurde er kurzzeitig inhaftiert, aber aufgrund eines Schreibens des

sowjetischen Außenministers Molotow, den er von 1933 her noch kannte (damals in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare), schon bald wieder freigelassen und ins Hauptquartier der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland nach Berlin-Karlshorst eingeladen, wo ihn der Leiter der Propaganda- und Informationsabteilung, Oberst Sergej Tjulpanow, aufforderte, sich als Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium der Sowjetkultur zur Verfügung zu stellen.

Dies lehnte Nadolny ab mit dem Hinweis, dass er gerade erst am 19. Juni 1945 den Vorsitz des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) übernommen hatte, welches er reorganisieren sollte. Allerdings war diese Amtszeit nur von kurzer Dauer, denn im September des Jahres wurde das DRK in der Sowjetischen Besatzungszone aufgelöst, weshalb Nadolny im Monat darauf den Vorsitz niederlegte.

## Einsatz für die deutsche Einheit

Im Winter 1948/49 siedelte er zu seinen Kindern nach Westdeutschland über und ließ sich in Rhöndorf nieder, wo er eine Villa gegenüber dem Wohnsitz von Konrad Adenauer bezog, mit dessen Politik der Westannäherung er sich jedoch nicht anfreunden konnte, da sich Nadolny vehement für den Erhalt eines gesamtdeutschen Staates einsetzte, wobei er in Andreas Hermes, der im Juli 1945 die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone mitbegründet hatte und deren erster Vorsitzender er wurde, einen Mitstreiter fand.

Hermes, der schon in den Jahren 1920 bis 1923 Reichsminister gewesen war, hatte bereits Ende 1945 die Sowjetische Besatzungszone verlassen, weil er die dort praktizierte Enteignungspolitik nicht mittragen wollte, und sich in Bad Godesberg niedergelassen, wo er 1949 den „Godesberger Kreis“ gründete, der für die deutsche Einheit und die Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa eintrat und in dem auch Nadolny mitarbeitete.

In gleicher Weise wirkte die 1949 nach der Gründung der beiden deutschen Staaten durch Nadolny ins Leben gerufene „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“. Doch alle Ambitionen scheiterten an der Außenpolitik Adenauers, der allein auf die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westlichen Bündnisysteme setzte.

Am 18. Mai 1953 starb Rudolf Nadolny kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres in Düsseldorf, wohin er wenige Monate vorher umgezogen war. In seinen Memoiren, die zwei Jahre nach seinem Tod erschienen, hatte er am Schluss geschrieben: „Mochte nun auch eine auf einen kleinen Kreis beschränkte Gesellschaft scheitern, die Wiedervereinigung ist inzwischen eine Sache des gesamten deutschen Volkes geworden. Sie wird sich mit geschichtlicher Notwendigkeit durchsetzen, und keine Macht der Welt wird stark genug sein, sie auf die Dauer zu verhindern.“

Dieser sein innigster Wunsch ging 1990 endlich in Erfüllung, wenn auch nicht in den Grenzen von 1937, wie er sich das aufgrund seiner ostpreussischen Heimat sicherlich vorgestellt hätte. Zu seinem 100. Geburtstag 1973 hatte das Auswärtige Amt in Bonn eine Gedenkfeier für den einstigen Diplomaten veranstaltet, in deren Rahmen man ihn mit den Worten würdigte: „Rudolf Nadolny war eine der großen, markanten Persönlichkeiten unseres Dienstes. Er hat in der Außenpolitik seiner Zeit eine deutliche Spur hinterlassen ... Er bleibt uns ein Vorbild für den Mut, mit dem er für seine Überzeugung gearbeitet hat.“

## ● AUFGESCHNAPPT

Berlin bekommt einen „Eugenio-Botnari-Platz“. Auf Initiative der Grünen im Bezirksparlament von Lichtenberg sowie mit Unterstützung von SPD und Linkspartei wird der Raum vor dem Bahnhof Lichtenberg künftig den Namen des 2016 verstorbenen Moldauers tragen. CDU, AfD und FDP stimmten gegen die Umbenennung. Der damals 34-Jährige hatte versucht, eine Wodka-Flasche in einem Supermarkt zu stehlen. Der Filialleiter, damals 29, stellte ihn und schlug ihn nieder. Da Botnari nur zögerlich zum Arzt ging, starb er drei Tage später an einem Schädel-Hirn-Trauma. Der Filialleiter wurde 2017 zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Für das linke Lager ist Botnari damit ein „Opfer rechter Gewalt“, weshalb nun also ein Platz nach ihm benannt wird. Nach einem Ladendieb, der durch eine tragische Konfrontation, die ausbrach, weil er stehlen wollte, ganz gewiss ohne Absicht des Täters zu Tode kam. Einen Helmut-Kohl-Platz hat Berlin übrigens bis heute nicht. Jede Stadt wählt eben selbst, wem sie die Ehre erweist – und wem nicht. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt sieht Deutschland als „verlorenste Republik“. In der „Welt“ (29. Juni) warnt er:

„Die Schwäche der deutschen Wirtschaft nimmt erschütternde Dimensionen an. Doch kaum einer merkt es. Die Politik ist mit anderem beschäftigt: zum Beispiel mit moralischen Debatten über die AfD oder dem Wunsch nach noch mehr Beamten. Kein Wunder, dass viele Erfolgreiche dem Land schon den Rücken kehren ... Dass die moralischen Reflexe der ‚Guten‘ nur deshalb greifen können, weil das ökonomische Elend noch nicht eingeschlagen hat, ist an Medien, Intellektuellen (und denen, die sich dafür halten) und Teilen der Politik vorbeigegangen.“

Silke Wettach hält die bevorstehende Einführung des „Digitalen Euro“ für eine große politische Torheit, wie sie in der „Wirtschaftswoche“ (28. Juni) schreibt:

„Weder in Frankfurt noch in Brüssel haben die Verantwortlichen begriffen, dass vielen Menschen Bargeld als Symbol der Freiheit gilt. Gerade weil die Menschen nicht verstehen, wie der digitale Euro funktioniert, wird es Populisten ein Leichtes sein, die Neuerung als Angriff auf das Bargeld darzustellen. Weniger als ein Jahr vor der Europawahl eine solche Steilvorlage zu geben, ist politisch hochgradig ungeschickt – und schlicht überflüssig.“

Professor Fritz Indra, vor seiner Pensionierung führender Auto-Entwickler unter anderem bei Audi, Alpina und General Motors, prophezeit gegenüber „focus-online“ (3. Juli), dass das Verbrennerverbot keinen Bestand haben werde:

„Die Wunschvorstellungen der Politik werden auf keinen Fall zu halten sein. Schon deshalb, weil die Kunden nicht mitziehen werden. Wenn der Verbrenner tatsächlich verboten wird, kaufen sich die Leute vorher noch ein Auto und fahren es 10, 20 Jahre lang. Dann wäre das Geld in die Produktionsanlagen umsonst investiert und wir laufen in eine wirtschaftliche Katastrophe. Ich bin überzeugt, dass das Verbot kippen wird.“

Niklas Bender illustriert nach dem tragischen Tod eines 17-Jährigen, in der „Frankfurter Allgemeinen“ (1. Juli) das Dilemma, in dem die französische Polizei steckt:

„Unabhängig davon war die Kontrolle sinnvoll: Man stelle sich vor, Nahel M. hätte ein Kind überfahren – es hätte geheißen, Polizei und Politik wäre gleichgültig, was in den Vororten passiere.“

## ● WORT DER WOCHE

„Frankreich kämpft, während Deutschland schon aufgegeben und akzeptiert hat, dass Clans, die sein Rechtssystem missachten, die Bedingungen für ‚Frieden‘ untereinander aushandeln.“

Roger Letsch auf „Achgut“ (3. Juli) zum unterschiedlichen Umgang mit immigrationskulturellen Subkulturen

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Flattern an der Brandmauer

Wie man es auf jeden Fall falsch macht, und wie sich Amtschefs um Kopf und Kragen reden

VON HANS HECKEL

Da hat man sich aber in eine außerordentlich blöde Situation manövriert. Sie haben es vielleicht gehört: Die Thüringer Innen-Staatssekretärin Katharina Schenk (SPD) hat angekündigt, die Verfassungstreue des frisch gewählten Landrats von Sonneberg, Robert Sesselmann (AfD), überprüfen lassen zu wollen. Na, denn viel Spaß! Hätte man die Frau oder ihren Chef und Parteifreund, den Landesinnenminister Georg Maier, nicht warnen können?

Egal, wie diese „Prüfung“ auch ausgeht, eines steht von Anfang an fest: Das Resultat wird ihren Initiatoren krachend um die Ohren fliegen!

Nehmen wir an, die „Prüfer“ stellen fest, dass Sesselmann nicht verfassungstreu sei und daher sein Amt als Landrat nicht antreten dürfe. Das würde die AfD als Beleg dafür heranziehen, dass die etablierten Parteien unser Land auf den Weg in die Scheindemokratie geschickt hätten, in der Wahlergebnisse nur noch Bestand hätten, wenn das Volk den Wünschen der Mächtigen gemäß abgestimmt hat.

Wir wollen nicht vergessen: Das Ganze spielt sich in Thüringen ab, jenem Land also, in dem schon vor gut drei Jahren die demokratische Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig gemacht wurde. Auslöser war eine entsprechende Forderung der damaligen Kanzlerin Angela Merkel. Damals indes waren es Landtagsabgeordnete, die ihre Entscheidung gemäß dem Wunsch von ganz oben umgeknüttelt haben. Diesmal würde eine Volkswahl kassiert. Das dürfte seine Wirkung nicht verfehlen, und das beileibe nicht nur bei AfD-Wählern und längst nicht nur in Thüringen. Daher gingen Experten auch frühzeitig davon aus, dass es eine solche, nachträgliche „Wahlkorrektur“ nicht geben werde. Das Echo aus dem Volk wäre zu verheerend.

Wenn aber die Untersuchung positiv für den AfD-Kandidaten ausgeht, steht insbesondere der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, ziemlich dumm da. Dessen Amt observiert die Partei als „gesichert rechtsextrem“. Wie soll das zu einem Verfassungstreue-Testat zugunsten von Sesselmann passen? Kramer gilt vielen Zeitgenossen ohnehin schon als dubioser Geselle, nachdem er in Reaktion auf die Sonneberg-Wahl 20 Prozent der Deutschen als „braunen

Bodensatz“ verunglimpfte. Den Verdacht der unschicklichen Parteilichkeit teilt er mit dem Bundeschef seiner Behörde, Thomas Haldenwang. Der hatte gebarmt, der Verfassungsschutz sei ja „nicht allein“ dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken. Nicht allein? Als zur Neutralität verpflichtete Behörde ist so ein Amt, wie es Haldenwang leitet, in einem Rechtsstaat überhaupt nicht dafür zuständig, in den Parteienkampf einzusteigen. Da hat es sich rauszuhalten.

Nun müssen wir Haldenwang allerdings zugestehen, dass sich seine persönliche Lage nicht ganz einfach gestaltet. Der Mann ist meines Wissens das einzige, noch zur Merkel-Zeit eingesetzte CDU-Mitglied, das sich trotz Regierungswechsels zur Ampel in einem so hohen Amt des Bundes hat halten können. Das motiviert sicherlich zu besonderem Eifer im „Kampf gegen Rechts“, um den neuen Herren zu gefallen und als Dank dafür auf dem Posten bleiben zu dürfen.

Die größte Sorge der Etablierten lautet nun: Was wird aus der Brandmauer gegen die AfD? Wird sie halten? Vielleicht, aber die Resultate präsentieren sich immer bizarrer. In Hamburg wollte Star-Gastronomin Cornelia Poletto ihr an der Alster bereits Tradition gewordenen Spiegelzelt „Palazzo“ im kommenden Winterhalbjahr auf der Moorweide platzieren. Die Grünen in der zuständigen Bezirksversammlung waren dagegen, weil der Rasen gelitten hätte. (Nebenbei: „Rasen betreten verboten!“ galt neben „Draußen nur Könnchen!“ einst als Inbegriff deutscher Spießigkeit. Womit wir also wissen, wo die Spießier ihr neues Zuhause gefunden haben.)

## Geschenke für alle aus Kiel

Die Befürworter einer Genehmigung von SPD, CDU und FDP hätten nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit zusammenbekommen. Daher haben die Sozialdemokraten die Abstimmung boykottiert und ließen „Palazzo“ damit durchfallen, um die „Brandmauer“ nicht zu gefährden. Poletto versteht die Welt nicht mehr. Und sie wird in ihrer Verwirrung nicht allein bleiben. Denn was werden im Falle deutlich besserer AfD-Wahlresultate etablierte Parteien noch alles ablehnen, nur um nicht mit den Blauen stimmen zu müssen?

Das könnte interessant werden. Schade nur für diejenigen, die von den absichtlichen Fehlentscheidungen direkt betroffen sind. Unterhaltsam wird es, wenn dieselben Brand-

mauer-Fehlentscheider öffentlich darüber sinnieren, woher bloß das „schwindende Vertrauen so vieler Bürger in unsere gelebte Demokratie“ rührt. Ja, woher bloß?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)